

Forum Pazifismus



10. Jahrgang | 1. Quartal 2013 | Heft-Nr. 37 | 5 Euro

Zeitschrift für Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit

- 3 Michael Schmid: Zur Bedeutung des Zivilen Ungehorsams
- 9 Ralf Buchterkirchen:
Die versuchte Abwicklung des Deserteurthemas
- 13 Clemes Tangerding: Für Deutschland gestorben
- 19 Klaus Pfisterer: KDV nach der Wehrpflicht
- 21 Ullrich Hahn: Jesus steht an der Seite der Unbewaffneten
- 22 Uli Cremer:
Frieden schaffen mit immer mehr westlichen Waffen?
- 24 Rolf Mützenich und Omid Nouripour:
Keine Waffenlieferung nach Syrien
- 26 Thomas Gebauer:
Waffenexporte sind Beihilfe zu Verbrechen und Krieg
- 29 Hanne-Margret Birckenbach:
Kann man sich einen »streitbaren Pazifisten«
als glücklichen Menschen vorstellen?
- 34 Andreas Buro: Friedens- oder Kriegspolitik,
das ist die Frage nach unserer Zukunft
- 38 Bernhard Nolz: Nur Frieden bringt Gewinn
- 42 Rezensionen

Durch einen Fehler beim Buchbinder waren in einer Teilaufgabe des letzten Hefts (Nr. 34/35/36 - II-IV/2012) die Seiten 3 bis 6 und 87 bis 90 nicht enthalten, dafür die Seiten 7 bis 10 und 83 bis 86 doppelt. Um wie viele fehlerhafte Hefte es sich handelt, ist nicht nachvollziehbar. Es gibt für das Problem diese Lösungsmöglichkeiten: Zum einen steht das komplette Heft als PDF-Datei zum Download bereit (www.forum-pazifismus.de), zum anderen können wir probieren, aus den noch vorhandenen Mehr Exemplaren ein fehlerfreies Heft zuzuschicken (kurze E-Mail an redaktion@forum-pazifismus.de genügt).



Foto: Ulrike Dordinger

Liebe Leserin, lieber Leser,

dieser Tage fühlte ich mich an den berühmten Satz des Malers Max Liebermann erinnert, der sagte: »Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte.«

In der Woche vor Ostern betrieben der *Spiegel* in einer Titelgeschichte und die *Zeit* in einem großen Beitrag auf den Seiten 2 und 3 ziemlich unverholten Kriegspropaganda. Unter der Überschrift »Die zaghaften Deutschen« schreibt der *Spiegel*: »Seit 20 Jahren ist die Bundeswehr an Kampfeinsätzen im Ausland beteiligt. Schrittweise gewöhnte die rot-grüne Regierung an eine neue Normalität. Doch nun ist ausgerechnet Schwarz-Gelb dabei, das Erreichte wieder zu verspielen.« »Sturmgeschütz der Demokratie«? Offensichtlich nicht nur dort!

Und die angeblich liberale *Zeit* schreibt im »Schwerpunkt: Deutschlands Rolle in der Welt«: »Die Deutschen waren gegen den Libyen-Einsatz, gegen jedwede Intervention in Syrien und für ein Engagement in Mali, erst als feststand, dass man selbst nicht militärisch hineingezogen würde. Seit zehn Jahren wechseln die Schauplätze, variieren die Begründungen, steht das Ergebnis immer schon vorher fest: Keine deutschen Soldaten, wo getötet oder gestorben werden könnte. Alle Bundeswehreinätze, bei denen heute noch geschossen wird, gehen auf politische Entscheidungen zurück, die mehr als zehn Jahre zurückliegen.«

Was ist das anderes als Kriegshetze? Da wird über gewachsene Verantwortung und Erwachsenwerden schwadroniert. Als ob diese sich dadurch auszeichnen würden, in fremde Länder einzumarschieren, Bomben zu werfen, Krieg zu führen. Erwachsen sein bedeutet, Konflikte zivil zu lösen, Interessengegensätze fair ausgleichen und nach friedlichen Alternativen suchen. Innerstaatlich ist das weitgehend Usus. Mappus ist für seinen Wasserwerfereinsatz gegen friedliche Demonstranten gegen Stuttgart 21 zurecht in der folgenden Wahl abgestraft worden.

»Recht bündigt Gewalt« ist das Motto der am Schluss dieses Hefts besprochenen Biografie über Helmut Simon. Wo sind die Vorschläge von Rot-Grün, dieses Ziel zwischenstaatlich voranzubringen und mit gutem Beispiel voranzugehen, wo ist das ernsthafte Engagement von Schwarz-Gelb dafür?

Stefan K. Philipp

IMPRESSUM

Forum Pazifismus
– Zeitschrift für Theorie und
Praxis der Gewaltfreiheit

wird gemeinsam herausgegeben vom Internationalen Versöhnungsbund - deutscher Zweig, der DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) mit der Bertha-von-Suttner-Stiftung der DFG-VK, dem Bund für Soziale Verteidigung (BSV) und der Werkstatt für Pazifismus, Friedenspädagogik und Völkerverständigung PAX AN.

Verleger: Versöhnungsbund e.V., Schwarzer Weg 8, 32423 Minden

Redaktion: Ute Finckh, Bernhard Nolz, Michael Schmid, Stefan K. Philipp (Leitung; v.i.S.d.P.)

Bestellanschrift und Aboverwaltung:
Forum Pazifismus,

Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim

Anzeigenverwaltung: SPS-Graphics, Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim, Telefon: 07824/662 19 20; zurzeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 1 vom 1.5.2004 gültig

Druck: UWS-Druck, Libanonstr. 72a, 70184 Stuttgart

Versand: Neckartalwerkstätten, Hafnenbahnstr. 35, 70329 Stuttgart

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion oder der Herausgeber. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Der Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht, muss aber mit der Redaktion vereinbart werden.

Erscheinungsweise: in der Regel vierteljährlich in der zweiten Quartalshälfte

Bezugsbedingungen: Forum Pazifismus kann nur im Abonnement bezogen werden. Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt 20.- Euro zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30. November schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Für Mitglieder des Internationalen Versöhnungsbundes - deutscher Zweig ist der Bezug von Forum Pazifismus im Mitgliedsbeitrag bereits enthalten.

Mitglieder der DFG-VK und des BSV können Forum Pazifismus zum ermäßigten Jahrespreis von 18.- Euro (zzgl. 2.- Euro für Verpackung und Versand) abonnieren.

Der Preis für das Förderabo I beträgt 30.- Euro, für das Förderabo II 40.- Euro; das Förderabo III zum Preis von 50.- Euro beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende (jeweils zzgl. 2.- Euro für Porto und Verpackung).

ISSN 1613-90708

Redaktionsschluss war der 2. April.

Die nächste Ausgabe erscheint im Juni, Redaktionsschluss ist der 10. Juni 2013.

Forum Pazifismus

Am Angelweiher 6, 77974 Meißenheim
Fon 07824-6640487 Fax 03212-1028255
eMail: Redaktion@Forum-Pazifismus.de
Internet: www.forum-pazifismus.de

Ziviler Ungehorsam

(Red.) In »die tageszeitung« (taz) wurde Mitte Februar eine spannende Debatte über Zivilen Ungehorsam geführt: Der emeritierte Professor Peter Grottian, selbst Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des globalisierungskritischen Netzwerks Attac, kritisierte am 16. Februar in der taz unter der Überschrift »Attac hat Angst« einen »allzu zaghaften« Einsatz Zivilen Ungehorsams: »Der Vollmundigkeit bezüglich des zivilen Ungehorsams stehen wenige Taten gegenüber.« Es helfe nur Üben »am geeigneten Objekt – und lernen, gelassen einen Strafbefehl wegen Besetzung einer Zockerbank auszuhalten.«

Einige Tage später, am 22. Februar, reagierten Jutta Sundermann und Roland Süß, beide Mitglied im bundesweiten Koordinie-

rungskreis von Attac, an gleicher Stelle auf der Meinungs- und Diskussionsseite der taz auf Grottian und machten in der Unterschrift deutlich: »Ziviler Ungehorsam ist eine freiwillige Angelegenheit. Daher fördert es ihn nicht, wenn Attac dazu aufruft.«

Wir dokumentieren beide Beiträge im Anschluss an den Artikel von Michael Schmid. Der Forum Pazifismus-Redakteur, seit Jahrzehnten in der Friedensbewegung engagiert und aktiv im »Leuchtturmprojekt« *Lebenshaus Schwäbisch Alb – Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie*, nimmt die Debatte zum Anlass, Zivilen Ungehorsam als Aktionsmittel sozialer Bewegungen im größeren historischen Zusammenhang zu betrachten.

Michael Schmid

Zur Bedeutung des Zivilen Ungehorsams

Ein kurzer historischer Überblick

In seinem taz-Beitrag plädiert Peter Grottian für einen offensiveren Umgang mit dem Mittel des Zivilen Ungehorsams. Für Zivilen Ungehorsam zu werben begrüße ich, auch wenn ich Peter Grottian nicht in allen Punkten zustimmen kann.

Ich möchte mich in diesem Beitrag aber vor allem auf diese Punkte konzentrieren: Ziviler Ungehorsam in der bundesdeutschen Geschichte, Entstehung des Zivilen Ungehorsams – Thoreau, Gandhi, King, Ziviler Ungehorsam – ein Element gewaltfreier Aktion und Anmerkungen zur Debatte in der taz.

■ Ziviler Ungehorsam in der bundesdeutschen Geschichte

In politischen Debatten und in der Praxis der sozialen Bewegungen der Bundesrepublik hat Ziviler Ungehorsam lange Zeit keine besondere Rolle gespielt. Und das, obwohl er durchaus vorhanden war. Denn die Geschichte des bundesrepublikanischen Protests war begleitet von Formen des Zivilen Ungehorsams.

Zum Beispiel die »Helgolandfahrten« in den frühen 1950er Jahren. Damals diente die Insel Helgoland der englischen Luftwaffe als Abwurfziel bei Bombardierungsübungen. Weil die völlige Zerstörung der Insel drohte, begannen Gruppen von Jugendlichen um die Jahreswende 1951/52 mit Besetzungen. Diese Jugendlichen wurden im-

mer nach ein paar Tagen von der Polizei festgenommen, später wurden insgesamt 367 Monate Gefängnisstrafe gegen sie verhängt. Schließlich war mit den Aktionen aber so viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt, dass nach Debatten im britischen Unterhaus und Deutschen Bundestag Helgoland noch 1952 freigegeben wurde.

Im Rahmen der Ostermarschbewegung der 1960er Jahre gab es gelegentliche gewaltfreie Sitzblockaden. Das öffentliche Verbrennen von Einberufungsbescheiden zur Bundeswehr war eine weitere Form Zivilen Ungehorsams. Eine andere die den Staat erheblich unter Druck setzende Selbstbeziehungskampagne »Wir haben abgetrieben« in den frühen 1970er Jahren gegen den Paragraphen 218 Strafgesetzbuch.

Am 18. Februar 1975 wurde von einigen hundert Menschen in Wyhl bei Freiburg der Bauplatz des dort geplanten Atomkraftwerks besetzt. Die Polizei räumte den Platz mit der Folge, dass drei Tage später das Gelände von 20.000 Menschen besetzt wurde. Das war der Ausgangspunkt für das spätere Ende eines Atomkraftwerks Wyhl und gleichzeitig der Beginn einer breiten Anti-AKW-Bewegung. Zugleich kann dieser erfolgreiche Widerstand in Wyhl als die große Ermutigung zum Zivilen Ungehorsam in der Bundesrepublik angesehen werden.

Den Bauplatzbesetzungen in Wyhl folgten Platzbesetzungen und der Bau von Anti-Atom-Dörfern an anderen geplanten AKW-Standorten,

wie etwa die »Republik Freies Wendland«, die nach 33 Tagen mit einer Räumung beendet wurde. Eine weitere Aktion gegen den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken war der Stromteilzahlungsboykott, mit dem Tausende von Kunden die Zahlung eines Atomstromanteils an der Stromrechnung verweigerten.

In den 1980er Jahren griff die Friedensbewegung dann schließlich immer häufiger zum Mittel des Zivilen Ungehorsams: So wurden Atomwaffenlager gewaltfrei blockiert, wie etwa in Großengstingen, wo einer ersten Sitzblockade einer kleineren Gruppe im Jahre 1981 eine langfristig geplante Großaktion im Sommer 1982 folgte, bei der rund 800 Menschen eine Woche lang die Zufahrtsstraße zum Atomwaffendepot rund um die Uhr blockierten. Zahlreiche weitere Blockadeaktionen schlossen sich in den folgenden Jahren sowohl an diesem wie an zahlreichen anderen Orten an. Vor allem die spektakulären Aktionen in Mutlangen fanden besondere Aufmerksamkeit. Ziviler Ungehorsam wurde aber auch in Form von Einsteigaktionen in Atomraketenstellungen, Rüstungssteuerboykott und Totalverweigerung geübt. Der Boykott gegen die Volkszählung von 1987, mit dem regional unterschiedlich teilweise etwa 15 Prozent der zu Befragenden die Teilnahme verweigerten, ist ein weiteres Beispiel für eine Aktion des Zivilen Ungehorsams.

Diese in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts in der Bundesrepublik begründete Tradition von Kampagnen Zivilen Ungehorsams wurde bis heute fortgesetzt. Stichwortartig seien hier erwähnt: Castor-Blockaden, Resist-Kampagne gegen den Irak-Krieg, Heiligendamm, Genfeld-Befreiungen oder auch Stuttgart 21.

■ Entstehung des Zivilen Ungehorsams – Thoreau, Gandhi, King

Als moderne Väter des Konzepts Ziviler Ungehorsam gelten Henry David Thoreau, Mohandas Karamchand Gandhi und Martin Luther King.

Doch Beschreibungen für konkrete Situationen, in denen Menschen mit Ungehorsam auf Unrecht reagieren, finden sich bereits in der Antike. Und auch der biblische Satz »Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen« aus der Apostelgeschichte ist ein Beispiel, auch wenn dieser Satz in der christlichen Tradition nicht programmatisch zur Einflussnahme in die Politik entwickelt worden ist. Aber er ist von Christinnen und Christen als Begründung eigenen Verhaltens für den Fall verwandt worden, dass Gott dann ungehorsames Handeln gebietet, wenn Menschen etwas verlangen, was Gottes Willen, also der Liebe, zuwiderläuft.

Der Franzose Étienne de la Boétie schrieb, nachdem er erlebte, wie ihm nahestehende Zeitgenossen unter blutiger absolutistischer Herr-

schaft schwer zu leiden haben, um 1560 den revolutionären Gedanken nieder, dass zu den Stützen tyrannischer Herrschaft Elemente auf der Seite der Beherrschten, der Leidenden, gehören. Somit haben diese durch Nichtzusammenarbeit ein Machtmittel gegen den Tyrannen in der Hand. Diese Gedanken zur Beendigung von Gewaltherrschaft durch Nichtzusammenarbeit gelten für jede Herrschaft.¹⁾

Im 19. Jahrhundert wurde diese Theorie der Nichtzusammenarbeit auf andere Bereiche ausgeweitet, unter anderem durch den US-amerikanischen Schriftsteller Henry David Thoreau (1817-1862).

Thoreau war 1846 für eine Nacht im Gefängnis, weil er die Bezahlung einer Kopfsteuer verweigerte, um damit keinen Staat zu unterstützen, der die Sklaverei duldete und einen Krieg zur Eroberung Mexikos führte. Um die Gründe für seine Steuerverweigerung öffentlich zu erklären, schrieb er einen Text, in dem er die Nichtzusammenarbeit mit Unrecht zur Pflicht anständiger Menschen erhob. Einer seiner Kernsätze lautet: »Wenn aber das Gesetz so beschaffen ist, dass es notwendigerweise aus dir den Arm des Unrechts an einem anderen macht, dann, sage ich, brich das Gesetz. Mach' dein Leben zu einem Gegengewicht, um die Maschine aufzuhalten. Jedenfalls muss ich zusehen, dass ich mich nicht zu dem Unrecht hergebe, das ich verdamme.« Gewaltfreier Widerstand, das macht Thoreau hier deutlich, beginnt meist bei einem selbst. Gleichzeitig verband er damit die Erwartung: Wenn genug Personen sich weigern, einen Missstand zu unterstützen, und die dafür drohenden Sanktionen auf sich nehmen, wird der Missstand abgebaut. »Vor der Wahl, ob er alle anständigen Menschen im Gefängnis halten oder Krieg und Sklaverei aufgeben soll, wird der Staat mit seiner Antwort nicht zögern«, war er überzeugt.

Auf Thoreau wird der Begriff »Ziviler Ungehorsam« zurückgeführt, wenngleich er selber ihn vielleicht gar nicht verwandt hat. Sein Verleger brachte das zu Lebzeiten Thoreaus mit dem Titel *Resistance to Civil Government* erschienene Werk nach dessen Tod mit einigen Veränderungen unter dem Titel *Civil Disobedience*, Ziviler Ungehorsam, heraus.

Mohandas K. Gandhi war es dann, dem wir eine allgemeine Verbreitung des Begriffs »Ziviler Ungehorsam« und die Demonstration der damit verbundenen Möglichkeiten zu verdanken haben. Gandhi hatte seine erste große Kampagne »passiven Widerstandes« 1906 in Südafrika noch ohne Kenntnis von Thoreaus Essay angeführt. Der Begriff »passiver Widerstand« stellte ihn aber nicht zufrieden und auf der Suche nach einer besseren Bezeichnung schuf er das Wort »Satyagraha«

1) Diesen Hinweis verdanke ich Martin Arnold.

(Kraft der Wahrheit). Nachdem er inzwischen auf Thoreau gestoßen war und bei diesem die Bestätigung dessen fand, was er selber praktizierte, wählte er für englische Leser als Entsprechung für Satyagraha den Ausdruck »Ziviler Ungehorsam«.

Allerdings sagte Gandhi später, er habe bemerkt, dass selbst Ziviler Ungehorsam nicht die ganze Bedeutung des Kampfes vermittelt habe. Ziviler Ungehorsam ist für ihn eine Methode, die in einem größeren Zusammenhang ihre Wirkung entfaltet. Deshalb benutzte er dann den Ausdruck Ziviler Widerstand. Und für die Ausübung Zivilen Ungehorsams im indischen Unabhängigkeitskampf stellte er klar, dass er ohne vorherige Planung und ein ergänzendes »konstruktives Programm« nur Abenteuerertum darstelle, und damit alleine schlimmer als nutzlos sei.

Von Martin Luther King und der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung wurden die Ideen Thoreaus und Gandhis aufgegriffen und in gewaltfreie Kampagnen umgesetzt. King sprach allerdings weniger von Zivilem Ungehorsam. Vielmehr bevorzugte er die Bezeichnung »direkte gewaltfreie Aktion«, um zu vermeiden, den Aspekt der Gesetzesüberschreitung bei den Aktionen zu betonen. Aber mit den sich häufenden »Sit-ins« von Schwarzen in für Weiße reservierten Örtlichkeiten, etwa Restaurants oder Bussen, wurden gezielt Gesetze übertreten.

■ Ziviler Ungehorsam - ein Element gewaltfreier Aktion

Gewaltfreie Aktion ist eine Form politischer Aktivität, welche die als normal vorgesehenen politischen Kanäle umgeht und nicht-institutionelle Formen der Aktion gegen einen Gegner einsetzt. »Gewaltfreie Aktion ist eines der wichtigsten Instrumente, über die Bewegungen verfügen, um ihre Ziele gegen den Widerstand der Regierenden durchzusetzen. Sie dient der Dramatisierung eines Unrechtszustands, drückt die Entschlossenheit und die Ernsthaftigkeit der Protestierenden aus und hat durchaus die Kapazität, Ziele auch gegen Widerstreben der Gegenseite durchzusetzen.«²⁾

Das Spektrum gewaltfreier Aktionen ist allerdings sehr viel breiter als Ziviler Ungehorsam. Ziviler Ungehorsam ist eine Methode gewaltfreier Aktion, aber nicht identisch mit ihr. Die Methoden reichen von Protesten wie Leserbriefschreiben, Publizierung von Zeitungsartikeln und Flugblättern über Mahnwachen und Demonstrationen, Boykotte, Streiks und Blockaden bis hin zur Bildung einer Parallelregierung.

Es ist sinnvoll, gewaltfreie Aktionen in ein strategisches Konzept einzubinden. Theodor Ebert

hat mit seinem Buch »Gewaltfreier Aufstand«, einem der deutschsprachigen Standardwerke zu dem Thema, ein Eskalationsszenarium beschrieben. Dabei definiert er drei Eskalationsstufen »gewaltfreier Kampfmaßnahmen«: Protest, legale Nichtzusammenarbeit und ziviler Ungehorsam. Parallel dazu sollen jeweils konstruktive Handlungen erfolgen, mit denen das angestrebte Ziel jeweils vorweggenommen werden soll.³⁾

Diese Eskalationsstufen gewaltfreier Aktion dürfen nicht in dem Sinne verstanden werden, dass sie gleichsam mechanisch hintereinander ablaufen. Die Methoden der nächsten Stufen lösen außerdem nicht die der vorangegangenen ab, sondern ergänzen diese. Allerdings sollen nach klassischem Verständnis Aktionen Zivilen Ungehorsams, mit denen bewusst staatliche Gesetze übertreten werden, erst dann angewandt werden, wenn alle legalen Mittel ausgeschöpft sind.

Verallgemeinernd kann zu den Erfahrungen mit gewaltfreier Aktion und Zivilem Ungehorsam gesagt werden, dass diese angewandt werden, um Missstände zu überwinden und konstruktive Veränderungen voranzubringen. Der Gedanke »Nichtzusammenarbeit mit einem Missstand« geht über verbale Äußerungen und bloße Appelle hinaus. Er erfordert eine eigene Tat. Taten wiederum sind stärker als (bloße) Worte. Wenn sie Gutes voranbringen, stecken sie andere an. Darauf weist Martin Arnold als ein Ergebnis seiner Untersuchungen zur Wirkungsweise gewaltfreien bzw. gütekräftigen Handelns hin. Da zeigt sich, dass hier eine Kraft wirkt. Weil das etwas anderes als die Norm »Gewaltfreiheit« ist, weil es stark ist und ermutigt, hat Martin Arnold hierfür den Namen »Gütekraft« gewählt.

■ Anmerkungen zur Debatte in der taz

Die bisherigen Ausführungen dürften deutlich machen, dass jegliche gewaltfreie Aktion, insbesondere aber der Zivile Ungehorsam, die freie Entscheidung Einzelner benötigt, welche bereit sind, sich überhaupt aktiv zu beteiligen, Risiken einzugehen und vor allem die Konsequenzen zu tragen.

Und weil gerade der Zivile Ungehorsam mit persönlichen Risiken verbunden ist, sind Menschen und Organisationen, die andere zu Zivilem Ungehorsam anregen oder aufrufen, geradezu verpflichtet, über diese Risiken in aller Offenheit und Klarheit zu informieren. Bei Peter Grottians taz-Artikel könnte der Eindruck entstehen, als ob er diese Risiken herunterspielt, die für Einzelne wie für Organisationen entstehen können.

Dies gilt auch wenn Peter Grottian den Vorwurf erhebt: »Attac hat leider nur eine große Klappe und denkt eher daran, seinen Status der Ge-

2) Bund für Soziale Verteidigung: Gewaltfreie Aktion und Ziviler Ungehorsam. Informationsblätter. Stand Frühjahr 2013. Text: Christine Schweitzer mit Björn Kunter.

3) Siehe Theodor Ebert: Gewaltfreier Aufstand. Alternative zum Bürgerkrieg. Waldkircher Verlagsgesellschaft, 1978. S. 33 ff.

meinnützigkeit zu bewahren, der durch Proteste gefährdet werden könnte, als an zivilen Ungehorsam.«

Nun ist es in der Geschichte der Bundesrepublik durchaus schon vorgekommen, dass Organisationen wegen der Unterstützung von Zivilem Ungehorsam die Gemeinnützigkeit entzogen oder überhaupt erst gar nicht zuerkannt worden ist.

Natürlich verleiht völlige staatliche Unabhängigkeit einer Organisation größere Handlungsfreiheit – gerade für Aktionen des Zivilen Ungehorsams. Deshalb waren Gandhis Aschrams, die Kaderschmieden für seine Aktionen, autark, versorgten sich selbst, waren nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen. Es gab und gibt in Deutschland durchaus Organisationen, die auf den Gemeinnützigkeitsstatus ganz verzichten. Oder die das Risiko bewusst eingehen, diesen Status verlieren zu können, und offen Zivilen Ungehorsam unterstützen. Doch es ist letztlich eine Frage des Abwägens, welche Folgen ein Entzug der Gemeinnützigkeit für eine Organisation hätte.

Es hat sich durchaus bewährt, wenn sich für Aktionen des Zivilen Ungehorsams ein verantwortlicher Arbeitskreis oder ein Personenbündnis bildet und dazu aufruft.

Allerdings erfordert jegliche gewaltfreie Strategie, jede Kampagne Zivilen Ungehorsams eine gute Organisation. Zumindest wenn der Flopp nicht vorprogrammiert sein soll. Schon dadurch wird verhindert, dass Ziviler Ungehorsam inflationär eingesetzt werden kann. Auch wenn Peter Grottians Ungeduld nachvollziehbar ist: Ziviler Ungehorsam muss von unten wachsen, kann nicht von oben verordnet werden. Ob und wie viele Menschen sich an einer geplanten Aktion betei-

ligen, hängt dann sicherlich von vielerlei Faktoren ab. Wenn namhafte Persönlichkeiten und Organisationen einen Aufruf unterstützen, könnte sich dies durchaus positiv auf die Resonanz auswirken. Aber massenhafte Beteiligung ist selbst dann nicht gewährleistet.

Nebenbei bemerkt: Für mich ist nicht nachvollziehbar, weshalb es Ausdruck eines autoritären Politikverständnisses sein soll, würde Attac als Organisation zu Zivilem Ungehorsam aufrufen, wie Jutta Sundermann und Roland Süß in ihrer Entgegnung Peter Grottian vorhalten.

Es ist zu hoffen, dass sich soziale Bewegungen weiter bewusst bleiben – oder erst werden – welches Potenzial zur Veränderung von Missständen der gewaltfreien Aktion bis hin zu Zivilem Ungehorsam innewohnt. Und dass sie dieses Instrumentarium anwenden – längerfristig geplant, gut organisiert und mit langem Atem.

»Gewaltfreie Aktion braucht manchmal einen langen Atem, denn sie will gesellschaftliche Veränderungen, die oftmals schwer durchzusetzen sind. Nach einer einzelnen *erfolglosen* gewaltfreien Aktion zu schließen, dass *Gewaltfreiheit nicht funktioniert*, beruht auf irrigen Annahmen bezüglich der Wirkung politischer Aktion überhaupt. Gewaltfreie Aktion ist sowohl ein effizientes Instrument wie ein ethisch verantwortbares Mittel für die politische Auseinandersetzung. Sie ist der *dritte Weg* zwischen desinteressiertem Wegschauen und politischer Gewalt.«⁴⁾



4) Bund für Soziale Verteidigung: Gewaltfreie Aktion und Ziviler Ungehorsam. Informationsblätter. Stand Frühjahr 2013. Text: Christine Schweitzer mit Björn Kunter.

Dokumentiert

Peter Grottian: Attac hat Angst. Am Sonntag werden die Blockupy-Aktionen 2013 vorbereitet. Aber bei Sozial- und Wirtschaftsthemen fällt ziviler Ungehorsam allzu zaghaft aus. (taz, 16./17. Februar 2013, S. 10)

Ziviler Ungehorsam ist das Salz in der Suppe einer oft öden Demokratie. Es ist ein öffentlicher, gewaltloser, gewissenbasierter Akt des Ungehorsams, der auf demokratische Veränderungen ausgerichtet ist – mit der Konsequenz, möglicherweise bestraft zu werden.

Leuchtfener der Demokratie

Ziviler Ungehorsam ist Ausdruck des plebisitären Drucks derjenigen, die über keine privilegierten Einflussnahmen verfügen. Es ist die letzte Möglichkeit, Demokratiedefizite zu korrigieren, nachdem die klassischen demokratischen Wege versucht

worden sind. Ohne zivilen Ungehorsam gäbe es keine Modernisierung von Demokratie, keine Frauen- und Ökologiebewegung, kein Gorleben, kein Dresden gegen Rechtsextremismus und keine Bewegung gegen Stuttgart 21. Ziviler Ungehorsam ist kein Schmuttelkind der Demokratie, sondern dessen Leuchtfener.

Ziviler Ungehorsam bedeutet auch, zu einer neuen Qualität von »Demokratie von unten« beizutragen. Ziviler Ungehorsam ist das demokratische Mittel, das den Verantwortlichen in Politik und Ökonomie am unangenehmsten ist. Es tut weh, es stört die institutionelle Ordnung, es ist unberechenbar und es erzeugt oft gesellschaftliche Dynamiken, die nicht so einfach einzufangen sind. Viele Untersuchungen zeigen einen wachsenden Zorn in der Bevölkerung über die Verstockungen der repräsentativen Demokratie. Damit geht eine zumindest verbale Bereitschaft einher, auch Regelverstöße mit Aktionen bis hin zum zivilen Ungehorsam für

legitim und angemessen zu halten.

Schaut man sich jedoch die Politikfelder an, auf denen der zivile Ungehorsam eine oder keine Rolle spielt, fallen deutliche Unterschiede auf. Auf der positiven Seite stehen die in Mitteleuropa fast einzigartig erfolgreichen Aktionen der Bündnisse gegen Rechtsextremismus. Wie hier eindrucksvoll verhindert wird, dass Rechtsextremismus Akzeptanz erfahren könnte, und deshalb rechtsextremistische Parteien – anders als in Frankreich, Österreich oder Italien – völlig chancenlos sind, gehört zum Vorzeigbarsten unserer Demokratie. Auch die unermüdliche Anti-AKW-Bewegung mit ihren vielfältigen Aktionen bis zum expliziten zivilen Ungehorsam ist eine Erfolgsgeschichte. Wenn 5.000 zu meist junge Leute auf die Schienen gehen, um Castoren zu blockieren, dann zeugt das von einer massenhaften Souveränität des Ungehorsams.

Die Proteste von Heiligendamm 2007 und zu Stuttgart 21 sind für den zivilen Ungehorsam eher ambivalent. In Heiligendamm verschwanden alle guten Argumente der G-8-Protestierenden hinter den gewalttätigen Auseinandersetzungen von Rostock, der zivile Ungehorsam konzentrierte sich nur noch auf eine eindrucksvolle Rückgewinnung des Demonstrationsrechts. Bei Stuttgart 21 war allein die Androhung des zivilen Ungehorsams – vor allem durch die Parkschützer – über lange Phasen mitentscheidend. Aber nach der Volksabstimmung war die Bereitschaft zum zivilen Ungehorsam bald am Ende.

Ruhe bei Hartz IV

Auf der anderen Seite gibt es ganze Bereiche, in denen nahezu kein ziviler Ungehorsam stattfindet. Beim Thema Arbeitslosigkeit und Armut bleibt es seit den für deutsche Verhältnisse eindrucksvollen Protesten von 2003 bis 2005 beunruhigend still. Politische Gruppen sind zerbrochen, im Westen mehr als im Osten. Und wer im Osten über zivilen Ungehorsam redet, erhält folgenlosen Beifall. Viele Betroffene prozessieren individuell gegen ihren Hartz-IV-Bescheid und wählen Die Linke. Aktive Resignation. Wenn mehr als eine Million Hartz-IV-Behälter mit Sanktionskürzungen belegt werden, ist die Republik erstaunt, aber still.

Nicht viel besser steht es mit den Protesten gegen die Finanzmarktindustrie und die Banken. Der Occupy-Aufbruch war in Deutschland eventorientiert, aber kopf- und konzeptlos. An den Blockupy-Demonstrationen 2012 in Frankfurt nahmen nur wenige Tausend Menschen teil. Die erneute Umzingelung des Frankfurter Bankenviertels, die für Ende Mai 2013 geplant ist und an diesem Wochenende vorbereitet werden soll, droht in ihrer Fixiertheit auf das Bankenviertel sehr risikoreich zu werden. Ein erneutes Demonstrationsverbot ist nicht ausgeschlossen. Vermutlich wäre mehrtägiger ziviler Ungehorsam in den reichen Villenvororten Kronberg,

Bad Homburg und Königstein viel öffentlichkeitssträchtiger. Und eine erneute Reputationsschädigung der Deutschen Bank auf deren Hauptaktionärsversammlung (*Aktionärshauptversammlung!*) wäre ebenso ein lohnendes Projekt wie eine Bankenwechselkampagne für die inzwischen zur Deutschen Bank gehörenden Postbank-Kunden.

Ein Misthaufen auf der Plane

Auch das beeindruckend breite Bündnis Umfairteilen, das unter anderem von Gewerkschaften und Attac getragen wurde, hat mit zivilem Ungehorsam wenig am Hut. Man beließ es 2012 bei Forderungen, bei einem Kongress und einer abschließenden großen Demonstration. Für Attac ist es schon viel, auf einer Plane einen Misthaufen vor dem Kanzleramt zu platzieren, um den Mist des Reichtums und seine notwendige Verteilung zu symbolisieren. Die Plane ist der Bahnsteigkarte vergleichbar, die Deutsche wohl lösen, wenn sie sich auf die »Fahrt zur Revolution« machen, wie Lenin sarkastisch formuliert.

Überhaupt Attac. Der Vollmundigkeit bezüglich des zivilen Ungehorsams stehen wenige Taten gegenüber: Banken besetzen, ein wenig, aber doch nicht wirklich – lieber Zeitungen verteilen und fröhliche Bankenwechelpartys veranstalten. Attac hat leider nur eine große Klappe und denkt eher daran, seinen Status der Gemeinnützigkeit zu bewahren, der durch Proteste gefährdet werden könnte, als an zivilen Ungehorsam. Es kann auch eine Politik der vollen Hosen geben.

Die Ängste vor zivilem Ungehorsam sind verständlich und oft noch übermächtig. Aber sie passen nicht mehr so ganz zum berechtigten Zorn über viele gesellschaftliche Entwicklungen. Demokratie und ziviler Ungehorsam werden noch zu wenig zusammen gedacht. Da hilft nur: üben am geeigneten Objekt – und lernen, gelassen einen Strafbefehl wegen Besetzung einer Zockerbank auszuhalten.

Jutta Sundermann und Roland Süß: Blockupy bleibt richtig. Ziviler Ungehorsam ist eine freiwillige Angelegenheit. Daher fördert es ihn nicht, wenn Attac dazu aufruft. Eine Erwiderung auf Peter Grottian. (taz, 22. Februar 2013, Seite 12)

Ziviler Ungehorsam hat in der Geschichte der sozialen Bewegungen eine wichtige Rolle gespielt. Mit bewussten Regelbrüchen gelang es immer wieder, Diskussionen zuzuspitzen oder in den öffentlichen Fokus zu rücken. Besonders bekannt wurden Aktionen der Friedensbewegung, der Anti-Atom-Bewegung oder gegen Gentechnik in der Landwirtschaft. Auch GlobalisierungskritikerInnen haben gewaltfrei Polizeiketten überwunden und beeindruckende Zeichen gesetzt – besonders sichtbar

beim G-8-Gipfel in Heiligendamm 2007 und zuletzt bei den Blockupy-Aktionstagen 2012 in Frankfurt.

Grottian glaubt

Irritierend ist allerdings Peter Grottians unbedingter Glaube an Zivilen Ungehorsam als Rezept für jede politisch unbefriedigende Situation (...). In keiner seiner Veranstaltungen und in keinem seiner Artikel fehlt der Appell, mittels Zivilem Ungehorsam »denen endlich weh zu tun«. Aber trifft er damit den Punkt?

Uns scheint, dass Peter Grottian unabdingbare Voraussetzungen für erfolgreichen Zivilen Ungehorsam nicht wahrhaben will. Das A und O dieser offensiven Protestform sind die Menschen, die ihn betreiben. Sie müssen individuell davon überzeugt sein, dass die Zeit für einen solchen Schritt reif ist. Es zeugt von einem seltsamen Geschichtsverständnis, so zu tun, als wären nahezu alle gesellschaftlichen Konflikte für eine solche Auseinandersetzung geeignet. Noch schwerer wiegt, dass es Ausdruck eines autoritären Politikverständnisses wäre, Zivilen Ungehorsam quasi von oben anordnen zu wollen – und nichts anders wäre es, riefen ein paar vermeintliche Attac-»Obere« zu Zivilem Ungehorsam auf in der Erwartung, die Massen würden dann schon folgen.

Regelbrüche erfordern eine besonders gute Kommunikation und wirken dann am besten, wenn sie als »direkte Aktion« verstanden werden können: Menschen, die sich vor Atomtransporten an Gleise ketten oder die bereit sind, vor Gericht zu stehen, weil sie Genmais am Blühen hindern, können ihre Motivation überzeugend darlegen. Auch die großen Sitzblockaden in Heiligendamm wurden von einer breiten Öffentlichkeit verstanden.

Jahrzehnte sozialer Bewegungen zeigen aber auch: Ziviler Ungehorsam kann ins Leere laufen, wenn der Zeitpunkt falsch gewählt ist. Zivilen Ungehorsam stimmig einzusetzen, wird schwieriger, je komplexer ein Konflikt und je differenzierter die Forderungen sind. In den südeuropäischen Ländern hat die so genannte Eurokrise ein konkretes Gesicht in den Existenzproblemen des täglichen Lebens. Hier in Deutschland nehmen zwar viele Menschen die Krise als Bedrohung wahr, sie bestimmt aber (noch) nicht den Alltag. Zudem machen viele Deutsche – befördert durch die Rhetorik nicht nur der Bundeskanzlerin und der Bild-Zeitung – »die faulen Südeuropäer« für die Krise verantwortlich. Dem ist entschieden zu widersprechen: mit Aufklärungsarbeit, öffentlichkeitswirksamen Aktionen, »familienfreundlichen« Demonstrationen und – wo es passt – auch mit Zivilem Ungehorsam.

Professor mit Schokopistole

Peter Grottian wirft in seinem Plädoyer denn auch einiges durcheinander. Eine Fotoaktion (der Misthaufen vor dem Bundestag) taugt nicht als Beweis dafür, dass eine Organisation »die Hosen voll« hat. Ob die für ihn enttäuschende Resonanz auf seine Appelle daran liegt, dass manche seiner Vorschläge an realen Entwicklungen vorbeigehen oder gar im Gegensatz zu gemeinsam entwickelten Positionen stehen – entscheidend ist: Die Beteiligung an einer Aktion des Zivilen Ungehorsams ist eine individuelle Entscheidung, die nicht verordnet werden kann. Diejenigen, die sich bewusst für regelübertretende Aktionen entscheiden, benötigen keinen Attac-Koordinierungskreis, der ihnen sagt, wo es langgeht – und umgekehrt verüben diejenigen, die Zivilen Ungehorsam für sich (noch) nicht als passende Aktionsform sehen, nicht unbedingt einen Banküberfall mit Schokoladenpistole, weil ein Professor dazu aufruft.

Peter Grottian will Zivilen Ungehorsam in Reichenviertel tragen. Er selbst hat vor einigen Jahren – zum Glück – etwas anderes getan: Der Grunewald-Spaziergang durch das Berliner Villenviertel war eine mögliche Form, das Auseinanderklaffen von Arm und Reich sichtbar zu machen. Ziviler Ungehorsam waren sie nicht. Spaziergänge und Demonstrationen sind in Deutschland erlaubt. Blockaden, Demontagen oder Besetzungen hingegen können in Wohnvierteln böse nach hinten losgehen. Aktionen, die von den dort lebenden Familien als Bedrohung erlebt würden, wären kein Ziviler Ungehorsam mehr. Angst- und Hass-Kampagnen gegen Reiche verbieten sich auch aus historischen Gründen.

Solidarität aus Deutschland

Die Blockupy-Proteste im vergangenen Jahr richteten sich vor allem gegen die autoritäre Sparpolitik der Troika aus Regierungen, IWF und Europäischer Zentralbank. Sie waren bewusst ein Ausdruck der Solidarität aus Deutschland mit den Menschen in den Krisenländern. An der Abschlussdemonstration beteiligten sich 30.000 Menschen, darunter mehr als 3.000 aus Südeuropa. Auch Blockupy 2013 stellt sich in diesen internationalen Zusammenhang. Deshalb ist das Festhalten an der EZB und damit Frankfurt als Aktionsort konsequent und richtig.

Es ist Konsens in Attac, dass sich viele Attac-AktivistInnen an Aktionen Zivilen Ungehorsams beteiligen und sich dabei auch als dem Netzwerk zugehörig bezeichnen können. Attac als Organisation hat jedoch nie zu Zivilem Ungehorsam aufgerufen. Wer sich für offensive Protestaktionen interessiert, trifft dennoch fast immer Attacies: auf Castorgleisen, auf Anti-Nazi-Demos oder auf Großbaustellen. Und nicht zuletzt im Frankfurter Bankenviertel.

Ralf Buchterkirchen

Die versuchte Abwicklung des Deserteurthemas

Zur Debatte über ein Deserteurdenkmal in Hannover

Kür alle Beteiligten überraschend hat Hannover seit Januar 2012 eine Deserteursdebatte. Der Kulturausschuss des Rates beauftragte die Stadtverwaltung mit der konzeptionellen (Neu-)Gestaltung des »Denkmal für den unbekannt Deserteur«. Nachdem die Initiative für ein Deserteursdenkmal jahrelang versuchte, das Thema auf die politische Agenda zu bringen, eine angemessene Würdigung der wegen Desertion, Wehrkraftzersetzung bzw. Kriegsverrat verurteilten Soldaten zu erreichen und vor allem ihre individuellen Motive für die Gehorsamsverweigerung in den Blick zu rücken, kam nun von offizieller Seite ein Anstoß zum Diskurs.

Allerdings: Der darauf folgende Vorschlag der Stadtverwaltung war ernüchternd. Aber der Reihe nach:

Die Rolle Hannovers im Zweiten Weltkrieg

Hannover gehörte während des Zweiten Weltkrieges zu den fünf bedeutendsten Rüstungsstandorten. Auch militärisch spielte die Stadt als Heimat zahlreicher Einheiten und Kommandostrukturen eine wesentliche Rolle. Auf dem Schießplatz in Vahrenwald (dem heutigem Gelände der Feldjägerschule der Bundeswehr, der Emmich-Cambrai-Kaserne) wurden Soldaten wegen Desertion hingerichtet, im Wehrmachtuntersuchungsgefängnis Am Waterlooplatz warteten sie auf ihre Hinrichtung, begraben liegen die meisten auf dem Fössfelfriedhof in Linden. Für mindestens 15 Soldaten ist dies belegt.¹⁾ Aktuelle Schätzungen gehen von mindestens 43 Hinrichtungen aus.²⁾ Nicht vergessen werden sollen unter diesem Gesichtspunkt aber auch jene Soldaten, die aus Hannover kommend im Verlaufe des Krieges ihrem Gewissen den Vorrang vor Befehlstreue gaben. Für 36 Soldaten liegen entsprechende Nachweise vor.

Ein erstes Denkmal

Bis zum Ende der 1980er Jahre war dieses Stück hannoverscher Geschichte kein Thema, welches

größere Kreise interessierte. Im Rahmen einer »Initiative für totale Kriegsdienstverweigerung/Kriegsdienstverweigerung«, welche sich neben praktische KDV-Arbeit auch mit Desertion beschäftigte, wurde im Sommer 1990 am Rande eines Asta-Universitäts-Sommerfestes in einer Nacht- und Nebel-Aktion ein Denkmal für den unbekannt Deserteur erstellt. Unabhängig von politischen Organisationen, doch unterstützt von Friedensgruppen, dem Asta und später den Grünen fertigten die Künstler um Arne Witt ein Denkmal. Es zeigt, auf dem Boden abgelegt, einen Stahlhelm und Militärstiefel. Stiefelabdrücke führen zu dieser Stelle hin und Fußspuren – barfuß – von ihr weg. Der Weg der Desertion – die Entscheidung, dem Militär zu entsagen – sollte so plastisch aufgezeigt werden. Ziel war es, eine Debatte um die individuelle Verweigerung des Kriegsdienstes anzuregen.

Das Deserteursdenkmal wurde am 3. September 1990 am Kröpcke enthüllt und dann von dort zum Trammplatz gegenüber dem Rathaus gebracht. Die Aktion erfolgte im Rahmen eines Infoabends der Grünen Alternativen Bürgerliste (GABL) zum Antikriegstag 1990, die in diesem Rahmen für den totalen Kriegsdienstverweigerer Arne Witt die Patenschaft übernahm und so ihre Unterstützung aussprach. Offiziell sollte es im Rathaus als Geschenk an die Stadt Hannover übergeben werden. Die SPD-geführte Stadtverwaltung zeigte jedoch kein Interesse und schickte keinen Vertreter. Nach jahrelangen Debatten und diversen Entschlüssen verschiedener Gremien akzeptierte die Stadt durch einen Beschluss des Stadtrates, das Denkmal am 30. März 1995 als Schenkung. Im Rahmen der Schenkung verpflichtete sich die Stadt, dem Gedenkstein auf dem Trammplatz einen festen Platz zu geben und das Denkmal entsprechend zu befestigen³⁾.

Seit seiner Erstellung ist das Denkmal Bestandteil der antimilitaristischen und friedensbewegten Erinnerungskultur. Aufgrund seiner Größe und isolierten Lage erregt es jedoch kaum Aufmerksamkeit, obwohl es direkt gegenüber dem Haupteingang des Rathauses zu finden ist.

20 Jahre später ist das Denkmal mehr und mehr dem Verfall preisgegeben und inzwischen

1) Buchterkirchen, Ralf: »... und wenn Sie mich an die Wand stellen« – Desertion, Wehrkraftzersetzung und Kriegsverrat von Soldaten in und aus Hannover, Neustadt 2011

2) Trolp, Werner: Hannoversche Geschichtsblätter 63, Hannover 2009

3) Vgl. ausführlich zur Auseinandersetzung um das Denkmal Buchterkirchen, Ralf S.134ff. und <http://verqueert.de/deserteursdenkmal-hannover/>

kaum noch als solches zu erkennen. Die verwendeten Materialien waren nicht für eine lange Haltbarkeit ausgelegt. Von städtischer Seite gab es in den Jahren auch wenig Interesse daran, dieses Thema weiterzuentwickeln und zu neuen Ansätzen zu diskutieren. Viel lieber schwieg man diesen Teil der eigenen Geschichte schamvoll tot und baute auf eine Patenschaften mit der 1. Panzerdivision, der zentralen Eingreiftruppe der Bundeswehr für weltweite Militäreinsätze, mit (langjährigem) Sitz in Hannover.

■ Neue Debatten für eine würdige Diskussions- und Erinnerungskultur

Erstmals außerhalb der Friedensbewegung thematisiert wurde das Denkmal erst wieder in einer im April 2008 veröffentlichten Studie, die die von der Stadt Hannover eingesetzte »Kommission für Kunst im öffentlichen Raum der Landeshauptstadt Hannover« veröffentlichte. Diese bescheinigte dem Denkmal mangelnden künstlerischen Charakter und einen schlechten Zustand. Der Bericht empfiehlt die Entfernung und Ersetzung des Denkmals durch »eine professionelle künstlerische Arbeit«, hervorgehend aus einem offenen Wettbewerb, wobei auch der Standort neu diskutiert werden solle.

Auch an anderer Stelle wurde versucht, sich dem Thema zu nähern. Auf dem Fössefeldfriedhof wird seit vielen Jahren der dort liegenden Gehorsamsverweigerer gedacht. Die Aufstellung einer entsprechenden Hinweistafel wird seit langem diskutiert. Erst seit einigen Monaten gibt es dazu ernsthafte Arbeiten.

Aufmerksamkeit erregte das Deserteursthema im Frühjahr 2012, als das lokale Friedensbüro Hannover und die DFG-VK anlässlich des Tages des Kriegsdienstverweigerers auf dem Gelände der Emmich-Cambrai-Kaserne, dem Ort, an dem die Verurteilten hingerichtet wurden, eine Gedenkveranstaltung abhalten wollten.⁴⁾ Es bedurfte erst öffentlicher Aufmerksamkeit,⁵⁾ bis der Kasernenkommandant überhaupt eingestand, dass es auf dem Kasernengelände Erschießungen gegeben habe. Im Rahmen umfangreicher Baumaßnahmen (denen endlich auch übergroße Findlinge im Eingangsbereich der Kaserne zum Opfer fielen, die an die gefallenen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges erinnerten) wurden die bis in die 1960er Jahre genutzten Schießplätze entfernt.

■ Anforderungen an ein Denkmal – und die Stadt Hannover

Wie eingangs erwähnt beschäftigte sich der Kulturausschuss der Stadt Hannover mit dem Gedenken an Deserteure. Er beschloss mit rot-grüner Mehrheit, unterstützt von der Linken eine Ausschreibung für ein Denkmal für den unbekanntes Deserteur. Konkret wurde beschlossen: »Die Verwaltung wird beauftragt, die Neugestaltung eines Denkmals für den unbekanntes Deserteur in das Rahmenkonzept zur Gedenk- und Erinnerungskultur der Landeshauptstadt Hannover aufzunehmen. Die Auslobung eines entsprechenden Wettbewerbes ist vorzusehen.« Im Gegenzug sollte das alte Denkmal an die Ersteller zurückgegeben werden.

Dieser Beschluss enthielt alle Möglichkeiten zu einer individuellen und tiefgreifenden – aber nicht unbedingt teuren – Auseinandersetzung mit dem Thema Gehorsamsverweigerung. Einige mögliche Fragen sollen hier angerissen werden:

1. Welches Ziel wird mit dem Denkmal verfolgt?

Im Rahmen der Konzeptionierung eines Denkmals muss gefragt werden, welchen Zweck es erreichen will? Will es sich darauf beschränken, derer zu gedenken, die (in Hannover) hingerichtet wurden, und damit nur Substitut für Gräber sein? Will es Gehorsamsverweigerern – auch den Unbekannten, den Entkommenen, den anonym Hingerichteten des Zweiten Weltkrieges – gedenken? Oder will es die Frage nach dem Sinn von Krieg, nach Verweigerung durch Soldaten (und Soldatinnen) allgemeiner stellen? Und vor allem: Will es die Frage nach dem Warum stellen? Warum entschieden sich Soldaten, trotz Repression den Gehorsam zu verweigern? Warum verhielten sich die Täter, wie sie sich verhielten? Und wer waren die Täter?

Klar ist, eine rein historische Betrachtung, ein rein mumifizierendes Gedenken, welches nicht die Frage nach Motiven und Rahmenbedingungen stellt, ergibt keinen Sinn und verhindert im Ergebnis aktives Gedenken. Eine solche Betrachtung macht das Denkmal allein zum historischen und kunstgeschichtlichen Objekt. Trauer ist – insbesondere aufgrund der seither vergangenen Zeit und der damit fehlenden individuellen Betroffenheit – kein ausreichender Fixpunkt für solch ein Denkmal.

Die in den letzten Jahren stattgefundenene Neubewertung von Gehorsamsverweigerung und ihrer Bestrafung durch die NS-Militärjustiz erlaubt, auch neu über Formen und Strukturen und die entsprechende künstlerische Auseinandersetzung nachzudenken. Eine pauschale Darstellung von Deserteuren als »Helden« – wie sie sich in einigen älteren Deserteursdenkmälern wiederfinden lässt – wird der Thematik nicht (mehr) gerecht.

4) Vgl. dazu ausführlich: <http://verqueert.de/?p=248>

5) Vgl. den Beitrag in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung: <http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Die-Geschichte-vom-Matrosen-Ritter>

Das Wissen um Gehorsamsverweigerung hat sich verändert. Die allgemeine Sicht des »Helden« oder des »Feiglings« ist weitgehend einer differenzierteren Betrachtung gewichen. Die Suche nach den Motiven, den Gehorsam zu verweigern, steht dabei erst am Anfang. Hier könnten Ideen und neue/zukunftsweisende Vorschläge ein weitergehendes Nachdenken ermöglichen. Das Kölner Deserteursdenkmal, welches auf städtische Initiative errichtet wurde, zeigt hier einen spannenden Weg auf.

Die Auseinandersetzung mit militärischer Logik, die individuelle Entscheidung, sich dem zu entziehen – das Wissen um die möglichen Folgen bietet weitgehende Anknüpfungspunkte. Es sollte also, will man ein solches Denkmal modern interpretieren, darum gehen, die Individualität der Entscheidung innerhalb eines Machtgefüges und die innerliche Zerrissenheit des jeweiligen Deserteurs in eine Konzeption aufzunehmen.

2. Welcher Ort sollte gewählt werden?

Daran anschließend stellt sich die Frage, welcher Ort ein möglicher Platz für eine solche Auseinandersetzung sein könnte. Das aus einer Kriegsdienstverweigerungsinitiative heraus entstandene Deserteursdenkmal hat nach langem Ringen seinen Platz auf dem Trammplatz gefunden – direkt gegenüber dem Symbol städtischer Politik, dem Rathaus. Historisch gesehen hat der Ort wenig Bezug zu dem Umgang mit Deserteuren. Andere Orte würden sich aus dieser Sicht eher anbieten: die Emmich-Cambrai-Kaserne als Ort der Hinrichtungen, der Fössefeldfriedhof als letzte Ruhestätte auch der hingerichteten Soldaten, der Waterlooplatz als Ort der Verurteilungen (Sitz diverser Divisionsgerichte und eines Wehrmachtgefängnisses).

Obwohl es dringend notwendig ist, dass auf dem Kasernengelände an die Deserteure, insbesondere auch unter dem Blickwinkel einer demokratischen Parlamentsarmee, gedacht wird, eignet sich das Gelände für solch ein Denkmal nicht, da es nicht frei zugänglich und aufgrund seiner dezentralen Lage vom öffentlichen Gedenken weithin ausgeschlossen ist.

Letzteres trifft auch auf den Fössefeldfriedhof zu. Eine Gedenktafel als Hinweis wird auf dem Friedhof benötigt. Mit seiner Lage außerhalb der inneren Stadt würde das Denkmal jedoch aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwinden und zu einem rein regionalen Denkmal herabgewürdigt werden. Zudem – und das erscheint mir hier besonders wichtig – würde mit einem Denkmal auf dem Fössefeldfriedhof das Gedenken allein auf den Traueraspekt verengt. Als geschlossenes, sich im nichtöffentlichen Raum befindliches Grundstück (wie es jeder Friedhof ist) würde das Denkmal einer politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung entzogen.

Emmich-Cambrai-Kaserne

Bereits ab 1850 entstanden in der Vahrenwalder Heide Exerzierplätze. Sie bildeten die Grundlage für umfangreiche Kasernenbauten, die ab 1915 errichtet wurden. Einzelne Kasernen bildeten ab 1933 die Emmich-Kaserne, parallel wurde ab 1913 die Cambrai-Kaserne als Fliegerkaserne gebaut. Zudem entstand an der heutigen Vahrenwalder Straße ab 1934 eine Kriegsschule. Aus diesem Komplex wurde später die Emmich-Cambrai-Kaserne. Sie beherbergt seit 1998 die zentrale Feldjägerschule der Bundeswehr. Otto vom Emmich war ein deutscher General des Ersten Weltkrieges, Cambrai bezieht sich hier auf den Ort einer militärischen Schlacht des gleichen Krieges.

Die Erschießungen fanden auf dem Schießplatz auf dem Kasernengelände statt. Strittig ist noch, ob die beiden äußeren Wälle der Schießanlage (Quelle Oberst Meyncke anlässlich einer Ortsbesichtigung am 2.10.1990) oder der MG-Schießstand (Oberst Katz am 12.05.12 in der HAZ) zu Hinrichtungen genutzt wurde. Diese Frage ist zweitrangig, vor allem vor dem Hintergrund, dass durch die Bundeswehr im Rahmen von Umbaumaßnahmen die historischen Bezugspunkte entfernt wurden.

An oder auf dem Kasernengelände erinnert nichts an dieses Stück deutscher Geschichte.

Fössefeldfriedhof

Der 1868 eröffnete Garnisionsfriedhof auf dem Fössefeld wurde im Rahmen weiterer militärischer Bauten in Hannover etabliert. In 840 Gräbern sind Soldaten der seither stattgefundenen Kriege beerdigt, also beginnend ab dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Vereinzelt wurden auch danach noch Beerdigungen auf dem Gräberfeld durchgeführt. Einzelne Kriegsdenkmale auf dem Gelände geben dem Raum einen historischen Rahmen. Auf dem Gelände sind auch Gräber von Soldaten vorhanden, die wegen Gehorsamsverweigerung hingerichtet wurden. Dies ist insofern etwas Besonderes, da vielfach wegen Desertion oder Wehrkraftzersetzung hingerichtete Soldaten abseits und unkenntlich bestattet wurden. Der im Stadtteil Linden/Limmer gelegene Fössefeldfriedhof ist der einzige reine Soldatenfriedhof Hannovers. Allerdings sind neben Militärs auch zivile Angehörige der Divisionen hier bestattet. Er ersetzt den zentral gelegenen Garnisionsfriedhof in der Nähe des heutigen Ägidientorplatzes. Zusätzlich sind auf dem Seelhorster Friedhof, dem Stöckener Friedhof und dem Ricklinger Stadtfriedhof ebenfalls umfangreiche Soldatengräber vorhanden.

Waterlooplatz

Der Waterlooplatz ist neben dem Welfengarten der zentrale militärisch historisch belastete Platz in Hannovers Zentrum. Als zentraler Exerzier- und Aufmarschplatz geplant, war er von Kasernen und anderen militärischen Objekten umsäumt. Besonderer Wert wurde dabei auf die Waterloosäule und die ihr innwohnende antifranzösische Haltung gelegt. So trug nicht nur der Platz mit den dazugehörigen Straßen den Namen »Am Waterlooplatz«, vielmehr wurden auch viele der davon abgehenden Straßen mit diesem Namen belegt. Am Rande dieses Platzes befanden sich mehrere Divisionsgerichte sowie ein Wehrmachtgefängnis, welches auch als Untersuchungsgefängnis genutzt wurde. Unterlagen der Gerichte liegen nicht mehr vor. Sie gingen in den letzten Kriegstagen in Flammen auf.

Am sinnvollsten erscheint so der zentral gelegene Waterlooplatz mit seiner historisch belasteten militaristischen Bedeutung. Direkt auf dem Platz oder in seiner unmittelbaren Nähe – ggf. als Verlängerung der Kulturmeile – könnte ein Deserteursdenkmal den beschriebenen Zielen, die es erfüllen soll, in vollem Umfang gerecht werden. Mit entsprechender Ausschreibung könnte der Platz so historisch »entmilitarisiert« und damit wieder Ansatzpunkt von Stadtentwicklung und Kunst im öffentlichen Raum werden. Denkbar wäre auch, eine bewusste Entscheidung gegen einen in dieser Hinsicht historischen Ort in Hannovers Zentrum zu treffen – so wäre der Trammplatz weiterhin eine gute Alternative. Das würde aber neue Anforderungen an eine Denkmalsgestaltung stellen.

3. Probleme bei der Umsetzung

Die Gestaltung und die Umsetzung eines solchen Denkmals werden über die inhaltliche Auseinandersetzung und die bereitgestellten Ressourcen definiert.

Leider hat die städtische Verwaltung unter der Kulturdezernentin Marlis Drevermann nicht den Weg der öffentlichen Auseinandersetzung und an einer inhaltlichen Debatte orientierten Ausschreibung gesucht. Stattdessen überraschte sie zwei Tage vor der im September geplanten und dann auf Oktober verschobenen Kulturausschusssitzung die Öffentlichkeit mit einem Vorschlag, der still und leise dem »Thema *Deserteur* in angemessener Weise« entsprechen solle. Konkret schlägt die Verwaltung vor, ein älteres, vom Ehepaar Almut und Hans-Jürgen Breuste erstelltes, Kunstwerk zum Denkmal für den unbekanntes Deserteur umzuwidmen und auf dem Fössefeldfriedhof aufzustellen. Es solle die Inschrift haben: »Ungehorsam 1939-1945«. Damit schlägt die Verwaltung aus ihrer Sicht gleich mehrere Fliegen mit einer Klappe: Der Ankauf eines Werkes des kürzlich verstorbenen Hannoveraner Künstlers Hans-Jürgen Breuste und die kostengünstige Abwicklung(!) des Deserteursthemas, dazu die Nichtbefassung mit einer sonst notwendigen individuellen Gestaltung auf dem Fössefeldfriedhof und die Vermeidung einer vielleicht schmerzhaften Auseinandersetzung im städtischen Raum. Abgesehen vom Vorgehen, das den Beschluss des Kulturausschusses vom Januar 2012 konterkariert, hat dieses Vorgehen auch schwere inhaltliche Mängel und bewirkt – nicht zuletzt mit der Widmung – einen inhaltlichen Rückschritt im Vergleich zum alten Denkmal. Erschwerend kommt der dezentrale Ort mit seiner auf Trauer angelegten Umgebung hinzu, wobei als positiver

Aspekt der durch die Einweihung entstehende Zwiespalt zwischen Deserteurs- und den vorhandenen Kriegsdenkmälern zugespielt werden kann. Zudem würde zumindest die längst überfällige Erweiterung des Gedenkens stattfinden, weg vom reinen Deserteur hin zu meist vernachlässigten Opfergruppen, wie wegen Wehrkraftzersetzung oder Kriegsverrat Verurteilten, allerdings bei gleichzeitiger problematischer Einengung auf die ausdrücklich datierte Zeitspanne. Dabei muss gelten: Desertion ist Menschenrecht!

Die Reaktion des Kulturausschusses auf diesen Vorschlag war eher positiv, sieht man vom üblichen rechts-populistischen Brei einiger Unverbesserlicher ab. Allein Die Linke lehnte den Vorschlag rundheraus ab und beharrte auf einem sinnvollen und politischen Ort und der Ausschreibung. Bündnis 90/Die Grünen gaben sich mit dem vorgeschlagenen Ort und dem Denkmal zufrieden, forderten aber ein Nachdenken über die Inschrift.

Die Deserteursinitiative ist – trotz mehrfacher Gesprächsangebote – nicht in den Diskurs um das Deserteursthema einbezogen worden. Allenfalls als »Sachverständige« dürfen sie über die in diesem Rahmen zu erstellende Informationstafel auf dem Fössefeldfriedhof mitreden.

Wird der Vorschlag der städtischen Verwaltung endgültig akzeptiert, verliert Hannover nicht nur sein Deserteursdenkmal, zudem wird auch ein Signal gesandt, welches explizit die Auseinandersetzung mit Gewissen, Menschenwürde und Toleranz auf den historisierenden Aspekt des Bedauerns und der Trauer begrenzt und damit die inhaltliche Auseinandersetzung mit militärischer Gehorsamslogik ausschließt. Die hingerichteten Soldaten werden so ein weiteres Mal still und leise begraben.

Wie Köln zeigt, bestand der große Gewinn des Deserteursdenkmals in der transparenten Öffentlichkeitsarbeit und städtischen Diskussion um das Denkmal. Geschichte muss gelebt und ständig neu diskutiert werden. Mit der Entscheidung für ein alleiniges Gedenken auf dem Fössefeld-Friedhof wird genau das nicht funktionieren. Das öffentliche Gedenken an Deserteure wäre aus dem städtischen Gedächtnis gelöscht.

Ralf Buchterkirchen ist aktiv in der DFG-VK in Hannover. Er ist Autor des Buches: »... und wenn sie mich an die Wand stellen« – Desertion, Wehrkraftzersetzung und »Kriegsverrat« von Soldaten in und aus Hannover 1933-1945. Neustadt: Edition Region und Geschichte. (ISBN: 978-3-930726-16-5, 178 Seiten, 13,90 Euro). Weitere und aktuelle Informationen im Internet unter: www.deserteure-hannover.de

Clemens Tangerding

Für Deutschland gestorben

Öffentliche Debatten über gefallene Soldaten

Das Ehrenmal der Bundeswehr liegt nur einen Spaziergang entfernt vom preußischen Nationaldenkmal für die Befreiungskriege. Beide Stätten dienen dem Gedenken gestorbener Soldaten.

Das eine wurde 2009 eröffnet, das andere 1821. Die zwei Orte könnten auf den ersten Blick unterschiedlicher nicht sein. Es beginnt bereits bei der Formensprache. Das Bundeswehr-Ehrenmal des Architekten Andreas Meck besteht aus einem schlichten Quader. Er liegt ebenerdig an der Außenseite des Bundesverteidigungsministeriums in Berlin-Tiergarten und ist über eine kleine Seitenstraße zu erreichen. Der Besucher entdeckt das 32 Meter lange Rechteck erst, wenn er direkt davor steht. Der Boden und die Säulen sind aus Beton. Das Gebäude ist von einem Bronzekleid umfasst. Die metallene Hülle ist durchlöchert von kleinen Kreisen und Halbkreisen, die an die Erkennungsmarken der Soldaten erinnern sollen.

Das Nationaldenkmal von Karl Friedrich Schinkel dagegen ist schon von weitem sichtbar. Es steht auf einer Anhöhe. Ist der Geschichtsbegeisterte diese emporgestiegen, befindet er sich auf einer Aussichtsplattform neben einem Monument, das dem Turm einer gotischen Kathedrale nachempfunden ist. Auf seiner Spitze in 19 Metern Höhe sitzt ein Eisernes Kreuz, das dem Berg, der daran entlang führenden Straße und dem ganzen Stadtteil seinen Namen gegeben hat: Kreuzberg. Der Park, der das Denkmal umgibt, heißt Viktoriapark.

Die Hildebrandstraße indessen, in der das Ehrenmal der Bundeswehr liegt, ist nach einem Schokoladenfabrikanten benannt.¹⁾

Die Inschriften an den beiden Denkmälern legen nahe, dass sich das Gedenken an den Tod von gefallenen Soldaten in Deutschland grundlegend verändert hat.

Auf Schinkels Denkmal heißt die goldgefärbte Widmung: »Den Gefallenen zum Gedächtnis, den Lebenden zur Anerkennung, den künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung.«

Am Ehrenmal von 2009 fällt die Widmung deutlich nüchterner aus, auch wenn sie ebenfalls in goldenen Buchstaben erscheint: »Den Toten unserer Bundeswehr. Für Frieden, Recht und Freiheit.«

Oben auf dem Kreuzberg stehen die Namen und Daten der bedeutendsten Schlachten der

Koalition gegen Napoleon. An den glatten Wänden des Bundeswehr-Ehrenalms sind die Orte nicht eingraviert, an denen Soldaten von Luftwaffe, Marine und Heer ums Leben gekommen sind. Hätte sich das Bundesverteidigungsministerium dafür entschieden, hätte es in großer Zahl deutsche Bundeswehrstandorte aufzählen müssen. Denn von den 3.100 seit Gründung der Bundeswehr 1955 getöteten Soldaten und zivilen Mitarbeitern²⁾ sind die allermeisten bei Unfällen im eigenen Land ums Leben gekommen. Statt der Orte nennt die Gedenkstätte die Namen der Verstorbenen. In einem Raum der Stille, der in dem Quader liegt, leuchten sie nacheinander an einer dunklen Wand auf. Wie die Männer hießen, die in den Befreiungskriegen starben, erfährt der Besucher des Kreuzbergs nicht.

Offenbar liegen nicht nur 200 Jahre zwischen den beiden Stätten des Gefallenengedenkens, sondern auch Welten. Die Siegesfeier scheint sich im Laufe der Zeit zu einer Besinnung an die Verstorbenen gewandelt zu haben.

Doch lassen sich schnell auch Gemeinsamkeiten zwischen den beiden Monumenten feststellen. Die Auffälligste ist wohl, dass die Inhaber der politischen und militärischen Macht einen zentralen Ort des zentralen Gedenkens im Staat, damals Preußen, heute die Bundesrepublik schufen. Dieser Raum ist nicht identisch mit der Stelle, an der der Soldat ums Leben gekommen ist, und nicht mit seinem Heimatort. Der zentrale Gedenkort liegt im Machtraum des Staates.

Offensichtlich ist auch, dass die Entscheidungsträger das Denkmal nicht für diejenigen errichten ließen, an die sie erinnern, nicht also für die toten Soldaten. Der Historiker Reinhart Koselleck formuliert dieses Phänomen auf folgende Weise:

»Sicher ist, dass der Sinn des Sterbens für ..., wie er auf Denkmälern festgehalten wird, von den Überlebenden gestiftet wird, und nicht von den Toten. Denn die Sinnleistung, die die Verstorbenen ihrem Sterben abgewonnen haben mögen, entzieht sich unserer Erfahrung.«³⁾

Die Träger politischer Entscheidungsgewalt leiten heute und leiteten vor 200 Jahren aus dem vergangenen Tod der Soldaten einen Sinn in der

1) Art. Theodor Hildebrand, in: NDB 9 (1972), S. 126

2) Bundesministerium der Verteidigung (Hg.): Das Ehrenmal der Bundeswehr. Den Toten unserer Bundeswehr – Für Frieden, Recht und Freiheit, Berlin 2009, S. 5.

3) Reinhart Koselleck: Kriegerdenkmale als Identitätsstiftungen der Überlebenden, in: Odo Marquard, Karlheinz Stierle (Hg.): Identität, München 1979, S. 255-276, hier: S. 257.

und für die Gegenwart und sogar für die Zukunft ab. Für den Bundesverteidigungsminister liegt der Sinn darin, dass die 3.100 Angehörigen der Bundeswehr »für Frieden, Recht und Freiheit« gestorben sind. Am Schinkel-Denkmal wird der behauptete Sinn nicht durch Worte ausgedrückt, doch er ist nicht weniger prägnant formuliert. Der Turm mit dem Kreuz auf der Spitze behauptet eine Gottgewolltheit sowohl der genannten Schlachten als auch des Todes der gefallenen Soldaten. Das Eiserne Kreuz auf der Spitze schafft eine Identität von Kreuzestod Christi und dem Sterben der preußischen Männer auf dem Schlachtfeld. Dem entspricht die Widmung, die alle Lebenden zur Nachahmung aufruft und die Soldaten damit wahlweise Christus gleichstellt, dem es laut Johannes-Evangelium nachzuzufolgen gilt⁴⁾, oder den christlichen Märtyrern, die in der Imitatio Christi bis in den Tod gegangen sind. In der Ausformulierung des Sinns unterscheiden sich beide Erinnerungsstätten also erheblich voneinander, in der Behauptung einer für alle gemeinsamen Bedeutung sind sich beide Monumente einig.

■ Kontrolliertes Gedenken der angeblich fürs Vaterland Gestorbenen

Wie weit also hat sich das Bundeswehr-Ehrenmal tatsächlich vom Nationaldenkmal für die Befreiungskriege entfernt? Welche Elemente aus der Geschichte des Soldatengedenkens hat es behalten, welche macht es sich zu eigen? Ein in Blick in die Zeit zwischen dem beginnenden 19. Jahrhundert und der Berliner Republik scheint sich zu lohnen.

Bereits vor der Eröffnung des Nationaldenkmals für die Befreiungskriege im Jahr 1821 bündelte Friedrich Wilhelm III. das Gedenken an die gefallenen Soldaten, indem er einen Gedenktag ausrief. Der König ordnete im April 1816 an, dass am 4. Juli Totenfeiern in jeder evangelischen Kirche Preußens abgehalten werden sollten.⁵⁾ Einen Totengedenktag sollte es fortan in jedem Jahr geben. Für die wenigen katholischen Pfarreien erließ er eine eigene Ordnung. Das Datum war bewusst gewählt. Am 4. Juli 1815, also exakt ein Jahr zuvor, kapitulierte die französische Regierung vor der Koalition, deren Truppen vor Paris lagen. Der Monarch verknüpfte auf diese Weise das Gedenken an die gestorbenen Soldaten mit dem Sieg über Napoleon, der allen Zeitgenossen noch klar vor Augen stand.

Allein die Wahl des Tages verlieh der Totenfeier bereits eine Deutung.

Die Gemeindepfarrer hatten, so legte Friedrich Wilhelm es fest, in dem Gedenkgottesdienst des 4. Juli 1816 über zwei Bibelstellen zu predigen.⁶⁾ Die Verordnung ließ es damit jedoch nicht auf sich beruhen, sondern bestimmte auch, in welcher Weise der Prediger die Geschichten aus der Bibel auslegen sollte. Er habe darauf zu achten, dass »diese vaterländische Feier nicht sowohl schmerzliche Gefühle von neuem anrege und nähre, als vielmehr ermuthigend und erhebend auf die Erhaltung und Belebung des wahrhaft religiösen Patriotismus, welcher auch das Leben für die Brüder zu lassen bereit ist, freudig hinwirke.«⁷⁾

Dem Kabinett des preußischen Königs war an einer genauen Kontrolle daran gelegen, wie das Totengedenken abzulaufen hatte. Dazu gehörte, die Trauer der Familienmitglieder über die gestorbenen Söhne, Väter und Brüder von vorneherein einzudämmen. Kummer sollte gar nicht erst aufkommen, die Angehörigen sollten stolz empfinden. Wofür aber waren die Soldaten der deutschen Staaten in den Kriegen der Jahre 1792 bis 1815 gefallen?

Die Monarchen konnten nach 1815 nicht behaupten, die Landeskinder seien für den Sieg gestorben. Diese Deutung wäre die einfachste gewesen und hätte an große historische und mythologische Vorbilder anknüpfen können. Der Verlust des Soldatenlebens wäre im Sieg des Staates aufgegangen. Dieses Bild hätte auch der ungebildetste Untertan verstanden. Doch die historische Wirklichkeit versperrte sich einer solchen Deutung. Die Soldaten der Rheinbundstaaten hatten bis 1813 noch auf Seiten Frankreichs gekämpft. Im Russlandfeldzug von 1812 starben allein 30.000 bayerische Männer unter der Befehlsgewalt Napoleons.

Die Monarchen versuchten folglich, eine Formel zu finden, welche die einstige Bindung an Napoleon oder die Abhängigkeit von ihm nicht thematisierte. Zum 20. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig wurde in München ein Denkmal am Karolinenplatz in der heutigen Maxvorstadt eingeweiht. Es sollte die Erinnerung an eben die 30.000 bayerischen Soldaten wachhalten, die im Russlandfeldzug gestorben waren. Der Obelisk von Leo von Klenze, so hieß es, wurde aus dem Erz französischer Kanonen gegossen. Die Inschrift lautet: »Auch sie starben für des Vaterlands Befreyung.«⁸⁾

Die Behauptung, die Soldaten seien für das Vaterland oder für König und Vaterland gestorben, taucht nach 1815 auf Inschriften und in politischen Gedenkreden sehr häufig auf.⁹⁾ Mit der Fokussierung auf das Land oder die Herrscherfigur

4) Johannes 12, 26.

5) Königliche Verordnung über die am 4. Jul. [sic] zu haltende religiöse Todtenfeier vom 21.05.1816, in: Maximilian Friedrich Scheibler: Todtenfeier zum Gedächtnis der in den beiden Feldzügen 1813-1815 gefallenen Retter des Vaterlandes in der Evangelischen Kirche zu Montjoie am 4. Juli 1816 begangen, und zu einer thätigen Aufheiterung der trauernden Hinterbliebenen irgend eines von diesen edeln Rettern durch den Druck bekannt gemacht, Frankfurt am Main 1816, S. 24 ff.

6) Makkabäer 1, 9 f; Jakobus 5, 11.

7) Königliche Verordnung, in: Scheibler, S. 25.

8) Ute Planert: Der Mythos vom Befreiungskrieg. Frankreichs Kriege und der deutsche Süden: Alltag – Wahrnehmung – Deutung, Paderborn 2007, S. 628.

9) Koselleck: Kriegerdenkmale, S. 261 f.

ließ sich der Patriotismus als Sinn behaupten, ohne den Kampf auf Seiten des Feindes und ohne Kriegsniederlagen rechtfertigen zu müssen. Nur sehr wenige Machthaber gingen dabei allerdings so weit wie der bayerische König Ludwig I., der in der Inschrift auf dem Münchener Obelisk den Russlandfeldzug als Teil der Befreiungskriege definierte und damit offensichtliche historische Tatsachen leugnete.

Die Widmung überspielte auch, dass viele junge Männer während der Kriege versucht hatten, dem Militärdienst zu entgehen. Dies taten sie auf legale Weise, indem sie eine der Ausnahmeregelungen für sich zu reklamieren versuchten, welche die Gesetze zur Heeresergänzung vorsahen. Dies taten sie aber auch mit ungesetzlichen Strategien, indem sie Geburtsjahre fälschten, die eigene Unabkömmlichkeit im elterlichen Handwerksbetrieb vortäuschten oder schwere Krankheiten angaben. Einige versuchten, dem Waffendienst mittels Desertion zu entgehen. Der bayerische König ging gegen die Deserteure auf mannigfache Art vor. Ein Mittel bestand darin, die Namen, Berufe und Wohnorte der Betroffenen im Regierungsblatt zu veröffentlichen und sie damit sozial zu ächten, ein anderes darin, das Vermögen des Geflohenen einzubehalten und damit auch die Existenz der Familie aufs Spiel zu setzen.¹⁰⁾

Die Historikerin Ute Planert hat jüngst das Verhalten der Bevölkerung in den süddeutschen Staaten während der Koalitionskriege untersucht und ihrer Studie den sprechenden Titel »Der Mythos vom Befreiungskrieg«¹¹⁾ gegeben. Erst im Lauf des 19. Jahrhunderts, so zeigt Planert, dichteten die Staatseliten der damaligen Bevölkerung einen freiwilligen oder zumindest willfährigen Einsatz fürs Vaterland an. De facto existierte die Bereitschaft, für König oder Vaterland in den Tod zu gehen, in weit geringerem Maße als zur Zeit der Restauration von den gekrönten Häuptern behauptet.¹²⁾

■ Flächendeckend Kriegerdenkmale

Die Formel der Hingabe an König und Vaterland versuchte jedoch weniger, die Geschichte zu deuten als vielmehr die Gegenwart. Die Landkarte des ehemaligen Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation hatte sich erheblich verändert. Wenn die Monarchen den Tod der Soldaten als patriotischen Akt ausdeuteten, dann deshalb, um die Bevölkerung der hinzugewonnenen Gebiete an sich selbst zu binden. Dies hatte nicht zuletzt ganz praktische Gründe. Die Staaten des Deutschen Bundes waren in Folge der Koalitionskriege

hoch verschuldet.¹³⁾ Die Könige verlangten von ihren Untertanen, hohe Steuern zu zahlen, um die geschlagenen Schlachten zu finanzieren.

Der Historiker Edgar Wolfrum hat mit dem Begriff der Deutungseliten¹⁴⁾ einen eigenen Begriff für diejenigen Personen gefunden, die über ausreichend Macht verfügen, um ihre Deutung der Geschichte im öffentlichen Raum kundtun zu können. Deutungseliten sind Könige und Fürsten, gewählte wie selbst ernannte Regierende, ihre politischen und militärischen Berater, ferner ihre Künstler und Architekten. Bis ins zweite Drittel des 19. Jahrhunderts ging die Initiative für das Gedenken an getötete Soldaten fast immer von diesen Deutungseliten aus. Dies änderte sich mit den folgenden Kämpfen, an denen mehrere deutsche Staaten beteiligt waren. Bereits während der Kriege von 1864 und 1866 bildeten sich Denkmalkomitees zur Errichtung von Kriegerdenkmälern.¹⁵⁾ Nach dem Sieg über Frankreich im Jahr 1871 erreichte diese Entwicklung ihren Höhepunkt. Die Gremien setzten sich zusammen aus Mitgliedern von Veteranenvereinigungen, Gesangsvereinen und Schützengilden, aus Lokalpolitikern, Geistlichen und örtlichen Honoratioren. Die Komitees schlossen sich dem offiziellen Gefallenengedenken der Deutungseliten an und reproduzierten deren Legitimationsstrategien auf lokaler Ebene. Die typische Denkmalform dieser Zeit war die Säule mit einer Viktoria, einer Nike oder einem eisernen Kreuz als Spitze.

Der vielfache Bau von Kriegerdenkmälern führte dazu, dass der Krieg und das Gefallenengedenken sich nun flächendeckend über die deutschen Staaten erstreckten. Gedenken fand nun an den Orten statt, an denen Menschen um ihre getöteten Söhne, Brüder und Väter trauerten. Erstmals fanden sich nun auch die Namen einfacher Soldaten auf den Denkmälern wieder. Sie standen auf steinernen Tafeln, die Teil des Monuments waren. Meistens waren neben dem Namen des Getöteten Todestag und Sterbeort eingraviert. Die Denkmale ähnelten sich sehr. Mit den neuen Stätten, die der Toten der Einigungskriege gedachten, entfernte sich das Gedenken von den Kirchen. Schließlich standen sie nun an neutralen Orten und waren nicht in der Kirche untergebracht wie noch die Gedenktafeln unter Friedrich Wilhelm III. Die räumliche Abgeschlossenheit, die Bildsprache und die Architektur luden diese Plätze dennoch mit einer Atmosphäre der Außerweltlichkeit auf. Die Denkmale dieser Zeit waren keine religiösen, aber dennoch sakrale Orte. Dem Tod

13) Planert: Mythos, S. 212 ff.

14) Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 377.

15) Wolfgang Kruse: Strukturprobleme und Entwicklungsphasen des monumentalen Gefallenenkultes in Deutschland seit 1813, in: Manfred Hettling, Jörg Echternkamp (Hg.): Bedingt erinnerungsbereit. Soldatengedenken in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2008, S. 33-45, hier: S. 37.

10) Clemens Maria Tangerding: Der Drang zum Staat. Lebenswelten in Würzburg zwischen 1795 und 1815, Köln/Weimar/Wien 2011, S. 242 f.

11) s. Fußnote 8.

12) s. Tangerding: Drang, S. 277 f. (mit weiterführender Literatur).

der Soldaten, die hier mit Namen genannt wurden, sollte etwas Heiliges innewohnen.

Bemerkenswert ist ein Denkmal, das von einem Komitee in Edenkoben in der bayerischen Kurpfalz zur Ausführung gebracht wurde. Es zeigt einen nackten Reiter auf einem Pferd vor einer Halle. Er überbringt dem Reich die Nachricht vom Sieg gegen Frankreich und schaut daher gen Westen. Als das Friedens- und Siegesdenkmal 1899 eingeweiht wurde, hielt der Vorsitzende des Denkmalkomitees vor einer Menge von 14.000 Kriegervereinsmitgliedern eine Rede. Ferdinand Kuby war Landgerichtsrat und sagte: »Dieser in Kanonenherz gekleidete Friedensheros kündigt der deutschen Welt: *Es ist wieder Friede worden, freut Euch dessen, frohlocket!* Er erinnert aber auch daran, es ist Frieden worden, aber nur nach schwerem Kampf, und er mahnt laut und ernst die jetzigen und künftigen Generationen: *Verdient, was Euch errungen worden, seid einig und seid treu und Ihr werdet stark sein und unüberwindlich.*«¹⁶⁾

Friede stellte für den Vorsitzenden des Komitees nicht etwa eine Alternative zum Krieg dar, sondern bezeichnete den Zustand, der auf den Krieg folgt. Friede konnte in diesem Denken nur durch Kampf und Tod erlangt werden. Erst 1969 wurde die Stätte in einer lokalen Festschrift nur noch als Friedensdenkmal bezeichnet. Der Autor führte damit, ob bewusst oder unbewusst, den Friedensbegriff der sechziger Jahre ein. Nach dem neuen Verständnis dieses Begriffs stellten Krieg und Frieden nun einen nicht zu vereinbarenden Widerspruch dar. Daran war bei der Einweihung des Sieges- und Friedensdenkmals von Edenkoben 1899 noch nicht zu denken.

■ Schlachtfelder werden Gedenkstätten

Die Regierenden der beiden verfeindeten Staaten Deutschland und Frankreich ließen nach 1871 an den Schauplätzen der Schlachten einige gemeinsame Gefallenendenkmale für französische und deutsche Soldaten errichten. Diese Tradition setzte sich bis zum Ende des Ersten Weltkriegs fort. 1916 ließ Wilhelm II. bei St. Quentin ein Ehrenmal bauen. Zwei Jünglinge in Bronze standen für die zwei feindlichen Lager. Zu der Gedenkstätte gehörte ein Friedhof, auf dem die Leichen von Soldaten beider Staaten beerdigt waren.¹⁷⁾ Viele Entscheidungsträger in Berlin und Paris betrachteten den Krieg als den großen Erneuerer, als reinigendes Gewitter, als Gegenmodell zur Politik mit ihren endlosen Debatten. Den Krieger verstanden viele Regierende als den Fahnenträger der Erneuerung. Ihn galt es zu ehren, ob er nun französischen oder deutschen Blutes war.

Neben dem Frieden als Folge des Krieges hielt ein anderer Begriff Einzug in die Sprache des Gedenkens. In den Gedenkreden und auf Denkmälern war nun von der Einheit des deutschen Vaterlands zu hören und zu lesen. Endlich seien nach 1871, so die Auffassung vieler Monarchen, die vorher zersplitterten Territorien zu einer Einheit verschmolzen.¹⁸⁾ Der Zustand der Führungslosigkeit, welche die Regierung Preußens und einiger anderer Staaten dem Deutschen Bund anlasteten, war zu Ende. Der preußische König und in abgeschwächter Weise auch andere Monarchen verstanden den Soldatentod nun als Preis, der für die Einheit zu bezahlen war.

Gegen diese Deutung regte sich mancherorts Widerspruch. Das aufkommende Vereinswesen des 19. Jahrhunderts hatte nicht nur Denkmalkomitees hervorgebracht, sondern auch politische Organisationen. Soweit es das Sozialistengesetz erlaubte, konnten sich die Gegner der Soldatenehrungen öffentlich zu Wort melden. 1895, und damit fünf Jahre, nachdem das Sozialistengesetz seine Geltung verloren hatte, erschien in der sozialdemokratischen Zeitung Volkswacht, die in Bielefeld erschien, ein Artikel, der den Zusammenhang zwischen Tod und Einheit anzweifelte: »Hätten wir nicht viel mehr Ursache zu trauern, ob der Ströme Blutes, die damals um ... was? vergossen worden sind. *Die Einheit und Freiheit Deutschlands*, antworten uns die Politiker und Geschichtsschreiber der herrschenden Klasse. Wir haben für die arbeitende Klasse nichts von großer Freiheit bemerkt.«¹⁹⁾

Die Versuche, den Sinn des Todes der Soldaten öffentlich in Frage zu stellen, blieben bis zum Ende des Ersten Weltkrieges auf bestimmte politische Milieus begrenzt. Dafür war nicht nur die Repression gegen Andersdenkende im Kaiserreich verantwortlich, sondern auch die Tatsache, dass die Einigungskriege allesamt nur von kurzer Dauer gewesen und siegreich verlaufen waren. Erst im Verlauf des Ersten Weltkrieges zweifelten große Teile der Bevölkerung den Sinn des Todes an den Fronten im Westen und Osten an. Die Zahl der gestorbenen Soldaten stieg ins Unermessliche. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte erhielt nun nach Möglichkeit jeder Soldat ein eigenes Grab auf einem Soldatenfriedhof. Diese Form des Gefallenengedenkens stammte aus Nordamerika.²⁰⁾ Während des amerikanischen Bürgerkriegs legten die Vertreter der Nordstaaten gesetzlich fest, dass jedem gestorbenen Soldat ein eigenes Grab gebühre. Dies war im Ersten Weltkrieg selbstverständlich nur bei den Toten möglich, deren Namen bekannt waren. Nach der Sommer-

16) Meinhold Lurz: Das Sieges- und Friedensdenkmal Edenkoben, München/Zürich 1988, S. 10.

17) Koselleck: Kriegerdenkmale, S. 268.

18) Allerdings darf auch der Partikularismus als Gegenströmung zum Einheits- und Einigungsdrang nicht unbeachtet bleiben, zur Einführung s. Hans-Peter Ullmann: Politik im Deutschen Kaiserreich 1871-1918, München 2005, S. 10 ff.

19) Kruse: Strukturprobleme, S. 39.

20) Zum folgenden s. Koselleck: Kriegerdenkmale, S. 269.

schlacht an der Westfront 1916 konnten 72.000 gefallene Soldaten identifiziert werden, 86.000 blieben vermisst. Dies konnte bedeuten, dass die Leichen nicht identifiziert werden konnten.

Darauf reagierten die Regierenden mit zwei Strategien. Einerseits wandelten sie die Schlachtfelder in ihrer Gänze in Gedenkstätten um. Dies geschah zum Beispiel mit der »Höhe 60« bei Ypern, wo 8.000 Soldaten gestorben waren. Andererseits ließen die Entscheidungsträger wie in Vimy und Navarin Monumente errichten, auf welche die Namen aller nicht identifizierbaren Soldaten graviert wurden und die daher nicht begraben werden konnten.²¹⁾

■ Instrumentalisierung der Toten

Bis zum Ersten Weltkrieg blieben die kriegsführenden deutschen Könige und Fürsten meist auch nach einem Krieg noch an der Macht und konnten ihre Deutung von Geschichte in der Öffentlichkeit relativ ungehindert verbreiten. Dies war nach 1918 anders. Nach der Einsetzung einer Reichsregierung und eines Reichstags für die Republik von Weimar bekämpften sich nicht nur die verschiedenen politischen Lager, sondern auch unterschiedliche Geschichtsdeutungen.

Die politischen Eliten konnten sich weder auf einen gemeinsamen Nationalfeiertag noch auf einen nationalen Gedenktag für die Toten des Ersten Weltkriegs einigen. Der sozialdemokratische Journalist Friedrich Stampfer prägte das Wort vom »Bürgerkrieg der Erinnerungen«²²⁾. Die Anhänger des untergegangenen Kaiserreiches veranstalteten an den Jahrestagen der Reichsgründung von 1871 Gedenkfeiern. Dem standen die Verfechter der jungen Republik gegenüber, die sich für die Jahrestage der Ausrufung der Republik am 9. November 1918 und der Unterzeichnung der Weimarer Verfassung am 11. August 1919 als Nationalfeiertage einsetzten. Keine der beiden Parteien konnte sich durchsetzen, so dass die Republik bis zu ihrem Ende 1933 ohne Nationalfeiertag blieb.

Die Beteiligung der Bevölkerung war an den lokalen Gedenkfeiern von Republikanern und Monarchisten ohnehin gering. Sie pflegten ihr Andenken an die Verstorbenen am Totensonntag. In den Reden und Zeitungskommentaren an diesen Tagen instrumentalisierten Journalisten und Lokalpolitiker häufig die Toten des Ersten Weltkriegs für die Legitimation genau ihrer parteipolitischen Überzeugungen.²³⁾ Gleichzeitig riefen sie

nicht selten zur Überwindung parteipolitischer Grenzen auf, wie zum Beispiel in einem Kommentar der Vossischen Zeitung zum Totensonntag 1919: »Aber eines muß auch am heutigen Tage das deutsche Volk als seine Pflicht empfinden: in all seinem Schmerz und all seinem Kummer darf es sich die Zukunft nicht selber verbauen durch untätiges Sichergeben in alles, was da kommt. Die Arbeit, die der Sozialismus predigt, muß das Lösungswort des ganzen Volkes werden, zugleich aber das Vertrauen auf eine bessere Zukunft – und sei es auch nur die unserer Enkel! Das sind wir nicht nur uns selbst, das sind wir vor allem den Gefallenen schuldig, deren wir heute gedenken;«²⁴⁾

■ »Heldengedenken statt Volkstrauer«

1926 führte die Reichsregierung auf Vorschlag des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberberförsorge einen eigenen Tag für das Gedenken an die Getöteten des Ersten Weltkriegs ein, den Volkstrauertag.²⁵⁾ Er bestand nur wenige Jahre als solcher fort. Bereits ein Jahr nach der Machtübernahme ersetzten die Nationalsozialisten den Volkstrauertag durch den Heldengedenktag. Die Abschaffung war Ausdruck einer Geschichtsdeutung, die keine Trauer duldete. Aus diesem Grund ließen die lokalen Entscheidungsträger auch Trauersymbole wie die Pietà oder Soldaten mit geneigtem Kopf von Gedenkstätten entfernen. In einer Begründung zur Schaffung des Heldengedenktages schrieb das nationalsozialistische Winterhilfswerk 1934: »Wir beklagen jetzt nicht mehr mit Tränen die unzähligen Opfer eines sinnlosen Mordens, sondern wir erkennen, dass unzählige dieses Opfer freiwillig gebracht haben und dass aus dieser Saat viele Jahre später herrliche Früchte aufgegangen sind.«²⁶⁾

Am Heldengedenktag sollte fortan nicht nur der Toten des Ersten Weltkriegs gedacht werden, sondern auch der getöteten der nationalsozialistischen Bewegung. Eine besondere Ehrung erfuhren dabei die Nationalsozialisten, die beim Putschversuch vom 9. November 1923 ums Leben gekommen waren.

Nach dem Ausbruch des Krieges änderten die verantwortlichen Politiker die Ausrichtung des Heldengedenktages. Der Tag sollte nun dem Gedächtnis der toten Soldaten beider Kriege gewidmet sein. Für die so genannten Opfer der Bewegung reservierten die Verantwortlichen einen eigenen Tag, den 9. November. Er wurde zum vierten Nationalfeiertag erkoren. Damit versuchten die Entscheidungsträger des NS-Regimes auch, den Gedenktag der Republikaner zu entwerten. Die Anhänger der Weimarer Republik feierten

21) Ebda.

22) hierzu und zum Konzept der »Deutungseliten« (Edgar Wolfrum) s. Janina Fuge: Zwischen Kontroverse und Konsens: »Geschichtspolitik« als pluralistische Bewährungsprobe der deutschen Nachkriegsgesellschaft in der Weimarer Republik, in: Schmid, Harald (Hg.), Geschichtspolitik und kollektives Gedächtnis. Erinnerungskulturen in Theorie und Praxis, Göttingen 2009, S. 123-141, hier: S. 125 f.

23) Fuge: Kontroverse, S. 139.

24) Vossische Zeitung vom 23.11.1919.

25) Fuge: Kontroverse, S. 137.

26) Vossische Zeitung vom 25.02.1934.

den 9. November bislang als den Tag, an dem 1918 Philipp Scheidemann und Karl Liebknecht die Republik ausgerufen hatten.

■ Umgedrehter Opferkult

Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrte sich das Gedenken an die toten Soldaten um. Angesichts der sechs Millionen ermordeten Juden erschien es den deutschen Politikern unter alliierter Bewachung nicht mehr möglich, die Toten des Zweiten Weltkriegs wie die des Ersten Weltkriegs zu ehren. Bislang waren die deutschen Soldaten für das Vaterland oder seine Monarchen, für Frieden und Einheit gestorben, also für positiv besetzte Begriffe. Diese Legitimation war angesichts des allgemein als verbrecherisch betrachteten Nationalsozialismus versperrt. Damit wandelten sich auch die bisherigen Sinnstiftungs-Strategien, wie der Historiker Wolfgang Kruse gezeigt hat: »An die Stelle des mit Sinn besetzten aktiven *Opfers für...* trat nun ein umgekehrter Opferkult, in dem die Toten als passive *Opfer von* Krieg und Gewalt erinnert wurden. Diese Abkehr fiel in der Regel aber deutlich schwächer aus als die vorherige Sinnstiftung, weil sie zumeist die Frage nach den Ursachen und Zusammenhängen des massenhaften gewaltsamen Todes ausblendete und sich stattdessen in eine verallgemeinernde Unverbindlichkeit flüchtete.«²⁷⁾

Das Opfer wurde zum Sammelbegriff für alle Toten. Auf Denkmälern und bei Ansprachen am Volkstrauertag gedachten die Politiker nun den »Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft«. Mit dieser Formel entgingen die Entscheidungsträger nicht nur der Erklärungsnot, wer warum und durch wessen Hand getötet worden war. Sie bezog auch die Kritik am politischen System der DDR und den anderen Staaten des Ostblocks ein. Deren Regierungen wurden von bundesrepublikanischen Politikern als Gewaltherrschaften bezeichnet.

Heinrich Böll machte in seiner Rede mit dem Titel »Heldengedenktag«, die er am Volkstrauertag 1957 hielt, noch keinen Unterschied zwischen Wehrmachtssoldaten und den Häftlingen von Konzentrationslagern: »Millionen ermordet, Millionen als Soldaten, Millionen als Flüchtlinge auf den Landstraßen gestorben. Unschuldige wurden als Opfer für den Tod Unschuldiger genommen. Die große Zahl der Opfer verdeckt den Einzelnen, ihr Name bleibt, der sich dem Haß oder der Verehrung anbietet.«²⁸⁾

■ Kritik am nivellierenden Gedenken

Gegen den allumfassenden Opferbegriff regte sich in den 1970er und 80er Jahren in mehreren Schüben Protest. Konservative Politiker zogen die Kritik linker politischer Gruppen sowie linker und liberaler Intellektueller auf sich, die gegen die Nivellierung der Schuldfrage im offiziellen Gedenken ankämpften und unterschiedliche Formen der Darstellung für Opfer und Täter forderten. Es waren oft symbolbehaftete Ereignisse, welche die Debatten befeuerten. Heftige Kritik, etwa von Jürgen Habermas, ernteten der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und der US-amerikanische Präsident Ronald Reagan am 5. Mai 1985, als sie nacheinander Kränze in der Gedenkstätte des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen und auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg niederlegten.²⁹⁾ Auf dem Friedhof in der Eifel liegen neben Wehrmachtsangehörigen auch Mitglieder der Waffen-SS. Heftige Proteste erntete auch der Beschluss Helmut Kohls, die Neue Wache in Berlin als, so wörtlich, »Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft« zu nutzen. Der Vorwurf, unter anderem vom Zentralrat der Juden, lautete wie im Fall Bitburgs, es dürfe kein gemeinsames Gedenken für die deutschen Soldaten der beiden Weltkriege und die ermordeten Juden geben. Kohl sagte daher zu, für die jüdischen Opfer der Shoah ein eigenes Mahnmal errichten zu lassen.³⁰⁾

■ Die Sakralisierung des Soldatentodes

Lässt man die Phasen des Gedenkens zwischen dem Ende der Koalitionskriege und dem Bau des Bundeswehr-Ehrenmals Revue passieren, fallen Kontinuitäten auf, die sich vom Kreuzberg über Edenkoben und Tannenberg, über Bitburg bis in die Hildebrandstraße in Berlin-Tiergarten erstrecken. Die Gedenkstätten sind ausnahmslos Ausdruck des Bedürfnisses, das Gedenken an den Tod der Soldaten zu sakralisieren, also zu etwas Heiligem zu stilisieren. In Form von Kreuzen, Säulen, Räumen der Stille oder Plastiken wird nicht der Tod, sondern der vorgebliche Sinn dieses Todes dargestellt. Der 21-jährige Oliver O. aus Waldhausen im Kreis Traunstein starb 2010 in Afghanistan, weil ihn ein Kamerad beim Waffenreinigen versehentlich erschoss. Indem es die Todesumstände verschweigt, verweigert das Ehrenmal diesem Tod von Oliver O. seine Konkretheit. Stattdessen

27) Kruse: Strukturprobleme, S. 42.

28) Heinrich Böll: Heldengedenktag (1957), in: Ders.: Aufsätze, Kritiken, Reden, Köln/Berlin 1967, S. 477-480, hier: S. 479.

29) S. Robert C. Holub: Jürgen Habermas. Critic in the public space, London 1991, S. 105 ff.

30) S. Corinna Tomberger: Das Gedenkenmal. Avantgardekunst, Geschichte und Geschlecht in der bundesdeutschen Erinnerungskultur, Bielefeld 2007, S. 19 f.

soll der junge Mann aus Bayern für Freiheit, Recht und Frieden gefallen sein, für den Frieden allerdings, der keine Alternative zum Krieg darstellt, sondern der auf den Krieg folgt wie die Stille dem Sturm. Diese Strategie hat eine lange Tradition im offiziellen Gedenken.

Die Sakralisierung schirmt die Gedenkorte auch gegen Widerspruch ab, denn wer würde in einem Raum der Stille oder vor einem Kreuz laut protestieren?

Die Ent-Profanisierung wehrt den Tod der Soldaten besonders gegenüber Ansprüchen der Überlebenden ab. Obwohl diese im Einsatz eine Gruppe bildeten, grenzen die Denkmale die Toten von den Verwehrten ab. Nur wer starb, wird in Inschriften und auf Tafeln geehrt, wer überlebte nicht. Zwar möchte Verteidigungsminister Thomas de Maizière einen Veteranengedenktag einführen, doch auf dem Ehrenmal der Bundeswehr werden die ehemaligen Einsatzkräfte nicht gewürdigt. Psychische Krankheiten, lebenslange körperliche Schäden, Schwierigkeiten bei der beruflichen Wiedereingliederung ließen sich mit der Sakralisierung des Gedenkens nicht in Einklang bringen.

Auffällig ist auch, dass die Soldaten zwar als Söhne oder als Opfer, manchmal auch als Krieger benannt und dargestellt werden, nie aber als Tötende. Der Gefallene existiert als Begriff, es gibt aber keine Bezeichnung für den, der ihn zu Fall gebracht hat.

Reinhart Koselleck meint dazu: »Gestorben wird alleine, zum Töten des Anderen gehören zwei. Die Fähigkeit des Menschen, seinesgleichen umzubringen, konstituiert vielleicht mehr noch menschliche Geschichte als seine Grundbestimmung, sterben zu müssen.«³¹⁾

Dr. Clemens Tangerding ist Historiker, Journalist und Gründer von »jetzt und einst« (www.jetzt-und-einst.de), das als Auftragsarbeiten Unternehmens-, Familien- und Ortsgeschichte schreibt. Dieser Text ist die überarbeitete Fassung eines am 18. Dezember 2012 im Deutschlandfunk gesendeten Radioessays.



31) Koselleck: Kriegerdenkmale, S. 257.

Klaus Pfisterer

KDV nach der Wehrpflicht

KDV-Zahlen 2012 und weitere Daten

Im Jahr 2012 haben 316 SoldatInnen und 30 ReservistInnen den Kriegsdienst verweigert, insgesamt 346. Dies teilte die Pressestelle des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben am 18.02.2013 mit.

Bei den Soldaten handelt es sich um Berufs- und ZeitsoldatInnen (mit mindestens zweijähriger Verpflichtungszeit). Eine genaue Unterscheidung wurde nicht mitgeteilt.

Vergleiche mit früheren Zahlen der SoldatInnen- und ReservistInnenverweigerung bringen wenig Aufschluss, da solche aus der Zeit stammen, als die Wehrpflicht noch nicht ausgesetzt war. Vergleichen kann man nur die Zahlen des jeweils zweiten Halbjahres miteinander, da die Wehrpflicht erst zum 1. Juli 2011 ausgesetzt wurde. Im zweiten Halbjahr 2012 verweigerten 138 SoldatInnen (2011: 225) sowie 18 ReservistInnen (2011: 14). Gemessen am aktuellen Bundeswehrumfang von rund 192.000 SoldatInnen sind das gerade

einmal 0,18 Prozent. Der Kriegseinsatz in Afghanistan sowie die zahlreichen weiteren Auslandseinsätze der Bundeswehr haben nur wenig Einfluss auf die KDV-Antragstellung.

Bei den KDV-AntragstellerInnen handelt es sich um Zeit- oder BerufssoldatInnen. Mit Urteil vom 22. Februar 2012 (Az: 6C 11/11) hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, dass SanitätssoldatInnen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung zusteht. Seit dem 12. März 2012 wird diese Personengruppe in der KDV-Statistik gesondert erfasst. Aus der Antwort des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf eine Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke vom 4. März 2013 geht hervor, dass vom 12. März bis zum 31. Dezember 2012 insgesamt 72 KDV-Anträge von SanitätssoldatInnen gestellt worden sind. Von diesen wurden 45 (63 %) anerkannt, 12 (17 %) abgelehnt und 15 (20 %) waren noch nicht abschließend bearbeitet. Über die An-

erkennungs- oder Ablehnungsquoten der anderen KDV-AntragstellerInnen liegen keine Zahlen vor.

Von verschiedenen Seiten wurde der Vorwurf erhoben, dass in den letzten Monaten vermehrt KDV-Anträge abgelehnt wurden. Dem widerspricht das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), das für das KDV-Verfahren zuständig ist, laut der o.g. Antwort auf Anfrage der Bundestagsfraktion Die Linke. Dass die Behauptung dennoch ihre Berechtigung hat, ist derselben Antwort zu entnehmen: 10 der 12 Ablehnungen erfolgten in den Monaten Oktober bis Dezember 2012. Erhärtet wird der Vorwurf durch mehrere AnwältInnen, die die AntragstellerInnen vertreten. Bei ihnen wurde deutlich, dass sich die Anerkennungspraxis im Zusammenhang mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 22. Februar 2012 verändert hat. Ein Anwalt schreibt hierzu: »Definitiv beobachten wir in diesem Zusammenhang eine deutlich restriktivere Anerkennungspraxis, die offensichtlich mit einer Intervention des Personalamtes der Bundeswehr beim BAFzA zusammenhängt. Ich gehe davon aus, dass sich die restriktive Behandlung der Anerkennungsbegehren von Sanitätsangehörigen auf alle Kriegsdienstverweigerer auswirkt. Die Anerkennungspraxis scheint insoweit verschärft worden zu sein, als dass offensichtlich grundsätzlich Nachfragen kommen.« Diese Entwicklungen müssen weiter beobachtet und ggf. an die Öffentlichkeit gebracht werden.

Beim BAFzA gibt es keine Auswertung über die Dauer des KDV-Antragsverfahrens von SoldatInnen. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit von vollständigen KDV-Anträgen betrage 4 bis 6 Wochen.

■ Freiwilliger Wehrdienst und Bundesfreiwilligendienst

Bei den Freiwillig länger dienenden Wehrdienstleistenden (FWDL) brechen immer mehr ihren Dienst in der Bundeswehr frühzeitig ab. Die Zahl der AbbrecherInnen ist von zuletzt 27 auf 30,4 Prozent gestiegen (Süddeutsche Zeitung vom

02.01.2013). Freiwillige können in den ersten sechs Monaten ohne Angabe von Gründen die Bundeswehr verlassen. Die Abbruch-Quote ist seit der Aussetzung der Wehrpflicht kontinuierlich gestiegen.

Die Gründe für die »Kündigung« sind vielfältig. Ein maßgeblicher Grund dürfte das »schräge« Werbekonzept der Bundeswehr sein, das u.a. mit »coolen Beach-Partys« und »crazy Strandspielen« lockt. In den Kasernen erleben die Jugendlichen dann ein anderes, das wahre Bild der Armee, in der eben zum Töten von Menschen im Krieg ausgebildet wird. Nur bei etwa fünf Prozent aller FWDL sei das Dienstverhältnis auf Betreiben der Truppe beendet worden, weil sich die RekrutInnen als nicht geeignet erwiesen hätten.

Der freiwillige Wehrdienst dauert regulär 7 bis 23 Monate, die durchschnittliche Verpflichtungsdauer liegt bei 13 Monaten. Verteidigungsminister de Maizière hatte im Juli 2011 das Ziel von 5.000 bis 15.000 Freiwilligen ausgegeben. Im Dezember 2012 waren 11.150 Freiwillige bei der Bundeswehr.

Die Abbruchquote beim Bundesfreiwilligendienst (Bufdi) lag 2012 bei rund 15 Prozent und damit halb so hoch wie bei den FWDL. Die 35.000 Plätze für Bufdis waren durchweg besetzt, obwohl diese höchstens 348 Euro monatlich bekommen. (im Vergleich dazu: Die Freiwilligen bei der Bundeswehr erhalten bis zu 1.146 Euro monatlich.)

■ Posttraumatische Belastungsstörungen

Eine besorgniserregende Zahl gibt es von den SoldatInnen mit posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) zu berichten – hier wurden 1.143 neue Fälle im Jahr 2012 bekannt; die Dunkelziffer dürfte erheblich liegen.

Hier die Entwicklung der PTBS seit 2008: 2008 - 245 Fälle, 2009 - 446 Fälle, 2010 - 729 Fälle, 2011 - 922 Fälle, 2012 - 1.143 Fälle; die Zahl hat sich seit 2008 also nahezu verfünffacht.

Klaus Pfisterer ist baden-württembergischer DFG-VK-Landessprecher.

Ullrich Hahn

Jesus steht auf der Seite der Unbewaffneten

Thesen zur Problematik »internationaler Polizeieinheiten«

Als Lösung für die »Schutzlücke« bedrohter Bevölkerungsteile für den Fall der Abschaffung von Militär wird in Stellungnahmen der Kirchen und auch von Friedensorganisationen die Aufstellung »internationaler Polizeieinheiten« unter dem Dach der UN vorgeschlagen. Kritisch hierzu ist anzumerken:

1. Es gibt keine klare Abgrenzung zwischen Militär und Polizei.

Auch in Deutschland sind diese Grenzen bis in das 20. Jahrhundert hinein fließend gewesen und erhielten erst unter dem Grundgesetz eine klare Abgrenzung, die aber seit einigen Jahren wieder in Frage gestellt wird. International sind die Vorstellungen hierzu sehr uneinheitlich. In vielen, auch westlichen, Rechtsordnungen werden beide Institutionen oft unter dem Begriff der »Sicherheitskräfte« zusammengefasst und überlappen sich sowohl bezüglich ihrer Einsatzbereiche als auch bezüglich ihrer Bewaffnung.

2. In Deutschland hatte sich der moderne Polizeibegriff im Laufe des 19. Jahrhunderts herausgebildet – mit einigen Einsatzgrundsätzen, die sie vom Militär unterscheiden sollten:

- a. Eingriffe in Freiheit und Eigentum nur auf gesetzlicher Grundlage
- b. Wahrung der Verhältnismäßigkeit
- c. Gewaltmaßnahmen nicht gegen Unbeteiligte
- d. Kontrolle durch eine unabhängige Justiz

Nach 1945 kam als weiterer Grundsatz die Abgrenzung zu den Geheimdiensten hinzu: die Polizei sollte offen agieren; Geheimdienste hatten keine Eingriffsbefugnisse. Diese Grenzen sind in der Entwicklung der letzten Jahre aufgeweicht worden – sowohl durch die zwischenzeitlich erlaubte Zusammenarbeit von Geheimdiensten und Polizei, die Vermummung polizeilicher Einheiten, die Erweiterung der Einsatzmöglichkeit der Bundeswehr auch im Inneren und die Bezeichnung der Einsätze des Militärs im Ausland als »Vollzug von Polizeiaufgaben«.

3. Neben ihren Funktionen von Sicherheit und Ordnung hatte und hat die Polizei immer auch die Aufgabe der Herrschaftssicherung. Hierzu dienen insbesondere die kasernier-

ten Polizeieinheiten (Bereitschaftspolizei), die militärisch ausgerüstet und organisiert sind. Im 19. Jahrhundert wurden diese Einheiten zum Teil »Schutzmaßnahmen« genannt. Vergleichbare Einheiten gibt es auch in anderen westlichen Ländern. Im 2. Weltkrieg wurden von deutscher Seite Polizeibataillone zur Sicherung und »Säuberung« der besetzten Gebiete eingesetzt. Auf ihr Konto gehen nicht weniger Menschenrechtsverbrechen als bei der Waffen-SS.

4. Eine Abgrenzung der Polizei vom Militär geschieht weniger durch Rechtsbegriffe als vielmehr durch die Art der Bewaffnung.

Soweit die kasernierten Polizeieinheiten auch mit Kriegswaffen ausgerüstet sind, sind sie in ihrer Wirkung nur wenig vom Militär zu unterscheiden. Insbesondere für die angedachten »internationalen Polizeieinheiten« hängt deren Bewaffnung ganz von den an sie geknüpften Erwartungen ab:

– Sollen diese »Polizeieinheiten« auch gegen mit Kriegswaffen ausgerüstete Verbände kämpfen können, werden sie gleichfalls mit Kriegswaffen ausgerüstet sein und unterliegen dann auch den damit einhergehenden kriegsähnlichen Einsatzkriterien.

– Die Rüstung und Ausrüstung solcher Einheiten wird dann auch vom worst-case-Denken geprägt: die Bewaffnung sollte immer besser sein als die der »bösen Seite«.

5. Eine rechtsstaatliche Struktur zur Kontrolle solcher Einsätze ist im Weltmaßstab kaum denkbar.

Schon in Deutschland werden alltägliche Übergriffe von Polizeibeamten und -einheiten kaum justiziell geahndet. In der Regel verhindert der in der Polizei bestehende Korpsgeist eine Anzeige und damit auch eine Ahndung von Übergriffen, so dass Bürgerrechtsorganisationen unabhängige Kontrollinstanzen gegen die Polizeigewalt fordern. Beim internationalen Einsatz fehlt in der Regel jede rechtsstaatliche Struktur vor Ort (Haft- und Ermittlungsrichter, Presse, eine kritische Öffentlichkeit). Schon jetzt ist der Internationale Strafgerichtshof nicht in der Lage, auch nur einen winzigen Anteil derjenigen Straftaten zu ahnden, für die er ursprünglich gedacht war.

6. Im alltäglichen Einsatz prägt die mitgeführte Waffe das Verhalten im Konflikt. Auch als Reservemittel (ultima ratio) schränkt sie die Möglichkeiten ziviler Konfliktbearbeitung im Denken ein. Die Waffe wird damit zur Gefahr für das Leben des Gegenübers aber auch für den Polizeibeamten selbst. Etwa 90 Prozent aller Suizide von Polizeibeamten werden durch die Dienstwaffe vollzogen.

7. Wie die Realität zeigt, wäre auch eine Polizei ohne tödliche Waffen funktionsfähig.

Auch bei der Aufklärung von Straftaten und der Verfolgung von Straftätern werden Waffen in den seltensten Fällen gebraucht, obwohl ihr Gebrauch nach geltendem Recht zulässig ist. Bei einem Bestand von ca. 245.000 Polizisten in Deutschland wurde 2010 in 37 Fällen gezielt auf einen Menschen geschossen. Dabei wurden acht Menschen getötet und 23 verletzt. 59 Mal wurden Warnschüsse abgegeben.

Andererseits sind in den 30 Jahren von 1982 bis 2011 118 Polizisten bei gewaltsamen Angriffen getötet worden. Jeder einzelne dieser Fälle ist Anlass für Trauer und Empörung; insgesamt prägt der Einsatz von Schusswaffen aber bei weitem nicht den Alltag der Polizei – ganz im Gegensatz zur landläufigen Vorstellung, die sich eher an amerikanischen Filmen orientiert.

Wichtiger als eine Waffenausbildung wäre für die Polizisten eine weitergehende Ausbildung in Methoden der zivilen Konfliktbearbeitung (nach einer Untersuchung waren 75 Prozent aller Blaulichteinsätze der Polizei in Stuttgart-Mitte innerfamiliären, häuslichen Konflikten geschuldet).

8. Ganz ohne Zweifel ist die Beschränkung der üblichen Polizeiwaffen auf solche, die sich nur gegen einzelne Menschen richten und keine großflächige Wirkung haben, **ein gewaltiger Fortschritt gegenüber den Kriegswaffen** und ihrer massiven Wirkung auf unbeteiligte Menschen (»Kollateralschäden«). Dennoch gilt: Jede tödliche Waffe widerspricht dem Liebesgebot der christlichen Botschaft.

Jesus steht nach meiner Glaubensüberzeugung immer und ausschließlich auf der Seite der Unbewaffneten.

Ulrich Hahn ist Rechtsanwalt und Präsident des deutschen Zweiges des Internationalen Versöhnungsbundes. Die hier dokumentierten Thesen hat er am 24. November 2012 bei einem Treffen des Forums Friedensethik in der Evang. Landeskirche in Baden vorgetragen im Zusammenhang mit der Diskussion über den Entwurf eines neuen friedensethischen Positionspapiers der Landeskirche.



Uli Cremer

Frieden schaffen mit immer mehr westlichen Waffen?

Kritische Anmerkungen aus grüner friedenspolitischer Sicht

Immmer lautstärker wird in der EU und auch in Deutschland über die Lieferung von Waffen an die syrischen Aufständischen debattiert. Wie in solchen Fällen üblich, wird auf die Unterlegenheit der »guten Seite« (syrische Opposition) gegenüber der »bösen Seite« (syrische Regierung) verwiesen. Diese müsse ausgeglichen werden – gerade angesichts der russischen und iranischen Waffenlieferungen an das Assad-Regime.

Ausgerechnet Frankreich, das von 1918 bis 1946 schon einmal seine Ordnungsvorstellungen im syrischen Raum mit militärischen Mitteln durchsetzte, steht an der Spitze derer, die eine Aufhebung des EU-Embargos verlangen. Auch die britische Regierung will die Rebellen aufrüsten.

In Deutschland wird die Forderung vom ehemaligen Außenminister Fischer unterstützt: »Ich persönlich tendiere dazu, über die Bereitstellung

von Waffen an die Opposition nachzudenken« (dpa 17.3.2013). Sein Kumpel aus Frankfurter Tagen, der Grüne-MdEP Cohn-Bendit, formuliert es klarer: »Die EU sollte Waffen an die Kräfte der syrischen Opposition liefern, die nicht dem islamistischen Fundamentalismus angehören.« Auch eine Flugverbotszone solle eingerichtet werden (Siehe: www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Cohn-Bendit-bei-der-Fruehlingsele-Westerwelle-ist-ein-Billig-Pazifist-964623247). Die entsprechenden militärischen Fähigkeiten hätte nur die Nato. Wie schon im Kosovokrieg 1999 und im Libyenkrieg 2011 würde die Nato bei Übernahme dieser Aufgabe zur Luftwaffe der Rebellen.

Auf der anderen Seite steht die Bundesregierung, insbesondere Außenminister Westerwelle, den Cohn-Bendit neuerdings als »Billig-Pazifist«

beschimpft. Die Ankündigung aus Paris, der syrischen Opposition Waffen liefern zu wollen und dazu »das bis Mai verlängerte EU-Waffenembargo gegen Syrien zu umgehen«, wurde in Berlin laut FAZ vom 15.3.2013 so aufgenommen: »In der Bundesregierung verursachte der Vorstoß Empörung.« Dem kann man sich eigentlich nur anschließen.

Verläuft die politische Front also ähnlich wie beim Libyen-Krieg 2011, als Deutschland als internationaler Kriegsdienstverweigerer in Erscheinung trat? Innerhalb der EU offenbar, denn neben der deutschen sind auch andere Regierungen und sogar auch die EU-Außenbeauftragte Ashton »not convinced«.

Aber wie verlässlich sind die Positionierungen der deutschen Akteure? Im Gegensatz zu 2011 wirkt die Bundesregierung eher zittrig und signalisiert Richtung Brüssel Offenheit bis Einknicken. Merkel äußerte, »sie habe ihre Meinungsbildung noch nicht abgeschlossen, so wie das in *Deutschland insgesamt* noch nicht der Fall sei.« (FAZ 16.3.2013)

Die SPD gibt sich in Person des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Gernot Erler kämpferisch: »Die einzige folgerichtige Reaktion des Außenministers wäre gewesen, einen Versuch anzukündigen, Frankreich und Großbritannien von der Aufhebung des EU-Waffenembargos abzuhalten. Hier einfach in die falsche Richtung hinterher zu rennen, wird auf entschiedenem Widerstand der SPD stoßen.« (Presseerklärung vom 14.3.2013)

Seitens der Grünen erkannte der Sprecher für Sicherheitspolitik der Bundestagsfraktion, Omid Nouripour, messerscharf, dass die Waffen nach einem Regime-Wechsel im Land bleiben würden. »Komischerweise hat keines der Länder, die jetzt Waffen an die syrischen Rebellen liefern wollen, eine Idee, wie man sie nach Assad wieder einsammelt«, sagte er. (FAZ 16.3.2013)

Sollte Cameron oder Hollande dazu einen schlaun Vorschlag machen, würde möglicherweise, man weiß es nicht, Omid Nouripour eine Position beziehen. Denn die erste öffentliche und deutliche Grenzüberschreitung im Syrienkrieg haben die beiden genannten Oppositionsparteien gemeinsam mit der Bundesregierung begangen, als sie – nach anfänglicher Skepsis – im Dezember 2012 die Patriots in die Türkei schickten.

Kleinere deutsche Spionagedienstleistungen für die Aufständischen vernachlässigen wir einmal für den Moment (Vergleiche dazu: www.gruene-friedensinitiative.de/texte/120919_syrien.pdf S.11f).

Dennoch: Wenn nicht noch mehr Öl ins syrische Feuer gegossen werden soll, ist Westerwelle-Bashing fehl am Platz. Vielmehr muss man jetzt in Deutschland Westerwelle den Rücken gegen die Hollandes und Camerons dieser Welt stärken.

In all diesen Debatten wird davon ausgegangen, dass die EU bzw. Nato-Staaten bisher keine Waffen nach Syrien liefern würden. Das ist jedoch falsch: Über Kroatien wurden gerade in den letzten Monaten 3.000 Tonnen Waffen an die Rebellen geliefert. Die Welt beschreibt am 18.3.2013 die Arbeitsteilung so: »Das Geld dafür kam aus Saudi-Arabien, transportiert wurden die Rüstungsgüter von türkischen und jordanischen Flugzeugen, unter logistischer Mithilfe von Großbritannien. Die Lieferung war an nationale und säkulare Brigaden der Rebellen übergeben worden...« Letztere gaben die Waffen dann natürlich auch an ihre islamistischen Verbündeten weiter: »Wie weitere neue Internetvideos belegen, ist nicht nur Ahrar al-Sham im Besitz dieses Kriegsgeräts, sondern auch die von den USA als Terroristengruppe eingestufte Al-Nusra-Front.« Letztere verfügt nach Angaben der Welt über 6.000 bis 8.000 Kämpfer!

Den französischen Präsidenten Hollande fechten solche Details bei den beabsichtigten Waffenlieferungen nicht an: Er sagte, »die Rebellen hätten ihm versichert, dass die Waffen nicht in falsche Hände kämen.« (FAZ 16.3.2013) Na, dann ist ja gut.

Halten wir also fest: Es sind nicht nur Qatar und Saudi-Arabien, die die Rebellen mit Waffen versorgen, sondern schon jetzt sind Nato- und EU-Staaten direkt an den Waffenlieferungen beteiligt. Das Konzept »Frieden schaffen mit immer mehr westlichen Waffen« wird bereits umgesetzt. Bei Aufhebung des EU-Waffenembargos würde aber vermutlich der Strom der Lieferungen noch zunehmen, auch die USA würden sich möglicherweise nicht mehr auf Spionageunterstützung und die militärische Ausbildung der Rebellen in Jordanien beschränken.

Statt mit immer mehr westlichen Waffen Frieden schaffen zu wollen, wäre es angebrachter, gemeinsam mit Russland an einer politischen Lösung zu arbeiten. Diese bestände in einer Übergangsregierung, die sich aus Angehörigen beider Bürgerkriegsparteien zusammensetzt – so wie es die Syrien-Aktionsgruppe unter Einschluss der 5 UN-Vetomächte moderiert von Kofi Annan im Juni 2012 schon einmal vereinbart hatte. Der syrische Minister für nationale Versöhnung und der syrische Außenminister haben im Februar 2013 ihre Bereitschaft zu Gesprächen mit den Aufständischen zu Protokoll gegeben: »Wir sind bereit zu einem Dialog mit jedem, der das will – selbst mit denen, die Waffen in den Händen halten, weil wir glauben, dass es Reformen nicht durch Blutvergießen, sondern nur durch Dialog geben wird.« (FAZ 26.2.2013)

Ermutigt von ihren westlichen und arabischen Freunden sehen die Rebellen natürlich nicht den geringsten Grund, sich darauf einzulassen: »Der Militärführer der Rebellen, Selim Idris, bekräftigte... die Forderung der Aufständischen, Gesprächen

erst zuzustimmen, wenn Präsident Baschar al-Assad zurückgetreten sei.« (www.spiegel.de/politik/ausland/syrien-assad-bietet-rebellen-gespraech-an-a-885383.html) Stattdessen wird an dem Aufbau einer eigenen Übergangsregierung gearbeitet. Gerade wurde der US-Bürger Hitto zum Premier dieser Übergangsregierung ernannt. Auch diese Aktivitäten haben sehr direkt mit Waffenlieferungen zu tun, wie das Wall Street Journal zu berichten weiß: »Ausländische Diplomaten haben die Bildung einer Übergangsregierung als Vorbedingung für eine Anerkennung der Rebellengruppen bezeichnet. In einem zweiten Schritt, könnten dann eingefrorene Auslandsguthaben freigegeben werden und die Opposition könnte sich legal mit Waffen versorgen.« (»Syriens Opposition will eine Übergangsregierung bilden« – www.wallstreetjournal.de 18.3.2013) Bisher unterstützt die Obama-Regierung die Aufständ-

schen noch mit angezogener Handbremse. Das will Hitto natürlich ändern: »As an American, he said, he wanted the United States to do more to support the rebels.« (»Syrian Rebels Pick U.S. Citizen to Lead Interim Government«, NYT 18.3.2013) Und wie steht Hitto zu Verhandlungen? »Einen Dialog mit dem Regime schloss er aus. Seine Prioritäten seien der Sturz des Regimes und die Versorgung der Bevölkerung in den *befreiten Gebieten*.« (FAZ 20.3.2013)

So sind natürlich alle Vermittlungsbemühungen der UN zum Scheitern verurteilt – und das Blutvergießen geht weiter.

Uli Cremer ist Mitinitiator der „Grünen Friedensinitiative“. Dieser Text ist am 20. März im Internet unter www.gruene-friedensinitiative.de/texte/130320_syrien_frieden-schaffen-mit-waffen.html veröffentlicht worden.



Rolf Mützenich und Omid Nouripour

Keine Waffenlieferung nach Syrien

Ein rot-grüner Debattenbeitrag

24

Britten und Franzosen wollen die syrischen Rebellen im Kampf gegen das grausame Assad-Regime aufrüsten. Das ist der falsche Weg. Es gibt nicht zu wenig, sondern zu viele Waffen in Syrien. Deutschland muss hart bleiben und auf einer Verlängerung des EU-Embargos bestehen.

Die bisherige Bilanz des bewaffneten Konflikts in Syrien ist erschütternd: Mehr als 70.000 Menschen fielen dem grausamen Bürgerkrieg zum Opfer, unter ihnen wahrscheinlich 15.000 Kinder. Eine Million Menschen haben ihre Heimat verlassen müssen. Es gibt Hunderttausende, die körperlich und seelisch versehrt sind. Die Zerstörung des Landes nimmt immer größere Dimensionen an.

Syriens Präsident Baschar al-Assad ist der Hauptverantwortliche für diese dramatische Entwicklung, daher muss er abtreten. Doch was kommt nach ihm? Assad klammert sich an die Macht, anstatt den Weg für eine politische Lösung freizumachen. Die Rebellen in Syrien haben einen ganz schweren Stand. Militärisch gesehen stehen sie eindeutig schwächer da als die Regierung. Deshalb plädieren mittlerweile auch EU-Mitgliedstaaten wie Frankreich und Großbritannien für ein Ende des EU-Waffenembargos und für Waffenlieferungen an die säkulare Opposition.

Bei allem emotionalen Verständnis für diejenigen, die verzweifelt einen Weg suchen, die Truppen Assads in Syrien zu stoppen – Waffenlieferungen verschärfen mittelfristig die Situation in Syrien. Richtig ist: Die Rebellen haben ein Recht auf Widerstand, auch auf militärischen Widerstand. Und: Die EU-Mitgliedstaaten sind nicht neutral. Hilfe für die leidende Bevölkerung und für bestimmte Widerstandsgruppen ist geboten. Dazu gehören humanitäre Hilfe sowie politische und diplomatische Unterstützung bei der Suche nach einer politischen Lösung des Konflikts. Diese findet statt, wenn auch nicht in ausreichendem Maße. So gibt die Bundesregierung zwar Geld für die Flüchtlingslager in den Nachbarstaaten Syriens, tut aber zu wenig für eine abgestimmte Flüchtlingspolitik in der EU.

Wer für Waffenlieferungen plädiert, glaubt an eine militärische Lösung und ignoriert die Probleme: Welche Rebellen Gruppen etwa will man aufrüsten, wie will man richtige von falschen Adressaten abgrenzen? Anfang 2012 gab es in Syrien etwa 200 unabhängige Kommando-Strukturen in der sogenannten Freien Syrischen Armee (FSA). Heute sind es etwa 1500 separate Einheiten, die sich teilweise gegenseitig bekämpfen. Einzelne Einheiten der FSA haben sogar ein Kopfgeld auf

Mitglieder der politischen Führung der Opposition ausgesetzt.

In den letzten Monaten haben wir immer wieder erlebt, dass nicht einmal Konvois mit Hilfsgütern ihren Bestimmungsort erreichen. Häufig fallen sie in die falschen Hände. Wie stellt man daher sicher, dass mit Waffenlieferungen nicht das gleiche geschieht?

Die Forderung also, Waffen nur an die nicht-extremistische Opposition zu liefern, ist schlicht naiv. Hinzu kommt, dass mittlerweile Teile der FSA rücksichtslos auch gegenüber der Zivilbevölkerung handeln und sogar Uno-Blauhelme angreifen. Ferner ist davon auszugehen, dass Waffenlieferungen westlicher Staaten entsprechende Lieferungen von Iran und Russland verstärken.

Und schließlich bleibt die Frage zu beantworten, was mit den Waffen nach dem Ende des Konflikts passiert. Die Vereinten Nationen denken daher bereits über eine robuste Blauhelm-Mission für die Post-Assad-Ära nach. Je mehr Waffen jetzt ins Land kommen, umso mehr wird eine solche Uno-Mission dann gefährdet sein.

Niemand kann glaubhaft behaupten, er könne am Ende des Bürgerkrieges die gelieferten Waffen einfach wieder einsammeln. Will der Westen verhindern, dass die Extremisten in einem Post-Assad-Syrien die dominante Kraft werden, dann sollte er jetzt an deren Unterstützter herantreten.

Saudi-Arabien und Katar werden seit Jahren als strategische Partner des Westens behandelt, obwohl sie gleichzeitig die Hauptfinanziers des extremistischen Islamismus sind. Wollen wir die Lage in Syrien, an der Grenze zu Israel nach Assad stabilisieren, dann ist es höchste Zeit, Saudi-Arabien und Katar unmissverständlich klar zu machen, dass wir nicht mehr bereit sind, diese Unterstützung des extremistischen Islamismus hinzunehmen. Die von der Bundesregierung geplanten Waffenlieferungen an diese Länder sind längst nicht mehr zu rechtfertigen.

Der Blick nach Syrien zeigt: Es sind nicht zu wenige, sondern längst zu viele Waffen im Land. Wer genau hinschaut, der erkennt, dass die Länder, die nun am lautesten nach Waffenlieferungen für die FSA rufen, diese längst im Geheimen liefern. Die Bundesregierung darf hier nicht wackeln und muss darauf bestehen, dass die bisherige EU-Position aus guten Gründen beibehalten wird.

Dr. Rolf Mützenich ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Omid Nouripour ist Sprecher für Sicherheitspolitik der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Der Text ist am 20. März 2013 auf Spiegel-online unter dem Titel »Europa und der Krieg in Syrien: Liefert den Rebellen keine Waffen!« als Debattenbeitrag erschienen.

Keine Waffenlieferungen nach Syrien

Antrag der Linksfraktion im Deutschen Bundestag vom 19. März 2013

Der Bundestag wolle beschließen:

Deutschland darf keine Waffen nach Syrien liefern.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

a) alles zu tun, um innerhalb der Europäischen Union durchzusetzen, dass das Ende Mai auslaufende EU-Waffen-Embargo gegen Syrien um ein Jahr verlängert wird;

b) gegenüber Großbritannien und Frankreich darauf hin zu wirken, dass beide Staaten sich weiterhin an die EU-Entscheidung, keine Waffen nach Syrien zu liefern, halten und auf einseitige Waffenlieferungen verzichten. Sollten gegen die bisherige EU-Absprache entscheiden und einseitige Schritte unternehmen [*fehlerhafte Formulierung im Original – Anm. d. Red.*], dürfen keine deutschen Waffen mehr in die beiden Staaten geliefert werden;

c) auf Staaten wie Saudi-Arabien, Katar, Irak, die Türkei und Russland einzuwirken, Waffenlieferungen bzw. die Zurverfügungstellung von Geldern zum Ankauf von Waffen an syrische Konfliktparteien zu beenden.

Begründung

Die von Frankreich und Großbritannien angekündigte Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die syrischen Rebellen würde dazu führen, den Bürgerkrieg zu verschärfen und noch mehr als die bereits von der UN geschätzten 70.000 Opfer fordern. Darüber würde eine solche einseitige Aktion eine gemeinsame europäische Syrienpolitik unmöglich machen.

Die Lieferung von Waffen würde den Bürgerkrieg weiter internationalisieren und die waffenliefernden Staaten zur direkt beteiligten Konfliktpartei machen. Verhandlungen zwischen dem syrischen Staat und der syrischen Opposition, wie sie vom UN Sondergesandten angestrebt werden, würden noch unwahrscheinlicher gemacht. Bereits die Ankündigung direkter Waffenlieferungen sabotiert den Verhandlungsauftrag des UN-Sonderbeauftragten.

Sollte es zu einer direkten Unterstützung der Rebellen kommen, stünden sich die Mitgliedstaaten des Weltsicherheitsrates – Frankreich, Großbritannien einerseits und Russland andererseits – militärisch unmittelbar gegenüber. Dies würde eine Lösung des Konfliktes durch den Sicherheitsrat dauerhaft verhindern und einen militärisch herbeigeführten Regime Change zur Folge haben.

Die syrische Bevölkerung und über eine Million Flüchtlinge benötigen dringend umfassende humanitäre Hilfe.

Thomas Gebauer

Waffenexporte sind Beihilfe zu Verbrechen und Krieg

Laudatio bei der Verleihung des Stuttgarter Friedenspreises 2012 an die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel« am 22. November 2012

Wir ehren heute eine Gruppe von Menschen, die sich auf allerdings herausragende und eindrucksvolle Weise für den Frieden engagiert haben. Wir ehren die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!«. Von ganzem Herzen freue ich mich darüber, dass Ihr mit dem Stuttgarter Friedenspreis ausgezeichnet werdet.

Im Falle der »Aktion Aufschrei« von einer Gruppe von Menschen zu sprechen, ist fast schon eine Untertreibung. Seit über drei Jahrzehnten verfolge ich das friedenspolitische Engagement in Deutschland und zu keiner Zeit habe ich einen so großen Zusammenschluss erlebt, der sich gegen den Waffenhandel stark gemacht hat.

Auf bemerkenswerte Weise vereint die »Aktion Aufschrei« zivilgesellschaftliche Akteure aus ganz verschiedenen Bereichen der Öffentlichkeit: Organisationen aus der Friedensbewegung, entwicklungspolitische Gruppen, globalisierungskritischen Initiativen, kirchlichen und weltlichen Akteuren, Umwelt- und Ärzteorganisationen, Kinderrechtsorganisationen, etc. etc., – Akteure, die vieles verbindet, die aber in der Vergangenheit nicht immer mit einer Stimme gesprochen haben.

Die Liste der Träger und Unterstützer liest sich fast schon wie ein »Who is Who« der deutschen Zivilgesellschaft, zumindest ihres kritischen Teils. Man braucht ein wenig Zeit, um sich durch die Namen von mehr als 100 Gruppen durchzuarbeiten, die mit Nachdruck auf ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten drängen.

Dabei ist die Forderung nach einem Stopp von Waffenexporten nicht eigentlich neu; einzelne Organisationen und kleinere Bündnisse verlangen das schon seit vielen Jahren. Neu und überfällig ist, dass die Kritik am Waffenhandel nun von einer so breit getragenen Kampagne geführt wird – und allein deshalb schon sind wir den Initiatoren des »Aufschreis« zu Dank verpflichtet.

Liebe Christine (*Hoffmann; Generalsekretärin von pax christi*), lieber Jürgen (*Grässlin; Bundessprecher der DFG-VK*), lieber Paul (*Rusmann; Geschäftsführer von Ohne Rüstung Leben – Ergänzungen durch die Redaktion*), dass Ihr es geschafft habt, innerhalb von nicht einmal zwei Jahren ein solches Bündnis auf die Beine zu stellen, ist große Klasse – Hut ab!

Gemeinsames Handeln in Zeiten, in denen das eigene Profil, die eigene Marke, das »Logo« so hoch

im Kurs stehen, ist leider nicht mehr selbstverständlich und umso mehr zu begrüßen. Wenn sich so viele und so unterschiedliche Akteure auf wenige und klar definierte Ziele verständigen, schafft das Glaubwürdigkeit. Und nur wer in der Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit genießt, kann schließlich auch die Kraft entfalten, die Veränderung möglich macht.

Es ist das große Verdienst der »Aktion Aufschrei«, die von vielen empfundene Empörung über den Waffenhandel in etwas verwandelt zu haben, das eigentlich schon gar nicht mehr nur als »Druck aus der Zivilgesellschaft« bezeichnet werden kann, sondern bereits alle Voraussetzungen hat, zu einer wirkungsvollen »Gegenmacht« zu werden.

Bald 80 Prozent der deutschen Bevölkerung sind heute gegen Waffenexporte. Ganz offenbar hat sich die Einsicht breit gemacht, dass Waffenexporte weder ein Kavaliersdelikt sind, noch einfach nur ein Business, sondern aktive Beihilfe zu Tod und Zerstörung. Jede Minute wird heute ein Mensch durch eine Gewehrpatrone, eine Handgranate oder eine Landmine getötet. Hunderttausende im Jahr, die nicht einfach nur ihr Leben verlieren, sondern denen das Leben genommen wird.

Gegenmacht ist notwendig, weil die Verhältnisse, die für den Tod so vieler Menschen verantwortlich sind, nicht einfach vom Himmel gefallen sind. Sie sind das Resultat mächtiger Interessen, Interessen, die sich auch in den Argumenten spiegeln, die immer wieder vorgetragen werden, um Waffenexporte zu rechtfertigen. Sie kennen diese Rechtfertigungen: Waffen seien Instrumente der Friedensicherung, Waffenexporte sichern Arbeitsplätze; wenn wir nicht liefern, tun es die anderen, etc. etc. Argumente, die meist im Gestus eines pragmatischen Realismus vorgetragen werden und jede Kritik ins Reich von Utopie und Illusion verbannen.

Es ist das Elend dieses Rechtfertigungsdiskurses, das sich die »Aktion Aufschrei« vorgenommen hat. Mit vielfältigen öffentlichen Aktionen, mit bewundernswerter Kreativität und Beharrlichkeit drängt sie auf Klarstellung und die Einsicht, dass Waffen eben nicht x-beliebige Güter sind, sondern wesentliche Voraussetzung für die Fortdauer der mörderischen Gewaltverhältnisse, denen immer mehr Menschen ausgeliefert sind. Und

selbst dort noch, wo sie nicht zum Einsatz kommen, binden Waffen Mittel, die eigentlich für soziale Entwicklung, für Gesundheit, Bildung etc. benötigt würden.

Gewiss ist die extreme Krise, die den Menschen in Griechenland heute aufgenötigt wird, nicht alleine durch den Waffenhandel begründet. Doch hat das ruinöse Wettrüsten, das Griechenland in den letzten Jahren zum Wohle nicht zuletzt deutscher Rüstungskonzerne betrieben hat, einigen Anteil daran. So absurd es klingt: Das am höchsten verschuldete Land Europas hat – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – die höchsten Militärausgaben. Und während die Gläubiger von der griechischen Regierung ständig weitere Einschnitte in der Sozialpolitik verlangen, verweisen sie im Falle der Rüstungsausgaben auf die Souveränität Griechenlands.

■ Die Opferperspektive entgegenhalten

Solange die prekären Folgen von Waffenexporten nicht sichtbar werden, solange die Opfer keine Stimme haben, bleibt die Sache abstrakt: etwas, das in der Ferne passiert, aber uns nicht zu tangieren scheint. Wir, das sind die Öffentlichkeit, die Politik und letztlich auch die Manager der Waffenschmieden, die ja in der Regel nicht mordgeile Psychopathen sind, sondern sich vom kalten Kalkül betriebswirtschaftlicher Überlegungen leiten lassen, die Renditeerwartungen der Anteilseigner zu bedienen haben, von Wachstumsgläubigkeit besessen sind und sich in ihren abgeschotteten Männerbünden – ja es sind vorrangig Männer – für unwiderstehliche Macher halten. Dass sie, um all das zu erreichen, wie Goethes »Faust« ihre Seele verkaufen mussten, wird ihnen gar nicht mehr bewusst.

Zu welch grotesken Entwicklungen das Ausblenden der Folgen von Waffenexporten führen kann, ist mitunter im Gespräch mit den Produzenten zu erfahren. Dann, wenn sie stolz auf steigende Umsätze verweisen und im gleichen Atemzug erzählen, wie die eigenen Kinder im Geiste eines friedliebenden Zusammenlebens aufwachsen und im Kinderzimmer selbstverständlich statt Spielzeugwaffen nur pädagogisch wertvolles Holzspielzeug liegt.

Es gehört zu den Stärken der »Aktion Aufschrei«, dass sie solche Ignoranz mit der Wirklichkeit konfrontiert, ihr sozusagen die Opferperspektive entgegenhält und auf diese Weise deutlich macht, dass Waffenexporte eben keine lässliche Bagatelle sind. Nein, wenn wir von Waffenexporten sprechen, dann sprechen wir nicht von einem lukrativen Geschäftsmodell, nicht von Frieden, sondern von Beihilfe zu Verbrechen und Krieg.

Mit vielfältigen Aktionen, die von großem Einflusreichum und Entschlossenheit zeugen, hat

die »Aktion Aufschrei« den Skandal deutscher Waffenexporte zu einem öffentlichen Thema gemacht. In den knapp zwei Jahren, die die Kampagne nun im Gange ist, gab es kaum einen Tag, an dem nicht irgendwo in der Republik ein Vortrag gehalten wurde. Mein alter Freund Emanuel, der aus eigener Erfahrung weiß, was Waffen anrichten können, hat alleine, ich weiß nicht wie viele Veranstaltungen gemacht.

Öffentlich aufgetreten sind aber auch Leute, die zuvor nie öffentlich gesprochen haben. Die Kampagne ist eben kein Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Profis, sondern ein Aktionsfeld, das zum Mitmachen motiviert, das auch denen, die sonst eher zurückhaltend sind, den Rahmen bietet, aktiv zu werden und mutig die eigene Empörung zum Ausdruck zu bringen. Das genau ist die mitreißende Kraft einer guten Kampagne.

All die Aktivitäten aufzuzählen, die die Aktion unternommen hat, würde den Rahmen, der mir zur Verfügung steht, sprengen. Einige herausragende aber muss ich nennen:

- die Ballonaktion »Bomben aus Berlin« etwa, mit der die Kampagne im Februar diesen Jahres vor dem Reichstag demonstrierte und ein enormes Medienecho erfuhr,
- die Herstellung von regionalen Rüstungsatlanen, um den Menschen, die im Umfeld von Rüstungsbetrieben leben, überhaupt erst einmal eine Idee von dem zu geben, was da in ihrer Umgebung hinter gesicherten Fabrikmauern so vor sich geht,
- die »Legt den Leo an die Kette«-Kampagne, die den geplanten Panzerdeal mit Saudi-Arabien nutzte, um Waffenexporte exemplarisch zu skandalisieren;
- das Video »Made in Absurdistan« des Jugendtheaters Stage Divers(e), das sich das verborgene Wirken des Bundessicherheitsrates vornimmt,
- Friedensfahrradtouren, Mahnwachen, Podiumsdiskussion, Rundreisen mit Zeu-en,
- und immer wieder Aktionen im schwäbischen Oberndorf, dort wo Heckler & Koch seinen Sitz hat. Eine Million Menschen, so wird geschätzt, sind seit Ende des Zweiten Weltkrieges durch Waffen aus dem Hause Heckler & Koch ums Leben gekommen. Da liegt es allerdings nahe, die Werkstore zu blockieren. Und wie man das öffentlichkeitswirksam machen kann, das zeigten im September die 100 Musiker des Orchesters »Lebenslaute«, die nicht lange zögerten und ihre Pulte in den Zufahrten aufbauten, um mit Klassik gegen Kriegswaffen vorzugehen. Eine herrliche Provokation, die ebenfalls einiges an Medienecho erfahren hat, ebenso wie der Vorschlag eines anderen Mitstreiters der »Aktion Aufschrei«, des »Zentrums für politische Schönheit«, das die Produktionsstätte von Heckler & Koch mit einem Sarkophag umschließen will: damit von dort – wie von Tschernobyl – künftig keine Gefahr mehr ausgehen kann.

Bis es aber soweit ist, bis Rüstungsexporte grundsätzlich verboten sind, wird noch einiges zu tun sein. Immerhin: Dass sich die Bundesregierung aufgrund des öffentlichen Drucks heute in der Defensive befindet und am liebsten gar nicht mehr öffentlich über Waffenexporte redet, dass Waffenexporte ein »Non-Thema« geworden sind, mit dem sich keine Mehrheiten mehr finden lassen, ist ein wichtiger Schritt vorwärts.

Aber auch die andere Seite, die Rüstungslobby, lässt nicht locker. Sie kennen die Zahlen. Der gerade veröffentlichte Rüstungsexportbericht der Bundesregierung hat sie nochmals bestätigt: Nach den USA und Russland ist Deutschland der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Weil der Verteidigungsetat im Bundeshaushalt schrumpft und die Bundeswehr verkleinert wird, lassen sich Geschäfte mit Waffen heute verstärkt nur noch im Export machen. Entsprechend hat auch der Druck der Industrie auf die Politik in Berlin zugenommen. Dass wir dem Druck der Rüstungslobby heute im politischen Berlin etwas entgegengehalten können, verdanken wir der »Aktion Aufschrei«.

■ Rüstungsexporte aus der Geheimhaltung herauszerren

Vielleicht ist es nur ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem grundsätzlichen Verbot von Waffenexporten, wenn der Komplex des Waffenhandels aus der Geheimhaltung herausgezerrt und zu einer Angelegenheit des Parlaments gemacht werden kann, – es wäre dennoch ein wichtiger. Wer in der deutschen Öffentlichkeit weiß denn schon, dass über Rüstungsexporte in einem geheim tagenden Gremium, dem Bundessicherheitsrat entschieden wird? Darüber liest man nicht viel in den Zeitungen. Und selbst Abgeordneten, die es besser wissen müssten, entgeht so manches. Mit »face to face«-Gesprächen will die Kampagne deshalb während des kommenden Bundestagswahlkampfes die Kandidaten in ihren Wahlkreisen stellen, ihnen sozusagen Beine machen, und tatsächlich scheint da reichlich Musik drin zu sein. Gerade erst haben die Oppositionsparteien ihre Positionen abgesteckt. SPD und Grüne verlangen mehr parlamentarische Beteiligung sowie eine Verschärfung der Exportrichtlinien, die Linke folgt der Idee eines grundsätzlichen Verbots von Rüstungsexporten. Wenn über die Geschäfte mit dem Tod nicht nur im fernen Berlin, sondern auch zuhause in den Wahlkreisen diskutiert wird, verspricht das spannend zu werden.

Mit all ihren Aktivitäten zeigt sich die »Aktion Aufschrei« als Teil einer viel größeren Bewegung, einer Bewegung, die es nicht länger hinnehmen will, dass sich hinter verschlossenen Türen die Interessen der wirtschaftlichen und staatlichen Macht gegen das Gemeinwohl durchsetzen, einer

Bewegung, die auf die Revitalisierung des öffentlichen Raumes drängt und sich mit Kräften gegen die Krise der Demokratie stemmt.

Ich denke, Sie hier in Stuttgart wissen, wovon ich rede. Und so nimmt es nicht wunder, dass die Kampagne Zuspruch gerade auch von jungen Leuten erfährt. Das, was die Kampagne bislang erreichen konnte, macht Mut. Es zeigt, dass Veränderung möglich ist, selbst wenn dazu ein langer Atem notwendig sein wird. Die »Gegenmacht«, von der ich anfangs sprach, formt sich in öffentlichen Auseinandersetzungen, und nur in öffentlichen Auseinandersetzungen wird sie weiter auszubauen sein. Vieles hat die Kampagne bereits erreicht, ihr Einsatz aber wird unvermindert notwendig bleiben.

Denn machen wir uns nichts vor: Waffenexporte sind Teil eines Systems, das als solches zum Problem für uns alle geworden ist. Solange das Geld der Geist aller Dinge ist, solange die Rechte der Menschen nichts wert sind, wenn die Rendite gefährdet ist, solange es nicht demokratisch zugeht, solange wird auch der Waffenhandel nicht zu stoppen sein.

Aber ginge es demokratisch zu und stünden die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund, würden auch Krankenhäuser nicht mehr privatisiert, gäbe es wieder genügend Geld für Bildung, würde die Schere zwischen Arm und Reich wieder zugehen und müssten nicht so viele Mittel eingesetzt werden, um die soziale Spaltung wehrhaft abzusichern.

An dieser Stelle greift der Vorwurf, ein Stopp von Waffenexporten sei utopisch. Ja doch, warum denn nicht. Nicht die Idee einer anderen Welt ist dumm, sondern das, was uns mitunter unter der Flagge des Realismus zugemutet wird. Ein Realismus, der einigen wenigen ein waffengeschütztes Paradies bringt, und allen anderen die Hölle.

Inzwischen ist viel Kritik an der Entscheidung des Norwegischen Nobelinstituts geübt worden, in diesem Jahr die EU mit dem Friedensnobelpreis zu ehren. Zu recht, denn honoriert wird damit genau jene Politik, von der ich eben gesprochen habe: Eine Politik, die sich mit der Schaffung einer Insel zufrieden gibt und zugleich den anderen, denen, die ausgeschlossen sind, das Leben zur Hölle macht. Dabei ist doch längst klar, dass die heute so brutal vorangetriebene soziale Polarisierung auf Dauer nicht gut gehen kann, dass sie so oder so zurückschlagen wird und die Waffen, die bis dahin geliefert sein werden, eine nur noch von noch mehr Gewalt und noch mehr Krieg geprägte Zukunft zulassen. Wenn wir verhindern wollen, dass am Ende dieses teuflischen Geschehens nicht wieder nur jene die Opfer sein werden, die am wenigsten von all diesem Unsinn profitiert haben, dann heißt es: auf eine ganz andere Weise realistisch zu sein, nämlich das Unmögliche zu verlangen.

Niemand der sich heute gegen Waffenexporte engagiert, hat die Idylle einer absolut konfliktfreien Welt vor Augen. Darum geht es nicht! Wohl aber um eine Welt, in der Konflikte auf andere als auf mörderische Weise ausgetragen werden können.

Lassen Sie mich schließen mit ein paar Worten des Danks und der Hoffnung. So wie die »Aktion Aufschrei« uns allen Mut macht, so sehr hoffe ich, dass der Preis auch Euch Ermutigung ist. Ermutigung, nicht locker zu lassen, vielmehr den Druck nochmals zu erhöhen und dabei viele weitere Mitstreiter zu finden.

Danken will ich auch den Preisgebern, die diese wunderbare Entscheidung getroffen haben. Und das war ja keine geheim tagende Jury, sondern viele, viele Menschen, die öffentlich abgestimmt haben: Es ist die Öffentlichkeit selbst, die mit dem diesjährigen Stuttgarter Friedenspreis

keinen Zweifel daran gelassen hat, wie wichtig ihr ein Stopp des Waffenhandels ist, und wie sehr sie wünscht, dass Ihr, dass die »Aktion Aufschrei« das erreicht, was ihr Euch vorgenommen habt, habt, ein grundsätzliches Verbot von Rüstungsexporten.

Thomas Gebauer ist Geschäftsführer der Hilfs- und Menschenrechtsorganisation Medico international. Dieser Text ist seine Laudatio auf die »Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!« (www.aufschrei-waffenhandel.de), die den Stuttgarter Friedenspreis 2012 erhalten hat, der bei einer Friedens-Gala am 22. November 2012 im Stuttgarter Theaterhaus verliehen wurde und den stellvertretend die drei SprecherInnen Christine Hoffmann (pax christi), Jürgen Grässlin (DFG-VK) und Paul Russmann (ORL) in Empfang genommen haben.



Hanne-Margret Birckenbach

Kann man sich einen »streitbaren Pazifisten« als glücklichen Menschen vorstellen?

Laudatio auf Andreas Buro bei der Verleihung des Göttinger Friedenspreises am 9. März 2013

Andreas Buro schreibt in seiner Lebenserinnerung »Gewaltlos gegen Krieg« auf Seite 274 (siehe Besprechung in diesem **Forum Pazifismus** auf Seite 42 – Anm. d. Red.), manchmal denke er bei seiner politischen Arbeit an Sisyphos.

Zur Erinnerung: Der listige, kluge, aufmüpfige und lebenshungrige Sisyphos wurde von weniger intelligenten Göttern auf Ewigkeit dazu verdammt, einen schweren Stein aus Marmor einen Berg hinaufzubringen, von wo er wieder nach unten rollt. 1942 hat Albert Camus in seinem Essay »Der Mythos von Sisyphos - Der ewige Rebell« vorgeschlagen, auf die »verborgene Freude des Sisyphos« zu achten. »Sein Schicksal« – so schreibt Camus – »gehört ihm. Sein Fels ist seine Sache ... Der Kampf gegen Gipfel vermag ein Menschenherz auszufüllen. Wir müssen uns Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen.«

Was heißt hier Glück und was sind seine Quellen? Wie kann man sich heute einen Pazifisten als glücklichen Menschen vorstellen? Das scheint

mir eine Frage von Sein oder Nichtsein für die Zukunft der Friedensbewegung. Was also können wir von Andreas Buro in dieser Hinsicht lernen? Ich habe fünf Antworten in seinem Lebenswerk gefunden.

1. Er lebt, und er gestaltet seinen Stein

Die Friedensarbeit von Andreas Buro beginnt mit einem wachen Überleben und fängt immer erneut mit Weiterleben an. Er übersteht Bomben, Ritterakademie, den Einsatz bei der Flak und den Zeiten Weltkrieg insgesamt gut und wohlgenut. Er erfährt in frühen und in späten Jahren viel Leid, widersteht aber der Versuchung, ihm einen Sinn zu geben. Als Kriegsjugendlicher nimmt er die Beschämung der jüdischen Freunde in der Nazizeit wahr. Wenig später beobachtet er, wie die Tochter eines Juden, die das Naziregime im Versteck überlebt hatte, sich nicht mehr versteckte und daher von Angehörigen der sowjetischen Truppen, von

denen sie doch hätte Rettung erwarteten müssen, entdeckt und »mitgenommen« wurde. Beide Beobachtungen führen zu einer Erkenntnis. Er meißelt sie auf den Stein, den er bergauf rollen wird. Dort heißt es »Es gibt einen Widerspruch zwischen Menschenwürde und Herrschaft, Demokratie und Gewalt, Frieden und Krieg«. Jetzt ist es sein Stein. Später wird er ihn mit weiteren Inschriften anreichern: »Gib dem Kampf einen positiven Inhalt«, »Gegen Atomwaffen in West und Ost«, »Für das Wagnis notfalls auch einseitig abzurüsten«, »Für zivile Konfliktbearbeitung«.

2. Er wählt seinen Anstieg und schätzt das Leben.

Die Götter haben Sisyphos nicht angewiesen, den kürzesten Weg zu nehmen. Er ist schlau, der Stein lässt sich auf Umwegen leichter rollen, es geht langsamer, er muss nicht so oft wieder hinunter und so kann er auch die Schönheit der Bergwelt genießen.

Auch Andreas Buro bestimmt sein Tempo selbst, hält an, wenn es durchzuatmen gilt. Keinesfalls stürmt er schnurstracks nach oben dem Gipfel entgegen. Er nimmt Serpentinafen, geht verschlungene Pfade im Wald, sucht Licht und Schatten, besucht Theater und Konzerte, staunt als Student der Forstwirtschaft über die Weite der spezialisierten Wissenschaften und unternimmt allerlei Aktivitäten jenseits von verordneten Aufgaben. Später bestellt er einen Garten, gießt die Tomaten, kocht Marmelade und schreibt Gedichte – auch Liebesgedichte. Weil er sich Zeit nimmt, kennt er seinen Berg bald im Westen, Osten und Süden.

Politik ist zunächst nicht seine Sache. Als Mitglied des sozialistischen Jugendverbandes »Die Falken« interessiert ihn eigentlich nur Eva oder »die kluge weibliche Welt«. Diese Welt wird unterschiedliche Namen tragen, er verliert Eva, später Rotraut, aber die weibliche Welt wird ihn immer begleiten – jede auf ihre Weise. Heute heißt sie Ursula. Er wird Waldarbeiter und dann ein querköpfiger Studentenvertreter an der Humboldt-Universität. Man verbietet ihm die Ausübung seines Berufs, er versteht die Warnungen und geht mittellos in den Westen. Hier in Göttingen reicht er 1954 seine Dissertation über Holzschutzmittel ein und trampet erst einmal in den Tessin. Zwar hatte er von den Plänen zur Wiederbewaffnung, von der Göttinger Erklärung und vom Kampf gegen den Atomtod gehört, aber das alles ist lange kein Thema für ihn. Er muss und will auch Geld verdienen. So wird er 1960 OBERINGENIEUR und dann stellvertretender Direktor am Institut für Holzforschung in Braunschweig, dann Geschäftsführer in einer Münchner Firma, die Fertigungsanlagen zur Holzverarbeitung baut.

3. Er begibt sich in Gesellschaft und begreift Enttäuschung als Herausforderung

Wie Sisyphos hat Andreas Buro einen inneren Antrieb, sich immer erneut auf den Weg zu machen. Und kein Gott schreibt ihnen vor, den Weg alleine zu gehen.

Mit 32 Jahren entdeckt er auf einer Plakatwand eine Einladung zu einem Treffen der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK). Er geht hin, hört zu und macht mit. Nun wird er ein »homo sociologicus« de pace. Er findet Mitstreiter und Mitstreiterinnen, die immer wieder seine Wege kreuzen und ihn teilweise bis heute begleiten. Auch sie rollen Steine mit Inschriften.

Die kleine Gruppe der Braunschweiger IdK kann dem promovierten Holzforscher etwas bieten, nämlich die Regeln Gandhis für eine respektvolle und vertrauensbildende Haltung gegenüber anderen. Er testet die Regeln erfolgreich im Berufsleben und gewinnt damit das Vertrauen der Kolleginnen und Kollegen. Und er selbst gewinnt Vertrauen in gewaltfreie Kommunikation. Angereichert durch eigene Praxis auch bei der Streitschlichtung in Familienangelegenheiten hält er diese Regeln und das Wissen um ihre Wirksamkeit später an der Universität und in der Friedensbewegung lebendig und weiß sie auch als Bürgerdiplomant in aller Welt zu nutzen. Bei der 10. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden am 23. Februar 2013 in Stuttgart konnten Anwesende beobachten, wie er nicht nur als Moderator im World Café mit dieser ausstrahlenden Lebensart wirksam ist, sondern auch dann, wenn er bescheiden am Rand sitzt.

Zurück nach Braunschweig in die 1960er Jahre. Als Mann mit Berufserfahrung hat Andreas Buro zwar schon einiges Geschick, aber Friedensarbeit zu organisieren, verlangt dann doch noch etwas anderes. Man muss herausfinden, was man selbst will, was andere wollen, wie sich verschiedene Auffassungen verbinden lassen. Andreas Buro arbeitet sich in Varianten pazifistischer Denkweisen ein, übt sich in der Kunst, Friedensgedanken verständlich zu formulieren und begibt sich mit ihnen mutig in den öffentlichen Raum.

Dort gelten diese Gedanken allerdings bestenfalls als weltfremd. Als er 1960 den ersten Ostermarsch der Atomwaffengegner mitorganisiert, beginnt der viertägige Sternmarsch zum britischen Schießübungsplatz bei Bergen-Hohne für Andreas Buro und seine zwanzig Kumpanen kalt und regnerisch mit einem Spießrutenlauf durch Celle. Doch am Ende sind sie vom Erfolg überwältigt. Mehrere Hundert Teilnehmer sind gekommen. Acht Jahre später sind es 300.000. Viele von ihnen begleiten Andreas Buro von nun an. Es entwickelt sich ein Dialog unter Friedensleuten – sie teilen ihr Wissen, sie schreiben die Geschichte

der unabhängigen Friedensbewegung und erzählen später in Buchform Geschichten aus der Friedensbewegung.

Mit den Teilnehmerzahlen wachsen auch die Differenzen um Inhalte. Um weiterhin eine gemeinsame Positionen formulieren zu können, braucht man eine Struktur. Daher gründen die Ostermarschierer den Zentralen Ausschuss, der Slogans und Aussagen der neuen Bewegung festlegt. Andreas Buro besitzt eine Reiseschreibmaschine und wohl schon damals auch Manieren. So liegt es nahe, ihn zum Geschäftsführer und schließlich Sprecher der Kampagne für Demokratie und Abrüstung zu wählen. Ehrenamtlich und nebenberuflich kann er diese Aufgaben nur mit Hilfe seiner Gefährtin Rotraud schaffen, die ihm viele organisatorische Tätigkeiten abnimmt und ihm zugleich hilft, immer die Bodenhaftung als Vater von vier Kindern zu behalten.

Auch für die internationale Friedensarbeit der Ostermarschierer ist Andreas Buro mit seiner Einkommen generierenden bürgerlichen Existenz ein Geschenk. Zusammen mit Helga Stolle-Tempel organisiert er während des Mauerbaus in Berlin die deutsche Strecke des Friedensmarsches von San Francisco nach Moskau. Andreas Buro ist beeindruckt von der konsequenten Haltung der Teilnehmer. Er lernt Abraham Johannes Muste kennen, der unermüdlich mit Kerzen in der Hand gegen den Vietnamkrieg protestiert. Andreas Buro meldet nun Demonstrationen an, kennt die Gesetze bald besser als die Beamten, lernt die zentralen Aussagen der Kampagne zu begründen und gestaltet Kundgebungen. Und nach und nach freundete auch er sich mit den in Deutschland zunächst befremdlichen, spektakulären Aktionen der angelsächsischen Friedensfreunde an, die selbstbewusst auf eine demokratische Kultur zurückblicken und daher schon damals auf der Straße auch tanzen konnten. Als er 1966 die pazifistische Bürgerrechtlerin Joan Baez mit ihrer klaren Stimme gegen den Vietnamkrieg für den Ostermarsch in Frankfurt gewinnt, ist eine Kulturrevolution gewaltfrei vollzogen.

Was treibt Andreas Buro an? Er schreibt, es sei die Empörung darüber gewesen, dass mit der Stationierung von Atomwaffen in Westdeutschland zentrale Prinzipien der Menschlichkeit und der demokratischen Gesellschaft verletzt wurden. Als Demokrat sieht er sich aufgefordert, die Regierenden dazu zu bringen, ihre sicherheitspolitischen Fehlentscheidungen einzusehen und zu korrigieren.

Eben das tun sie nicht. Die Regierung diffamiert vielmehr ihre Kritiker. Andreas Buro ist enttäuscht zu sehen, welche Infamie in einem demokratischen System gegen seine besten Protagonisten möglich ist. Der Demokrat beginnt zu zweifeln, nicht an der Demokratie, sondern am Demokratiewillen von Parteien, Behörden und Polizei

und an der Geltungskraft des Prinzips der Gleichheit vor dem Gesetz. Der Krieg, den die USA in Vietnam führen und die unterstützende Haltung der deutschen Regierung erfüllen ihn viele Jahre mit Zorn. Er fundiert die Kritik später wissenschaftlich in seiner Habilitationsschrift und in einer gemeinsamen Publikation mit Karl Grobe. Sie erscheint 1984 in der edition suhrkamp unter dem Titel: »Vietnam! Vietnam? Die Entwicklung der Sozialistischen Republik Vietnam nach dem Fall Saigons«. Enttäuschungen über die Gewaltbereitschaft demokratischer Staaten wird er noch öfter erleben, 1976 zum Beispiel in Brokdorf. Das sind keine glücklichen, sondern beschämende Momente. Aber Andreas Buro erlebt sie nicht allein, sondern mit Friedensfreunden im In- und Ausland. Mit ihnen ist er Bindungen eingegangen. Sie haben Erwartungen an ihn. Sie brauchen ihn. Er will sie nicht enttäuschen. Und er hat Vertrauen in die eigene Entwicklungsfähigkeit. Die Schwierigkeiten der Friedensarbeit entmutigen ihn nicht. Sie fordern ihn.

4. Er interpretiert seinen Auftrag und lernt

Sisyphos muss einen absurden Auftrag erfüllen, aber er ist frei in der Art und Weise, wie er dies tut. Nur die Schwierigkeiten des Geländes und eigene Schwächen setzen dem Grenzen.

Jeder Friedensarbeiter sieht sich mit dem Spott wie mit eigenen Zweifeln konfrontiert, die Ziele nicht erreichen zu können. Auch Andreas Buro wird mit dem Einwand konfrontiert, die Friedensbewegung habe die Atomwaffen nicht abgeschafft, die Notstandsgesetze, Militärinterventionen und Krieg nicht verhindert, Türken und Kurden, Israelis und Palästinenser nicht versöhnt, sie sei also gescheitert.

Andreas Buro nimmt sich die Freiheit, den Auftrag zu interpretieren und antwortet den Zweiflern, die gesellschaftliche Aufgabe der Friedensbewegung sei es, einen Bewusstseinswandel in der Bevölkerung und Veränderungen der politischen Kultur zu bewirken, und diese Ziele seien nicht schnell zu verwirklichen. Er setzt nun alle Hoffnung auf die Entfaltung einer Zivilgesellschaft, die durch und in der Friedensbewegung lernt, im Atomzeitalter und unter Bedingungen der Globalisierung ihre Zuschauerrolle aufzugeben, moralisch verantwortungsbewusst zu denken und dies auch den Regierenden abzuverlangen.

Aber die zivile Gesellschaft lernt doch langsamer als erhofft. Die Einsicht, wenn andere nicht lernen, muss ich selber lernen, wird ihm zum neuen Ansporn. Der angesehene Mitarbeiter in der Holzindustrie spürt Mitte der 1960er Jahre einen Mangel an Grundkenntnissen. Er bemerkt, dass er vielen Einwänden argumentativ nicht gewachsen

ist. Er liest nun Fachbücher - zunächst über Diplomatie und den Kalten Krieg, und er liest bis heute Werke zur Weltgeschichte und auch Zeitungen zuhauf.

Lesen allein jedoch reicht nicht, um ein Fachmann zu werden. Mit 38 Jahren beschließt Andreas Buro daher, Politikwissenschaft zunächst in München, dann in Frankfurt zu studieren. Einen Studiengang Friedens- und Konfliktforschung gibt es noch nicht, aber Frankfurt wird bald zum Zentrum der ersten Generation der gesellschaftskritischen Friedensforschung. Nach wenigen Jahren wird er Assistent, 1979 habilitiert er über die Rolle von Demokratisierungsprozessen bei der Überwindung von Unterentwicklung und wird bald darauf selbst Professor für das Fach Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen. Nun wirkt er als friedensbewegter, pazifistischer Fachmann, pendelt als Familienvater zwischen Frankfurt und Hundstadt und baut ein rotes, gastfreundliches Haus am Hang.

In Frankfurt befindet sich Andreas Buro nun in der Szene der 1970er und 1980er Jahre - in einem vollkommen veränderten gesellschaftspolitischen Klima. Sein Weg wird ihn in weitere Klimazonen führen und ihn damit ständig vor neue Anforderungen stellen. Mal weht ein heißer Wind, mal fröstelt es ihn. Er trifft neue Mitstreiter und Mitstreiterinnen, trifft auf neue Widersacher, trifft auf neue Fragen. Ohne Wenn und Aber stimmen seine Antworten mit den Inschriften auf seinem Stein überein. Sie alle bestärken und werben für das Prinzip der Gewaltfreiheit im Interesse von praktischer Menschlichkeit.

Das gilt gegenüber den Studierenden und Intellektuellen, die nach der Legitimität eines gewaltsamen Konfliktaustrags fragen, sei es zur Befreiung vom herrschenden System im eigenen Land, sei es zur Befreiung von Diktatur und Gewaltherrschaft anderswo.

Es gilt auch gegenüber denjenigen, die sich der Verbrechen des realen Sozialismus bewusst sind, aber zugleich frustriert auf die Repressionen der nun regierenden sozial-liberalen Koalition reagieren, und fragen, was denn noch berechtigterweise unter sozialistischer Politik verstanden werden kann.

Und es gilt auch später in den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien, im Kosovo und in der Türkei. Immer erinnert er an die entsetzlichen Leiden, die ein bewaffneter Kampf verursacht, wie berechtigt die Anliegen auch sein mögen, und daran, welche Veränderungschancen mit der Sympathie für revolutionäre Gewalt verspielt werden.

Als akademischer Pazifist steht er nun auch inmitten von gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen, die er in den ersten Jahren der unabhängigen Friedensbewegung im Interesse der Integrationsfähigkeit vermieden hatte. 1969 gründete er zusammen mit Freunden das Sozialisti-

schen Büro und die Zeitschrift »links«. Hier denkt man über das Wesen einer undogmatischen sozialistischen Politik nach und entwickelt neue und mutige Formen der Solidarität mit den Betroffenen von Repression, und zwar unabhängig davon, ob man ihre Ansichten teilt. Diese Solidarität in Form eines öffentlichen Kongresses erfuhr die kommunistische Bürgerrechtlerin und Sozialwissenschaftlerin Angela Davis, die in den USA 1972 unter dem Verdacht der Unterstützung von Terrorismus im Gefängnis saß. Solidarität in Form eines persönlichen Besuches erfuhr die Lehrbeauftragte und Kollegin Brigitte Heinrich, die ebenfalls als Terroristin verdächtigt, aber verurteilt wurde. Solidarität erfuhren die Flüchtlinge aus Chile, aber auch alle Postboten und Lehrer, die in Deutschland wegen einer vermeintlichen kommunistischen Gesinnung von Berufsverboten bedroht waren. Andreas Buro fehlt in keiner der großen Aktionen in dieser Zeit. Ich erinnere mich, wie er 1976 den Pfingstkongress des Sozialistischen Büros unter dem Motto eröffnete »Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt«.

Im kämpferischen studentischen Milieu dieser Jahre galten die Friedensfreunde immer ein wenig altbacken und nicht ganz auf der intellektuellen Höhe von Klassenkampf und französisch inspirierter Spontaneität. Dank der entstehenden gesellschaftskritischen Friedensforschung sowie der Lernfähigkeit der erfahrenen und zähen Ostermarschierer konnten sich die Friedensfreunde gesellschaftspolitisch modernisieren und auch im unabhängigen sozialistischen Milieu einen herausfordernden Wirkungsort finden. 1980 verfasst Andreas Buro »Thesen über Sozialistische Politik und Friedenssicherung«. Darin erneuert er das Nein zu allen Versuchen, Rüstung und Militär in Ost und West unterschiedlich zu bewerten. Gleichzeitig begründet er Demokratisierung und Bewusstseinsbildung als langfristige dringliche Leitbegriffe der Friedensentwicklung, greift die sicherheitspolitischen Alternativmodelle auf, die in der Friedensforschung inzwischen erörtert werden, und stellt insbesondere die Umstellung auf ein striktes Defensivsystem zur Diskussion.

Er weiß inzwischen: Demokratie und Frieden, Menschen- und Bürgerrechte hat man nicht. Sie müssen in der Zivilgesellschaft immer neu erarbeitet werden. Er weiß auch, dass Gewaltfreiheit und Systemveränderung keine Gegensätze sind, sondern zusammen genannt werden müssen. Und er ist hellhörig geworden gegenüber den Zwängen der Macht. Vor diesen Zwängen warnt er die grüne Bewegung bereits 1980, bevor sie als Wahlpartei die 5-Prozent-Hürde genommen hatte.

Als in dieser Zeit die Friedensbewegung neu und in bunten Farben aufblüht, ist Andreas Buro organisatorisch, gedanklich und zuverlässig dabei, wenn es darum geht, ein lokales Friedensnetzwerk im Hintertaunus zu gründen, wenn es gilt, ei-

ne Prominentenblockade gegen die Raketenstationierung in Mutlangen zu organisieren, vor Gericht zu erscheinen oder die internationalen nun erheblich ausgeweiteten Kontakte zu pflegen und Dialogchancen wahrzunehmen. In einer neuen Rolle als Bürgerdiplomate reist er zu Gesprächen und Auftritten nach Moskau, Tiflis und Peking. Immer geht es darum, mutig und gelegentlich mit spitzbübischer Raffinesse, die grundsätzliche Kritik an einer Rüstungs- und Militärpolitik auch gegenüber den Gastgebern durchzuhalten und bei aller Höflichkeit kein Blatt vor den Mund zu nehmen.

Als er 1984 in friedenspolitischer Mission nach Moskau reist, um dort die Alternativpositionen der westdeutschen unabhängigen Friedensbewegung zu erläutern, trifft er auch hochrangige Vertreter der KPdSU, der Streitkräfte und des Regierungsapparates. Wie wir heute aus der Untersuchung der kanadischen Friedensforscherin Metta Spencer wissen, interessierte man sich in Moskau aus Mangel an einer eigenen kritischen Diskussion damals tatsächlich für die frischen Ideen der unabhängigen Friedensbewegung. Im Apparat bemühten sich eine Reihe von Personen in diesen Jahren intensiv darum, Überlegungen, die in der westeuropäischen Friedensforschung und Friedensbewegung ventiliert wurden, abzugreifen. Man schrieb sie auf – niemand wusste, wozu, ob und wann sie nützlich werden könnten. Hatte man in Friedensbewegung und Friedensforschung eigentlich ein offenes Ohr seitens der westlichen Politik erwartet, wurden viele dieser Ideen zur Überraschung der ganzen Welt ausgerechnet in Moskau unter Gorbatschow wirkungsmächtig.

Als Andreas Buro 1988 aus der Frankfurter Universität ausscheidet, entschließt er sich, seine Kraft von nun an erstmals ungeteilt der Friedensbewegung zu widmen. Wieder gerät er unter gänzlich veränderte Bedingungen. Der Ost-West-Konflikt und die deutsche Teilung gehen zu Ende. In der Helsinki Citizen Assembly ringt er darum, den Dissens zwischen den Bewegungen in Ost- und Westeuropa mit konstruktiven Vorschlägen zur zivilen Konfliktbearbeitung und zum europaweiten Aufbau von Zivilen Friedensdiensten zu überbrücken. 1991 gehört Andreas Buro zu den Initiatoren der Friedenskarawane in Jugoslawien, organisiert eine internationale Konferenz in Sarajewo, damals noch in der Hoffnung, den drohenden Krieg verhindern zu können. Er führt Gespräche über Demokratie, soziale Bewegungen, Opposition, Minderheiten und Bildung in Georgien, Belarus und der Ukraine, unternimmt friedenspolitische Reisen nach Kasachstan und Japan und folgt schließlich 2003 einer Einladung an die Universität von Ramallah. Bis heute ist er in Friedenssachen ständig unterwegs.

5. Er verändert den Berg und legt Spuren.

Während der Streifzüge des Sisyphos hat sich auf den Hängen viel Leben entwickelt. Er hat Rastplätze gebaut, Wege und Treffpunkte markiert. Vielleicht ist der Berg durch Erosion und Rollen des Steins sowie durch die wiederkehrenden kräftigen Fußstapfen des nun älter gewordenen Mannes auch ein wenig flacher und breiter geworden.

Auch Andreas Buro hat die Berghänge mit seinen Mitstreitern verändert. Sie haben eine Friedenstradition und Netzwerke geschaffen, Zwischenstationen angelegt, Debatten und Diskussionsprozesse initiiert, die weitergeführt werden, ohne dass man die ursprünglichen Quellen noch kennt oder gar nennt. Auch haben sie gut organisierte Berghütten, Wärmestuben und Schutzräume gebaut.

Andreas Buro gehört zu den Gründern vieler deutsch- und englischsprachiger Netzwerke, die teilweise bis heute bestehen, die in der Regel außerparlamentarisch arbeiten, aber doch auch in die politischen Institutionen hineinwirken. Die erste Generation dieser Netzwerke hat dazu beigetragen, der »neuen Ostpolitik« unter Willy Brandt eine Basis in der zögernden, in Feindbildern gefangenen Bevölkerung zu verschaffen. Zwar scheiterte Anfang der sechziger Jahre der Versuch, im Libanon die World Peace Brigades for Non-violent Action zu gründen. Aber 1981 gelang in Kanada dann doch die Gründung der Peace Brigade International, jener vorbildlichen zivilgesellschaftlichen Organisation, die bis heute mit internationalen Freiwilligenteams in Konfliktgebieten Verteidigerinnen und Verteidiger von Menschenrechten nicht ohne Erfolg begleitet. Auch das Komitee für Grundrechte und Demokratie hat Andreas Buro 1980 mit gegründet. Viele Jahre hat er als Sprecher dieses Komitees gedient, dessen Aktionen und Veröffentlichungen bis heute als Ausgangspunkt der kritisch-konstruktiven politischen Kultur in Deutschland gar nicht übersehen werden können.

Einige Hütten – ältere wie die Ostermarschbewegung, jünger wie die erst 1990 gegründete Helsinki Citizen Assembly – sind schon wieder ein wenig eingefallen und warten auf einen neuen, jüngeren Anstrich. Andere Hütten wurden zu einer Art Jugendherberge für die nachwachsende Generation aus den Kriegsgebieten des Balkans, Israels und Palästinas. Kinder und Jugendliche kommen, um Ferien vom Krieg zu machen und Erfahrungen und Gedanken aufzunehmen, wie sie selbst zu einem Leben in Frieden beitragen können. Als Andreas Buro 1992 den Verein »Den Krieg überleben« gründet, verschafft er gefährdeten Menschen Zuflucht – und später eine Ausgangsbasis für die schwierige Demokratisierungsbewegung in den Ländern des ehemaligen Jugoslawi-

ens. Alle diese Gründungen verbinden von vorne herein die humanitäre Arbeit des Schenkens mit der politischen, antirassistischen Arbeit für ein friedliches Zusammenleben.

Andreas Buro setzte und setzt Wegmarkierungen. Er schreibt wissenschaftliche Bücher und Artikel ebenso wie wohlformulierte Flugschriften und Bürgerinformationen. Vieles steht in Bibliotheken, vieles im Internet, man kann sie lesen, prüfen und sich anregen lassen. Das Sofortprogramm von 1991 für die Einberufung einer Nah-Ost-Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit wartet auf Höhenwanderer, die daraus politisch etwas machen.

Viele Jahre der Vorbereitung liegen hinter dem neuen Projekt, in dem Andreas Buro nach praktischen Antworten auf die Frage sucht, wie Konflikte mit friedlichen, zivilen Methoden bearbeitet und gelöst werden können. 2006 veröffentlicht er im Rahmen der Kooperation für den Frieden ein Konzept für das Monitoring-Projekt für Zivile Konfliktbearbeitung. Es ermahnt und ermutigt jeden, der lesen kann, Schritt für Schritt und fallbezogen das Konzept der Zivilen Konfliktbearbeitung zu denken, zu erproben und durchzusetzen, um dem Krieg eine seiner Grundlagen zu entziehen – nämlich den Glauben, es gäbe keine Alternative. Die im Rahmen dieses Projektes veröffentlichten Dossiers zum Irankonflikt, zum kurdisch-türkischen Konflikt, zum Konflikt in Israel und Palästina, Syrien und Afghanistan stützen sich auf eigene Recherchen, die Fachliteratur und den Vorabaustausch des Manuskripts mit Kolleginnen und Kollegen. Die Dossiers zeigen, wie durch ziviles Handeln die Konflikte für Problemlösungen geöffnet werden können und was in diesen Fällen im Interesse einer friedlichen Entwicklung hier

und heute zu tun ist. In allen genannten Konfliktfällen, warten klare Vorschläge darauf, von Bürgern und Bürgerinnen, Parlamentarierinnen und Parlamentariern sowie Regierungen aufgegriffen zu werden.

■ Mein Resümee

Ich habe von Etappen aus dem Leben des streitbaren Pazifisten Andreas Buro erzählt. Er gestaltet seinen Stein, wählt den Anstieg, schätzt das Leben, ist in Gesellschaft, interpretiert seinen Auftrag, lernt und legt Spuren. Alles hat sich verändert: der Stein, die Wege, der Mensch, seine Kumpanen, die Umwelt, die Interpretation des Auftrags und auch die Bergwelt - nur nicht die Götter. Sie treiben weiter ihr Spiel. Unerwartet aber hat es sich im Fall von Andreas Buro als friedensstiftend erwiesen. Sisyphos hat sie wieder einmal überlistet. Denn er ist keinesfalls zum abschreckenden Beispiel geworden, sondern zu einem Vorbild.

Kann man ihn unter solchen Bedingungen, mit solchen Resultaten und so vielen Freunden glücklich nennen? In seiner Autobiographie nennt er den Sisyphos noch »die tragische Figur«. Das trieb mich zum Widerspruch.

Mit dem Preis gratulieren ihm Mitstreiter und Mitstreiterinnen zu diesem Lebenswerk. Sie danken ihm, dass er Spuren gelegt hat, den Berg mit Netzwerken zum Mitmachen überzogen, seine Gedanken mitgeteilt, Bürgerinformationen ausgestreut und einen Weg vorgezeichnet hat, auf dem kein Blatt zwischen Frieden und Menschenrechte passt.

Prof. Dr. Hanne-Margret Birckenbach ist Friedens- und Konfliktforscherin.



Andreas Buro

Friedens- oder Kriegspolitik, das ist die Frage nach unserer Zukunft

Rede bei der Verleihung des Göttinger Friedenspreises am 9. März 2013



Als ich nach dem Ende des West-Ost-Konflikts vor Jusos in NRW einen Vortrag zu halten hatte, hofften meine Zuhörer vielleicht nicht unbedingt auf das »Ende der Geschichte«, doch zumindest auf die Ankunft eines friedlichen

Zeitalters. Der Hauptkonflikt der vergangenen Jahrzehnte sei doch gelöst. So musste meine Darstellung, dass nun der Übergang von der bipolaren Weltkonstellation zu einer unipolaren bevorstünde und dies eher imperialistische Herr-

schaftsversuche als keineswegs Weltfriede bedeute, auf scharfe Ablehnung stoßen. Als gebrandmarkter Friedensstörer verließ ich den Vortragsaal. Ich hatte erneut erfahren, dass die Rolle der Cassandra niemals angenehm sein würde.

Gegenwärtig stehen wir vor einer ähnlichen Situation. Wir erleben den Übergang von der unipolaren zu einer unbestimmten multipolaren Konstellation. Dieser Übergang erfolgt in einer, wie Dieter Senghaas, der erste Träger des Göttinger Friedenspreises, es jüngst beschrieb, tief zerklüfteten Welt. In ihr bildet die OECD-Welt zwar noch immer das Gravitationszentrum, doch finden bereits große Verschiebungen im Bereich der wirtschaftlichen und finanziellen Gewichte statt. Das Stichwort China und der Hinweis auf lateinamerikanische Entwicklungen mögen hier genügen.

Davon sind nicht nur die USA in ihrer Weltstellung betroffen, sondern auch EU-Europa und die europäische Vormacht Deutschland. Der Wohlstand der Kernländer der EU beruht auf ihrem technologischen Vorsprung. Dieser wird sich nun unter dem Aspekt der globalisierten Konkurrenz schrittweise verkleinern. Die meisten Regierungen erwarten die Lösung ihrer wirtschaftlichen und finanziellen Probleme vom Wachstum des BIP. Sie wissen aber auch, dass dieses Grenzen hat, die nicht beliebig übersprungen werden können. Das Gespenst mangelnder Kapitalverwertung erscheint bereits am Horizont und paart sich mit den »Blasenkünsten« des Finanzkapitals. Dazu kommt die Unsicherheit, ob Solidarität im EU-Bereich erhalten werden kann, oder ob nationale Engstirnigkeit das europäische Experiment zerstören wird.

Wenn alle wachsen wollen, verschärft sich selbstverständlich der Kampf um den Zugang zu Ressourcen. Dazu kommt die Revolte der Natur und des Klimas gegen die menschlichen Allmachphantasien und Beherrschungsbemühungen.

Wie soll mit den hier nur angedeuteten Problemen in Zukunft umgegangen werden, ohne dass eine apokalyptische Situation entsteht? Gegenwärtig, so scheint es, steuert alles auf Kriegspolitik zu. Wir erleben, dass alle vom Frieden sprechen und gleichzeitig aufrüsten. Abgerüstet werden vorwiegend die Waffen, die für künftige Kriege nicht mehr gebraucht werden. Gewalteininsatz gilt nach wie vor als ‚ultima ratio, als »letztes Mittel«. Für konstruktive und vorausschauende Friedensarbeit wird jedoch fast nichts getan. Das Verhältnis liegt etwa bei 1 zu 100 oder noch ungünstiger. Gewaltandrohung und Krieg sind nach wie vor die gängigen Mittel, um Interessen durchzusetzen.

Gewalt- und Kriegsandrohung erfordert militärische Überlegenheit. Das ist neben Militär-, Industrie- und Finanzinteressen der wichtigste Antrieb für ständige Aufrüstung. Sie läuft spätestens

seit Erfindung der Atomwaffen ins apokalyptisch Absurde. Sie wird heute erweitert um die Dimensionen des Roboterkrieges, des Cyberwar und der Möglichkeit zur Führung von Weltraumkriegen. Es besteht die Gefahr, dass die High-Tech-Waffen sich verselbständigen und über automatische Prozesse festlegen, wer anzugreifen und zu töten ist.

Die größten Anstrengungen unternimmt das Nato-Bündnis mit etwa zwei Drittel der gesamten Weltmilitärausgaben. China zum Vergleich: 7,3 Prozent (Sipri 2011). Die USA haben Militärkommandos für alle Teile der Welt und streben an, jeden Ort der Erde in etwa 10 Minuten mit ihren Waffensystemen erreichen zu können.

Der materiellen wird die ideologische Aufrüstung hinzugefügt. Dazu dienen alte militärische Rituale, Heldenverehrung und Orden. Wichtiger ist das Wiederaufblühen der Legitimationsideologien für Krieg. Der »gerechte Krieg« von einst wandelt sich in die »humanitäre Intervention«, und es scheint so, als würde das »Responsibility to protect« sich zur Rechtfertigung von Interventionskriegen durch die militärisch Stärkeren mausern. Die Folgen sind die Schaffung neuer Feindbilder. Konkret formuliert: Vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus. Feindbilder verstellen jedoch die eigene Einsicht in die Realität und schaffen »Freundbilder«, die mit Eigenverklärung mehr zu tun haben als mit der Wirklichkeit. Höchst gefährliche Entwicklungen zu politischer Blindheit nach Außen und Innen! Soll und kann auf dieser Basis militärischen Gewalt Denkens den skizzierten schwerwiegenden Verschiebungen auf der Welt begegnet werden?

Dieter Senghaas hat bei dem strategischen Altmeister Clausewitz eine höchst hellsichtige Aussage gefunden, die er so zusammenfasst: »Die brisante Konstellation ist die gleichzeitige Totalisierung von Politik und von Mitteln, wie sie erst nach 1945 in der weltpolitisch dominant werdenden Konstellation des Ost-West-Konflikts zu beobachten war: Die Verfeindung intensiviert sich durch den ordnungspolitischen Systemantagonismus, und das Waffenpotential totalisiert sich dank des Zerstörungspotentials von Nuklearwaffen. (...) Denn allein die Existenz totaler Mittel, also eine exzessive oder exzentrische Vernichtungsdrohung, setzt den totalen Feind voraus, so wie der totale Feind die Suche nach den totalen Mitteln legitimiert – eine fatale Dialektik.«¹⁾ Die bange Frage stellt sich: Steuert die gegenwärtige Konfliktkonstellation aufgrund der genannten Machtverschiebungen und Aufrüstungen auf diesen totalen Konflikttyp zu und wie kann das verhindert werden? Ich füge noch eine weitere Aussage von Clausewitz hinzu: »Der Krieg ist ein Akt der Gewalt, und es gibt in der Anwendung derselben keine Grenzen; so gibt je-

1) Dieter Senghaas: Weltordnung in einer zerklüfteten Welt (edition suhrkamp 2642); Berlin 2012, S. 91/92

der dem anderen das Gesetz, es entsteht eine Wechselwirkung, die dem Begriff nach zum Äußersten führen muss.«²⁾ Wie zutreffend seine Aussage ist, zeigen die Kriege des 20. und des beginnenden 21. Jahrhunderts mit ihren unfassbar und weiter wachsenden Zerstörungen und Zerstörungspotentialen sowie mit der Ausweitung der Kampfebene vom Land-, Wasser- und Luftkrieg auf den so genannten »Cyber War« (Datenkrieg) und den Weltraum.

Der Ausgangspunkt meiner Überlegungen beruht auf der These, dass die schwerwiegenden Probleme militärisch nicht gelöst werden können. Weder der Klimawandel noch die Armutssituation auch in den entwickelten Industrieländern; weder die Energieversorgung noch die ökologisch-effiziente Ressourcennutzung; weder die Sicherheitslage im engeren Sinne noch der Abbau ideologischer Feindbilder. Und schon gar nicht das Wettrüsten. Konkurrenz und Konfrontation müssen durch Kooperation und Dialog ersetzt werden. Doch wo gibt es dafür Ansatzpunkte angesichts der allgemeinen Militärorientierung angeführt von der militärischen Dominanz der USA?

Zwischen den USA und der EU besteht nicht nur ein kooperatives Verhältnis in Hinblick auf die Sicherung der Vormachtstellung der entwickelten Industriestaaten im Globalisierungsprozess. Beide stehen auch in erheblicher währungspolitischer, wirtschaftlicher und politischer Konkurrenz. Für die USA sind die europäischen Nato-Staaten nur ein Instrument im Rahmen einer ansonsten weitgehend autonom gestalteten Weltpolitik, deren Schwerpunkt sich gegenwärtig in den pazifischen Raum verlagert. Ein Versuch der EU-Staaten, in der Hochrüstung aufzuholen, dürfte an der offensichtlichen finanziellen Schwäche der EU-Staaten und den nationalen militärischen Eitelkeiten scheitern.

Eine Möglichkeit für die EU-Staaten, sich der US-Dominanz zu entziehen, bestünde darin, ihre Interessen verstärkt über diplomatische, ökonomische und entwicklungspolitische Mittel zu verfolgen. Sie würden verstärkt auf Dialog und Kooperation setzen. Allerdings steht die Mali-Intervention im Gegensatz zu einem solchen Richtungswechsel.

Durch eine solche, sicher nur allmählich sich vollziehende Umorientierung auf zivile Konfliktbearbeitung verlöre die Nato ihre Bedeutung für die EU-Staaten, und sie gewönnen kritische Distanz zur militärgestützten Imperialpolitik der USA. Unter ökologischen und ökonomischen Zwängen könnten sich die EU-Staaten zunehmend auf eine Politik der Zivilen Konfliktbearbeitung, die Stärkung der UN sowie des internationalen Rechts orientieren und eine wichtige Rolle bei der gemeinsamen Arbeit zur Überwindung von

Weltproblemen übernehmen. Da die USA angesichts der Relativierung ihrer Dominanz auf Bündnispartner angewiesen sind, könnte so auch für sie eine Umorientierung in Sicht kommen.

Zivile Konfliktbearbeitung bedeutet, dass Konfliktparteien miteinander in Beziehung treten, sich nachhaltig für eine konstruktive Lösung zugunsten aller Beteiligten einsetzen, Konflikte ohne militärische Drohung und Militäreinsatz bearbeiten, Konflikttransformation von der militärischen auf die politische Ebene fördern.

Es bedeutet ferner, sich – auch durch einseitige Schritte und Vorleistungen – um Vertrauensbildung zum allgemeinen Nutzen zu bemühen; Vorschläge so zu gestalten, dass sie für alle Beteiligten annehmbar sein können und nach Möglichkeit für alle Vorteile bringen und alle beteiligten Akteure auf gesellschaftlicher, staatlicher und internationaler Ebene zu informieren und zu beteiligen; und zur Überwindung struktureller Gewalt beizutragen, die in Armut und Hunger ihren Ausdruck findet und häufig durch manifeste Gewalt abgesichert wird.

Zivile Konfliktbearbeitung geht nicht von einem naiven, idealisierenden Menschenbild aus, setzt aber auf die Lernfähigkeit von Menschen zugunsten eigener Lebensgestaltung und Überlebensinteressen. Wie im Fall des militärischen Konfliktaustrags besteht auch im Fall von ziviler Konfliktbearbeitung eine Beziehung zwischen den angewandten Mitteln und den erreichbaren Zielen (Ziel-Mittel-Relation). Militärische Mittel verstärken Hass und Feindschaft, wie man etwa im Irak und in Afghanistan beobachten konnte. Die Methoden von Ziviler Konfliktbearbeitung können dagegen Empathie, Kooperation und Aussöhnung fördern und damit auch die Lebensbedingungen der Konfliktpartner verbessern.

Selbstverständlich wird eine solche Politik auf den Widerstand derjenigen treffen, deren Interessen eng mit dem militärischen Konfliktaustrags verbunden sind. Vor diesem militärisch-industriellen Komplex warnte bereits US-Präsident Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede 1961. Er sah in ihm eine Gefahr für die amerikanische Demokratie und befürchtete zudem, dass das Wirken dieses Komplexes dazu führen könnte, weltpolitische Probleme eher militärisch als politisch lösen zu wollen. Seine Warnung gilt heute noch mehr als vor 50 Jahren: Diese Kräfte verfügen über große finanzielle Mittel für Lobby- und Medienarbeit zugunsten einer Politik militärischer Gewaltandrohung und Gewalt.

Widerstände resultieren auch aus traditionellem Denken. Die durch Nationalismus verstärkte Vorstellung, das jeweils eigene Militär sei ein gutes Militär, macht es in der Gesellschaft akzeptabel, das jeweils eigene Militär als ultima ratio, ja sogar als wünschenswertes Instrument der Garantie für nationale Sicherheit zu verstehen, obwohl ein

2) Carl von Clausewitz: Vom Kriege; Bonn 1966 [1832], S. 92

kurzer Blick nicht nur in die deutsche Geschichte das Gegenteil lehrt.

Noch immer oder wieder greifen die Legitimationsideologien vom »gerechten Krieg« und der »humanitären Intervention«. Sie haben eine hohe Bedeutung für die Zustimmung zu militärgestützter Politik, weil sie diese als human darstellen und damit der Kritik entziehen. Deshalb sei die Gewaltanwendung mit ihren zynisch als Kollateralschäden bezeichneten Leiden und Zerstörungen gerechtfertigt und außerdem alternativlos. Im geschichtlichen Rückblick fällt es bei genauerem Hinsehen schwer, auch nur einen Krieg zu erkennen, der den Kriterien des »gerechten Krieges« entsprechen würde.

Auch die Berichterstattung in den Medien kann zum Hemmnis für die Zuwendung zu ziviler Konfliktbearbeitung werden, wenn sie militärgestützte Politik legitimiert und Prozesse der Zivilen Konfliktbearbeitung ignoriert.

Besteht, wie hier angenommen, eine wenn auch geringe Chance, dass EU-Politik zunehmend den Optionen Ziviler Konfliktbearbeitung (ZKB) zuwendet und zumindest Teile der zivilen Gesellschaft diesen Weg unterstützen wollen, so wären folgende Ansatzpunkte in Betracht zu ziehen:

- Die Kritik und der Protest gegen Aufrüstung und Krieg müssen mit dem Bemühen um Aufklärung und Durchsetzung von ZKB verbunden werden. Dies sind zwei Seiten derselben Medaille, die stets aufeinander abgestimmt werden müssen.
- Das Projekt Zivile Konfliktbearbeitung ist – auch mit seinen Problemen – weitgehend bekannt zu machen. Ja, es gibt eine Alternative zum Krieg!
- Der zivile Friedensdienst und die erforderlichen Institutionen müssen zügig ausgebaut werden. Eine Verdoppelung der Mittel jedes Jahr ist zu fordern.
- Gegen die schon erwähnten Kriegs-Legitimationsideologien ist mit allen Mitteln vom Straßentheater bis zur provokativen Diskussion vorzugehen.
- Die Kommunikation der Ziviler Konfliktbearbeitung erfordert eine spezielle Ausbildung für Medienarbeiter, ihre Dramatik sichtbar zu machen und auch als Thema im kulturellen Bereich zu behandeln
- Die gesellschaftliche Einübung von Ziviler Konfliktbearbeitung für die Entstehung einer Kultur des Friedens kann nicht überschätzt werden. Wenn die Konflikte in Familie, Schule und bei der Arbeit unter den Vorzeichen Ziviler Konfliktbearbeitung behandelt würden, wäre das gleichzeitig eine wichtige Voraussetzung für einen verständnisvollen Umgang mit internationaler Konflikten.

Die zahlreichen Initiativen zur Ausbildung von SchülerInnen zu Streitschlichtern und MediatorInnen leisten hier wichtige Vorarbeit.

Oft höre ich, eine solidarische Bearbeitung der Weltprobleme sei nur in einer sozialistischen Gesellschaft möglich. Ich vermute jedoch, die so genannten realsozialistischen Gesellschaften sind nicht zuletzt daran gescheitert, dass sie wesentlich auf Gewalt, und zwar nicht nur auf von außen aufgezwungener Gewalt, beruhten. Sie haben keine Kultur des friedlichen Konfliktaustrages entwickelt und deshalb keine Kooperationskultur und keine innere Solidarität. An diese Vermutung schließt sich meine Hoffnung an, die Entfaltung ziviler Konfliktbearbeitung könne eine wesentliche Voraussetzung für die Wandlung von Gesellschaften im Sinne von Solidarität und Kooperation statt Konkurrenz und Konfrontation sein.

Gewiss wird das viel Zeit erfordern. Ob diese zur Verfügung steht, ob der Wahnsinn der Rüstungs- und Kriegswilligen vorher zu Katastrophen führt, ob die absehbaren innergesellschaftlichen Konflikte zu mehr Hass als zu Einsicht in die Notwendigkeit gegenseitiger Verständigung und Respektierung führen werden, kann niemand voraussagen. Die Gefahr einer negativen Entwicklung halte ich für groß. Deshalb bekräftige ich meine Aussage, dass eine erträgliche Zukunft für die Weltbevölkerung, die Lösung der vielen drängenden Probleme nur dann gelingt, wenn Kriegspolitik durch Friedenspolitik abgelöst wird. Statt einer Kultur der Gewalt brauchen wir eine Kultur der Kooperation. Kaum wage ich auf einen solchen Wechsel zu hoffen.

Dagegen steht meine Erfahrung. Wie oft wurde in den letzten fünfzig Jahren davon gesprochen, alles habe keinen Sinn mehr, alles käme zu spät zur Abwendung der großen Katastrophe.

Ich ende mit einer kleinen Episode, die ich in meiner Autobiographie »Gewaltlos gegen Krieg« erzählt habe. Ein junger Mann hatte in der Diskussion nach einem Vortrag von mir leidenschaftlich argumentiert: Man müsse jetzt wirkungsvoll handeln, das Steuer herumwerfen! Ich hielt dagegen: Wie und durch wen soll das geschehen? Selbstverständlich wusste er keine Antwort, aber schlimm, dass ich sie nicht geben konnte, über kein passepartout verfügte! Tief enttäuscht verließ er den Saal. Auf dem Heimweg traf ich ihn an einer Straßenecke Flugblätter für die nächste Demo gegen Krieg verteilend - im Sinne von Gramscis Pessimismus des Wissens und des Optimismus des Handelns.

Prof. Dr. Andreas Buro ist friedenspolitischer Sprecher des Komitees für Grundrechte und Demokratie.



Bernhard Nolz

Nur Frieden bringt Gewinn

Anleitung zur Gewaltfreiheit

In Zeiten der Globalisierung muss die Friedenspädagogik nicht neu erfunden, aber anders akzentuiert werden. Alle Bildungseinrichtungen, insbesondere die Schulen, müssen sich zu aller erst der Aufgabe stellen, zum Frieden und zur Gewaltfreiheit beizutragen zu wollen. Das schließt Angebote zur Bewusstseinsbildung (»Friedensgesinnung«) ebenso ein wie die Anleitung zum gewaltfreien Handeln (friedliche Konfliktbearbeitung) sowie die Wahrnehmung der Bestände des Wissens vom Frieden, von seiner Förderung und von seinen Verhinderungen.

Entscheidend ist, den Schwerpunkt der pädagogischen Arbeit in der Schule zu verlagern: von der Befähigung zu einer individuellen friedlichen Verhaltensweise hin zur Anleitung für Formen gemeinschaftlichen (Friedens-)Handelns und für schulische Übungen zur kollektiven Gewaltfreiheit.

■ Vom Recht auf Leben und auf friedliche Mittel

Die friedenspädagogische Grundlagenarbeit ergibt sich aus der Notwendigkeit des Widerstandes gegen eine sich mit unterschiedlicher Ausprägung global ausbreitende Politik, die den Krieg zur Durchsetzung von Interessen für gerechtfertigt hält.

Die Friedenspädagogik beteiligt sich nicht an den verschiedenen wissenschaftlichen, politischen und medialen Versuchen, kriegerisches Eingreifen zu rechtfertigen. Die FriedenspädagogInnen halten an den Menschenrechten fest, deren wichtigstes das Recht auf Leben ist. Menschenrechte und Völkerrecht gebieten, dass der Frieden nur mit friedlichen Mitteln erreicht werden darf und nicht mit Gewalt durchgesetzt wird. Vom Völkerrecht kann eben nicht der Spielraum für kriegerische Gewalt abgeleitet werden, den sich einige Staaten wie z.B. die USA oder Deutschland herausnehmen.

Auch die Versuche, parlamentarisch beschlossene Kriegseinsätze in der Schule legitimieren zu lassen, scheitern an der Verpflichtung, zum Frieden erziehen zu sollen.

■ Gemeinschaftlich gegen die Globalisierung

Im Blick auf die negativen Auswirkungen der Globalisierung auf das friedliche Zusammenleben

der Menschen und der Völker erscheint es notwendig, die friedenspädagogische Arbeit in den Bildungseinrichtungen zu verändern. Es gilt von nun an, die pädagogischen Anstrengungen neu zu akzentuieren: von der Befähigung zu einer individuellen friedlichen Verhaltensweise hin zur Anleitung für Formen gemeinschaftlichen Friedenshandelns und für gewaltfreie Aktionen und Projekte. Zwar ist das friedliche Verhalten des Einzelnen weiterhin die unabdingbare Voraussetzung für eine humane Gesellschaft, deren Gewaltstrukturen aber können nur durch gemeinschaftliches Denken und Handeln überwunden werden.

Diese friedenspädagogische Anstrengung kann an vielen Schulen nicht mehr zufriedenstellend bewältigt werden. Friedenspädagogisches Know-how muss den Schulen, vor allem in Form von LehrerInnen-Fortbildung zur Verfügung gestellt werden.

■ Friedensbildung: zwischen Gewaltfreiheit und Occupy-Protest

Wie nachhaltig Friedensbildung wirken kann, zeigt sich an der Occupy-Bewegung, die ihre gesellschaftsverändernde Bedeutung dadurch erhält, dass sie immer dann als gewaltfreie Basisbewegung in Erscheinung tritt, wenn es notwendig ist, und dabei kraftvoll zur Wirkung kommt, ohne sich zu verschleifen. Den unverhältnismäßigen Reaktionen der Staatsgewalt auf diese und andere Proteste begegnet die Friedenspädagogik mit den bewährten Konzepten der beziehungsfreundlichen Kommunikation, dem herrschaftsfreien Dialog, der gewaltfreien Aktion und der Mediation, die flächendeckend und mit Unterstützung außerschulischer Bildungsträger in den Bildungseinrichtungen Verbreitung finden.

Nach den Anschlägen von New York am 11. September 2001 haben Bund und Länder das Gegenteil beschlossen und den »Krieg gegen den Terror« in die Gesellschaft und in die Schulen getragen. Mit so genannten Kooperationsvereinbarungen wird der Bundeswehr-Kriegspropaganda Tor und Tür geöffnet.

Die VertreterInnen der Friedenspädagogik haben dieses Vorgehen entschieden kritisiert und auf den schulgesetzlichen Auftrag verwiesen, zum Frieden erziehen zu sollen. In den Schulen ist nach ihrer Ansicht kein Platz für eine sicherheitspolitische Akzeptanz-erziehung zugunsten der Option von Krieg und militärischer Gewalt.

Wenn die Bundeswehr Krieg führt, muss sie die Schulen meiden. Wenn sie keinen Krieg führt, liegt es im Ermessen der Lehrkraft, ob der Auftritt eines Vertreters der Bundeswehr in den Unterricht passt.

■ Die revolutionäre Idee vom Frieden mit friedlichen Mitteln

FriedenspädagogInnen in der ganzen Welt tragen dazu bei, dass die Menschen Vorstellungen davon entwickeln und durchsetzen können, wie ein glückliches und friedliches Leben in der Gemeinschaft mit Anderen möglich wird. Und sie setzen sich für die Völkerverständigung ein, was Krieg, Fremdenhass, Rassismus und eine rücksichtslose Interessenpolitik ausschließt. Der Friedensforscher Johan Galtung nennt es »eine revolutionäre Idee: dass der Frieden mit friedlichen Mitteln erreicht werden soll.« Und der Revolutionär Che Guevara hat, bevor er ermordet wurde, verkündet: »Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker«.

Diese »Zärtlichkeit« soll in die Herzen der SchülerInnen gelangen, damit die Feindbilder der Erwachsenen überwunden werden können.

■ SchülerInnen als BotschafterInnen des Friedens

Dann können die SchülerInnen als BotschafterInnen des Friedens auftreten. Das bezieht sich auf alle Bereiche des Friedens: den Frieden mit sich selbst, den Frieden zwischen den Menschen, den Frieden zwischen den Völkern und Staaten und den Frieden mit der Natur. Jede/r kann selbst entscheiden, wo er/sie eigene Schwerpunkte bei der Friedensarbeit setzen möchte.

Die Erfolge der Friedenspädagogik in den Schulen sind auch jetzt schon nicht von der Hand zu weisen. Z.B. die flächendeckende Verbreitung von Streitschlichter-Programmen oder die »Schulen ohne Rassismus«. Doch wird es immer schwieriger, daran festzuhalten, weil es zur Politik der Globalisierung gehört, die sozialen Bindungen und gemeinschaftlichen Sicherungssysteme der Menschen zu schwächen oder zu zerstören.

Die Bundesregierung zahlt sogar Geldprämien an Mütter, die mit ihrem Kind in der häuslichen Einsamkeit verkümmern wollen, statt sich von den Gemeinschaftserlebnissen in einer Kita anregen zu lassen.

■ Gewaltfreier Widerstand schafft demokratische Freiräume

Solchen unmenschlichen Entwicklungen muss Widerstand entgegen gesetzt werden. Es ist die Aufgabe der Friedenspädagogik, in Theorie und Praxis dazu beizutragen, dass sich vor allem in den Bildungseinrichtungen das Bewusstsein und die

Filmclub Gewaltfreier Widerstand und Zivilcourage

Ein Projekt im zfk (Zentrum für Friedenskultur Siegen)

Widerstand gegen Neonazismus und Rassismus ist heute ein absolutes Gebot der Stunde. Die staatlichen Reaktionen gegenüber neonazistischen und rassistischen Vorkommnissen offenbaren sich auf weite Strecken als wirkungslos.

Die Verfassungsschutzbehörden verschleiern ihre geheimen Verbindungen zur Neonazi-Szene, die kommunalen Institutionen versuchen, mit immer fragwürdigeren Begründungen Aktionen des zivilen Widerstands gegen Neonazi-Auftritte zu unterbinden, die Polizei geht immer brutaler gegen solche Widerstandskaktionen vor. Das ist in einem demokratischen Staat unangemessen.

Die deutsche jüdische Journalistin Inge Deutschkron, selbst Überlebende des Holocaust, stellte schon 1970 in ihrem Buch »Israel und die Deutschen« unter Bezug auf zeitgenössische Quellen fest, »dass die Deutschen weit davon entfernt waren, echte Demokraten zu sein, und dass sie aus der Vergangenheit wenig oder gar nichts gelernt hatten.«

So pauschal dieses Urteil sein mag – es gab in der deutschen Nachkriegsgeschichte immer wieder Tendenzen, die demokratisch zumindest fragwürdig waren: die staatliche Unterstützung des kolonialistischen Vietnamkrieges und faschistoider Unterdrückungsregimes, die antikommunistischen Berufsverbote, den Staatsbesuch des persischen Schahs und die Ermordung des Studenten Ohnesorg, die Notstandsgesetzgebung, die Rüstungsexportpraxis, zuletzt die faktische Abschaffung des Asylrechts. Und es gab und gibt Widerstand dagegen.

Wolfgang Huber, der ehemalige Vorsitzende des Rats der Evangelischen Kirche Deutschlands, weist darauf hin, dass das Recht auf Widerstand zur Pflicht wird, wenn die »Obrigkeit« den BürgerInnen beharrlich Schaden zufügt. Untätigkeit trägt dazu bei, dass sich das Rad des staatlichen Rechtsmissbrauchs weiterdreht und immer neue Opfer hervorruft. In diesem Sinne werden Zivilcourage und Widerstand gegen Neonazismus und Rassismus heute zur Bürgerpflicht. Und dies kann erlernt werden: in realen aktuellen Widerstandshandlungen und in der praktischen Auseinandersetzung mit dem Thema.

Im Filmclub Zivilcourage und Widerstand können sich die Teilnehmenden mit Dokumentarfilmen und mit dem historischen Hintergrund der jeweiligen Thematik beschäftigen. Vorrangig wird auf die Materialien des Laika-Verlages zurückgegriffen. Er publiziert seit 2010 die Bände der »Bibliothek des Widerstands«, die in Einzelbänden Themen des Widerstands in Europa und anderen Regionen der Welt behandeln und dazu jeweils historische Dokumentarfilme anbieten.

Es werden auch Filme aus anderen Quellen benutzt.

Aktionsformen entwickeln, mit denen staatlichen Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten gemeinsam und gewaltfrei entgegen getreten und für Verbesserungen gekämpft werden kann. Zu solchen demokratischen »Verbesserungen« in der Schule gehören z.B. von den SchülerInnen selbstbestimmte Lernbereiche und Leistungskriterien, flexible kostenfreie Nachmittags- und Freizeitangebote sowie Beratungsdienste und die völlige Lernmittelfreiheit.

FriedenspädagogInnen stellt sich die Aufgabe, zusammen mit SchülerInnen, Eltern und KollegInnen Freiräume innerhalb der Schule zu schaffen, um dort - und mit Unterstützung außerschulischer PartnerInnen - gewaltfreie Handlungsansätze ins Gespräch und in gemeinsamen Aktionen zur Durchsetzung zu bringen und neue Formen unmittelbarer Beteiligung an Entscheidungsprozessen auszuprobieren.

Dieses Eingreifen wird zur friedenspädagogischen Notwendigkeit, wenn z.B. mit der Schuldenbremse gesellschaftliche Emanzipation und schulischer Fortschritt abgewürgt werden sollen.

■ **Gewaltfreiheit und Kooperation: Alle sollen gewinnen!**

FriedenspädagogInnen können Friedensprozesse initiieren und moderieren. Deren »Zauberwörter« heißen heute Gewaltfreiheit und Kooperation. Es geht darum, die Konflikte der Menschen, insbesondere die der Jugendlichen, in Dialoge und Verhandlungen »auf Augenhöhe« zu transformieren und angemessenen Lösungen zuzuführen, die sich an Win-Win-Ergebnissen orientieren. In einseitigen, das sind gewaltsame Lösungen, steckt der Keim zu neuer Gewalt und neuem Unrecht, das von Jugendlichen auch als solches empfunden wird, auch wenn sie es oftmals nicht ausdrücken können.

Alle Gewalthandlungen, vor allem Kriege, nehmen Opfern und Tätern die Menschenwürde und setzen sie der Willkür und dem Unrecht aus. Diesem Unrecht wird von den PolitikerInnen mit Gewaltandrohungen und Drohen, mit Kriegen und Rüstungslieferungen sowie mit geheimen Rechtsmanipulationen zum Durchbruch verhol-

Materialien

1) Jung und Moslem in Deutschland

Videofilm aus dem Aktionsprogramm Jugend für Toleranz und Demokratie: Interviews mit jungen Moslems verschiedener Glaubensrichtungen, nationaler und kultureller Herkunft über ihr Leben in Deutschland. (Medienprojekt Wuppertal e.V.)

2) Aufrecht gehen

Das Leben und Wirken Rudi Dutschkes in einem Dokumentarfilm von Helga Reidemeister. (Bibliothek des Widerstands, Bd. 12)

3) Wir müssen leider wieder außen rum

Beobachtungen in der »Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber« in Düsseldorf. Innerhalb der ersten Woche nach ihrer Ankunft müssen die Flüchtlinge sämtliche Fluchtgründe nennen. Anerkennungsquote: 5 Prozent. (Medienprojekt Wuppertal e.V.)

4) Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv

Verschweigen, vertuschen, verharmlosen – Atomkraftwerke machen Kinder krank. Die Leukämiekatastrophe an der Elbe, die Atomkatastrophe von Fukushima (Bibliothek des Widerstands, Bd. 23)

5) Die Kriegerin

Film von David Wendt über eine junge Frau aus einer Neonazigruppe, die ihr Leben überdenken muss, als sie absichtlich zwei Flüchtlingskinder überfährt.

6) Der 2. Juni 1967 – auch ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse

Film von Thomas Giefer und Rüdiger Minow. Am 2. Juni 1967 wird bei einer Demonstration gegen den Staatsbesuch des persischen »Folterkaisers« Schah Reza Pahlevi der Student Benno Ohnesorg

von dem Polizisten Karl-Heinz Kurras erschossen. Dies ist mit ein Auslöser für die 68er Bewegung. (Bibliothek des Widerstands, Bd. 1)

7) Gipfelstürmer und Straßenkämpfer – Attac gegen Globalisierung

Film von Thomas Leif. Die Attac-Bewegung entstand Ende der 1990er Jahre in Frankreich und Deutschland. Mit den großen Protesten gegen die Weltwirtschaftsgipfel in Göteborg, Seattle und Genua gewann Attac an Bedeutung und hatte sich zugleich gegen eine immer repressivere Staatsmacht zu wehren, die bei dem Gipfel in Heiligendamm schließlich neben der Polizei sogar die Bundeswehr einsetzte. (Bibliothek des Widerstands, Bd. 10)

8) Braune Flecken. Die Nazis von nebenan

Der Dokumentationsfilm zeigt, wie Neonazis das Leben in der Kleinstadt Radevormwald zunehmend dominieren. Überall hängen Aufkleber und Plakate des »Freundeskreises Rade«, wie sie sich verharmlosend nennen. Und sie haben erkennbare Verbindungen mit der rechtspopulistischen »Pro NRW«-Partei, die im Rathaus zwei Sitze inne hat. (WDR Reportage)

9) Der Kampf gegen die Todesstrafe – Mumia Abu Jamal

Der schwarze Journalist Mumia Abu Jamal ist zum Symbol für den weltweiten Kampf gegen die Todesstrafe geworden. Er sitzt seit 1982 im Todesstrakt in den USA, ohne dass seine Schuld je nachgewiesen wurde. Der Film zeigt, wie ihn Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte in einem abgekarteten rassistischen Zusammenspiel zum »Mörder« machten. (Bibliothek des Widerstands, Bd. 14)

fen. In der Tradition von Bertha von Suttner setzt die Friedenspädagogik weiterhin auf konstruktive Konfliktbearbeitung, auf Völkerverständigung, auf internationale Friedenskonferenzen und auf Abrüstung nach innen und außen.

In den Schulen führt kein Weg daran vorbei, den Willen der SchülerInnen zum Frieden mit friedlichen Mitteln erheblich zu stärken.

■ Gerechtigkeit und Frieden sind das Ziel

Angesichts der Wettbewerbs- und Konkurrenzideologie der Globalisierung beteiligen sich die FriedenspädagogInnen an der Wiederentdeckung des Sozialen im Bildungsbereich und in anderen politischen Zusammenhängen. Soziale Bildung richtet sich gleichermaßen gegen die pädagogische Verflachung (»Leben ist mehr als Arbeit!«) einer Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen wie gegen die Auswirkungen des Hartz-IV-Systems, das vor Zwangsmaßnahmen und der Verfestigung von Kinderarmut nicht zurückschreckt. Dagegen bringt die Friedenspädagogik Lernmaterialien zu Modellen einer umfassenden Grundsicherung sowie über solidarisches Wirtschaften in den Schulen zur Kenntnis und macht neue Verhaltens- und Denkformen erfahrbar. Außerdem sollen dort Alternativen zum Krisenkapitalismus kennengelernt und weiterentwickelt werden.

Das dürfte enorme Auswirkungen auf das Beurteilungs- und Selektions(un)wesen in den Bildungseinrichtungen haben. Zukünftig können Leistungen, die in Partnerschafts-, Team- und Gruppenarbeit erbracht werden, dem individuellen Leistungsvermögen positiv zugerechnet werden. Damit könnte das gewalttätige Konkurrenz- bzw. Wettbewerbsprinzip erheblich eingeschränkt werden.

In den Bildungseinrichtungen können wir unser Verständnis vom gesellschaftlichen Allgemeinut in der Demokratie vermitteln: Die Bereiche der Daseinsvorsorge (Bildung, Gesundheit, Wohnen, Kultur, Energie u.a.) sollen nicht länger privatem Gewinnstreben unterliegen, sondern als Allgemeinut gesellschaftlichen Zwecken dienen und zur freien Nutzung zur Verfügung stehen.

Mit den SchülerInnen können kommunale Entwicklungsmöglichkeiten der solidarischen Daseinsvorsorge im Unterricht erarbeitet und öffentlich präsentiert werden.

■ Die Inklusion bringt den sozialen Frieden voran

Mit dem 2008 in Kraft getretenen Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen haben die Vereinten Nationen (UN) ein ra-

dikales Umdenken in den Schulen in Richtung Frieden eingeleitet.

Zentraler Begriff ist die Inklusion. Das pädagogische Konzept der »einen Schule für alle« zielt auf das angemessene, nicht-hierarchische und damit demokratische Eingehen auf die vorhandene Verschiedenartigkeit der SchülerInnen. Im »Index für Inklusion« werden drei Aufgaben entworfen: Inklusive Kulturen schaffen, inklusive Strukturen etablieren, inklusive Praktiken entwickeln. Ein friedenspädagogisches Programm!

Gemeinsam mit den SchülerInnen kann überlegt werden, wie die Inklusion in der Schule voran gebracht werden kann. Schnell werden alle zu der Erkenntnis gelangen, wie wichtig die Inklusion von Menschen mit Behinderung für die Gestaltung einer lebenswerten Schule ist. Wenn alle in die Schulgemeinschaft eingeschlossen werden, kann es Ausschlüsse wegen einer Behinderung, wegen einer Lernschwäche, wegen einer Verhaltensabweichung oder aus anderen Gründen nicht mehr geben. Auf diese Weise kann sich eine Kultur des Friedens ausbreiten und die Gewaltkultur von Politik und Wirtschaft zurückgedrängt werden. Es leuchtet ein, dass mit der Verwirklichung des Prinzips Inklusion ein Weg beschritten wird, auf dem der soziale Frieden in einem bedeutenden Gesellschaftsbereich wieder hergestellt werden kann.

Inklusion fängt ganz einfach an - indem der gegenseitige Respekt und ein gewaltfreier Umgang miteinander zur alltäglichen pädagogischen Praxis gehören.

■ Lernen ohne Gewalt

Alle Jugendliche brauchen gemeinschaftliche Integrationserfahrungen, um sich über eigene Lernerfolge und die Anderer freuen und im friedlichen Miteinander leben zu können. Die FriedenspädagogInnen sehen deshalb ihre Aufgabe vor allem darin, in allen Bildungseinrichtungen die Lernprozesse zu fördern, die gemeinschaftsbildende, sozial aktivierende und gesellschaftspolitisch aufklärende Wirkungen haben und den gesellschaftlichen Frieden fördern. Wir gehen davon aus, dass die Mehrheit der in den Bildungseinrichtungen tätigen PädagogInnen die gleichen Ziele vertritt. Sie brauchen die Unterstützung und Ermutigung der Schulministerien, Landesregierungen und Landesparlamente.

Nur Frieden bringt Gewinn! Erziehung zum Frieden und Friedensbildung - jetzt!

Bernhard Nolz ist Lehrer i.R., Friedenspädagoge, Träger des Aachener Friedenspreises, Sprecher der Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) und Forum Pazifismus-Redakteur.



Rezensionen

■ *Andreas Buro: Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten. Frankfurt am Main 2011, 328 Seiten, 24,90 Euro*

Zwischen Holzforschung und Satyagraha-Normen, als Flakhelfer im Krieg, Familienrat und Defensiv-Konzepten in Moskau, Artikeln und Vorträgen zum Afghanistankonflikt – in diesem Spannungsfeld zwischen dem persönlichen und politischen Leben hat Andreas Buro seine Lebenserinnerungen verfasst. Der streitbare Pazifist erzählt, wie er zu seiner Lebensaufgabe fand, Frieden zu fördern und Krieg zu überwinden. Geprägt von einer bürgerlich-idealistischen Familie und auf bestimmte Werte verpflichtet, schildert er seine zwei Welten in den ersten Jahren seines bewussten Lebens (in den 1950er und 1960er Jahren): die eines Protestes und eine der »Wohlanständigkeit«. Doch dann habe er begriffen, »wie viel einfacher es ist, deutlich, aber nicht draufgängerisch, den eigenen Standpunkt erkennen zu lassen.« So, wie wir Andreas Buro in der Friedensbewegung auch heute noch erleben – zuhörend, mit menschlicher Wärme und eindeutiger politischer Positionierung, scharfsichtig analysierend.

Aus seinen Erfahrungen als Flakhelfer am Ende des Zweiten Weltkrieges zieht er die Konsequenzen und engagiert sich Anfang der 1960er Jahre an zentraler Stelle in der Ostermarschbewegung für Demokratie und Abrüstung. Seitdem ist er maßgeblich an fast allen großen Aktionen der nationalen und internationalen Friedensbewegung beteiligt: an der Organisation des San-Francisco-Moskau-Marsches (1961), der Mitbegründung der World Peace Brigades und der Helsinki Citizens' Assembly (HCA) in Prag bis zur Gründung des Dialog-Kreises für türkisch-kurdische Verständigung. Sein menschenrechtlicher und friedenspolitischer Einsatz brachte ihn an viele Orte der Welt.

Und typisch Andreas Buro: Um die Menschen zu erreichen, für die der Vietnamkrieg weit weg schien, sprach er sie auf Flugblättern mit der ungewöhnlichen Frage an: »Was kümmert Meier der Mekong?« Der Vietnamkrieg hat ihn viele Jahre seines »Lebens mit Zorn, Verzweiflung und Empörung erfüllt.« Beeindruckt haben ihn hingegen die »einfachen Formen der Gandhi-Normen«, bei denen es im Kern um die eigene Haltung dem anderen gegenüber geht. Buro wusste sie erfolgreich in seinem Alltag umzusetzen und sie prägten sein öffentliches Handeln.

Andreas Buro erinnert auch an das »vielleicht größte Vorhaben« der deutschen Sektion der Helsinki Citizens' Assembly (HCA), an die Konferenz in Frankfurt/Oder (1995), um über den europä-

weiten Aufbau Ziviler Friedensdienste zu beraten. Dies vergegenwärtigt mir mein Mitwirken im deutschen HCA-Vorstand über mehrere politisch spannende Jahre. Doch Buro startete nicht nur friedenspolitische Initiativen. Auf dem Hintergrund der damals »unfassbar vielen politisch-ideologischen Einstellungen« gründete er 1969 gemeinsam mit Klaus und Hanne Vack und anderen die Zeitung »Links – sozialistische Zeitung« und das »Sozialistische Büro« (SB) – »illusionlos, undogmatisch, verständlich für jeden, der linke Politik machen will.« Buros »politische und organisatorische Basis wurde allerdings das Komitee für Grundrechte und Demokratie« (1980) zur Durchsetzung von Menschenrechten auf der Grundlage von Gewaltfreiheit und pazifistischen Zielsetzungen. Als Mitbegründer ist er noch heute ihr friedenspolitischer Sprecher.

Sein zweites berufliches Leben konzentrierte der ehemalige Waldarbeiter und Doktor der Forstwirtschaft auf die Universität Frankfurt am Main, wo er als Professor der Politikwissenschaften mit dem Schwerpunkt auf internationale Beziehungen, europäischer Integration und soziale Bewegungen wirkte. Bis heute sind die sozialen Bewegungen sein politisches Tätigkeitsfeld, der »Motor gesellschaftlicher Veränderungen«. Vor Gericht in Mutlangen 1986 spricht er von den politischen Innovationen, die nur »auf der Grundlage gesellschaftlicher Lernprozesse« von den sozialen Bewegungen entwickelt werden können.

Der Mentor der Friedensbewegung hat sich stets gegen die »Vorstellungen vom guten Militär« gewandt. Dabei war es ihm wichtig, auch Alternativen zum militärischen Konfliktaustrag aufzuzeigen. Sein Anliegen war und ist es noch immer, »zivile Konfliktbearbeitung zu entfalten und das Militär überflüssig zu machen.« Dabei bemühte er sich »nicht um theoretische Entwürfe, sondern redete und schrieb zu friedenspolitischen Ereignissen und Aufgaben.« Mit seinen Vorschlägen für ganz konkrete Konflikte wie in Afghanistan oder um den Iran erreichte er als Autor der BürgerInnen-Informationen des Monitoring-Projektes der Kooperation für den Frieden eine »höchst erfreuliche Ausweitung.« 2008 erhielt er den Aachener Friedenspreis.

Die Absicht des streitbaren Friedensaktivisten Andreas Buro war es, Persönliches und Politisches in seinen Erinnerungen zu verbinden. Das ist Andreas Buro in beeindruckender und spannender Weise gelungen. Mit großer Offenheit schildert der Autor von seinen Lieben, von den tragischen Erfahrungen seines persönlichen Lebens wie auch vom Älterwerden. Seine humorvolle Art geht dabei nicht verloren.

Ein sehr persönliches Buch und gleichzeitig eine politische Autobiografie über fünfzig Jahre friedens- und menschenrechtsbewegtes engagiertes Leben. Für Menschen aus Friedensbewegung und auch Friedensforschung eine unbedingte Lese-Empfehlung. Möglicherweise werden politische WeggefährtenInnen von Andreas Buro ihren Namen bei der Lektüre entdecken und sich darüber freuen, ein solch reiches Leben streckenweise begleitet zu haben.

Renate Wanie

(In Forum Pazifismus 30/31/32, Seite 78f. wurde bereits bei Erscheinen des Buro-Buchs im Jahr 2011 eine Besprechung von Wolfgang Sternstein veröffentlicht.)

■ *Sönke Neitzel/Harald Welzer: Soldaten. Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben; Frankfurt am Main, September 2012; 528 Seiten; 12,99 Euro*

Wer geglaubt hatte, das Interesse an der Erforschung der Geschichte der Wehrmacht sei nach dem großen Erfolg der Ausstellung Vernichtungskrieg, Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944 erloschen, hat sich gründlich getäuscht. Die damalige öffentliche Debatte hat viele neue Untersuchungen angestoßen – unter anderem über das Führungspersonal der Wehrmacht, den Kommissarbefehl, die Judenmorde in verschiedenen Regionen Europas, die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion, über Mitwisserschaft und Mittäterschaft von Wehrmachtsoldaten, über Prostitution und sexuelle Gewalt im Krieg, über die Kriegsendephase und das Pathos des »Untergangs«, über die Wehrmachtjustiz, über Täter, Kameradschaft, Deserteure, »Retter in Uniform« und Kriegsheimkehrer.

Seit der Publikation von Sönke Neitzels Buch Abgehört, in dem über die decouvrierenden Plaudereien deutscher Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942 bis 1945 berichtet wird, wissen wir, dass die Briten nicht nur – durch die Entschlüsselung des deutschen Enigma-Systems – über die Mordtaten der Einsatzgruppen, sondern auch über das Innenleben der deutschen Wehrmacht bestens informiert waren. Das neue Buch Soldaten stellt in gewissem Sinne eine Fortsetzung von Abgehört dar.

Verfasst wurde es von dem Mainzer Historiker Sönke Neitzel und dem Essener Sozialpsychologen Harald Welzer, denen eine sechsköpfige Forschergruppe zuarbeitete. Sie sichtete den riesigen Quellenbestand von etwa 150.000 Seiten aus den Nationalarchiven in Großbritannien und in den USA und werteten ihn aus. Hauptsächlich stammen die abgehörten Gespräche aus den Jahren 1940 bis 1945.

In dem neuen Band stehen nicht die Generäle im Vordergrund, sondern kriegsgefangene Soldaten mit niedrigen Dienstgraden, einfache Mannschaftssoldaten, Piloten, Kampfschwimmer, »Etappenhengste« – die ganze Bandbreite der Wehrmacht. Während sich die Briten mehr für die Funktionselite der Wehrmacht interessierten, konzentrierten sich die Amerikaner auf die einfachen Soldaten aus den Kampfseinheiten. Obwohl diese an den westlichen Kriegsschauplätzen in Gefangenschaft gerieten, handeln einige Gespräche auch von der Ostfront, wo die betreffenden Soldaten zuvor eingesetzt gewesen waren.

Sensationelle Neuigkeiten über die Kriegführung der Wehrmacht oder über Kriegsverbrechen enthält der Band nicht, zumindest nicht für die Fachwelt. Wohl aber sind die dokumentierten Aussagen von einfachen Soldaten ein wesentlicher Beitrag zu einer Mentalitätsgeschichte der Wehrmacht. In ihrer Unmittelbarkeit und Ungeschminktheit sind sie geeignet, jene Zeitgenossen zu verstören, die teilweise noch immer an die Legende von der »sauber« gebliebenen Wehrmacht glauben und unleugbare Verbrechen als Randphänomene abtun.

Die Soldatenerzählungen leuchten ins Zentrum des total geführten Krieges hinein. Von völkerrechtlichen Kriegsregeln ist kaum je die Rede. Die Übergänge zu Verbrechen werden fließend. Bei den einfachen Soldaten, die in der Kleingruppe, der »Kameradschaftsgruppe«, ihre Orientierung suchten und nicht in irgendwelchen Ideologien, entstand auch bei Überschreitungen kein Unrechtsbewusstsein. Das Töten wurde zur normalen Routine, gelegentlich auch das Töten von Frauen, Kindern und unbeteiligten Zivilisten. Neitzel und Welzer stellen fest: Man finde in diesen Quellen »erstaunlich wenig Empörung« über die Verbrechen.

In den Gesprächen der kriegsgefangenen Soldaten der Wehrmacht wurden auch Tabuthemen nicht ausgespart, die in kaum einem Feldpostbrief zu finden sind. Der Brief aus dem Krieg richtete sich bekanntlich an die Angehörigen in der Heimat, und die Intention des Verfassers bestand in aller Regel darin, die Empfänger nicht zu beunruhigen. Der Gesprächspartner im Kriegsgefangenenlager dagegen war ein Kamerad, der Ähnliches erlebt hatte wie man selbst und dem gegenüber solche Zurückhaltung nicht erforderlich war. Hier konnte man Tacheles reden und mit den eigenen Heldentaten angeben. Man brauchte nicht zu leugnen, dass Krieg auch Spaß machen und das Töten einen Lustgewinn bedeuten konnte. So berichtete etwa Unteroffizier Fischer, Pilot einer Me109, seinem Kameraden: »Ich habe alles umgelegt – Autobus auf der Straße, Zivilzug in Folkestone. Wir hatten Befehl, unten in die Städte reinzuschmeißen. Jeden Radfahrer habe ich beschossen.« Oder der Pilot Greim, der ebenfalls den

Luftkrieg gegen England mitmachte: »Das erste Mal sind wir noch vorbeigeflogen, dann haben wir noch einmal Angriff gemacht und haben reingehalten, mein lieber Freund, das hat Spaß gemacht!« Ein anderer sekundierte mit der punktgenauen Vokabel für die lustvolle Gewaltausübung: »Die Sache hat mir einen Mordspaß gemacht.«

In keiner dieser Spaßgeschichten von Luftwaffensoldaten kommt ein Mitgefühl mit den Opfern vor. Ob Frauen, Kinder, Alte, Radfahrer oder feindliche Soldaten – sie waren Ziele, die man mit Vergnügen abknallte. So wurde die Unmenschlichkeit rasch zur Normalität, die gar nicht mehr reflektiert zu werden brauchte.

Anders als in ihren Feldpostbriefen legten sich die kriegsgefangenen deutschen Soldaten in ihren Kameradengesprächen in Bezug auf die Judenmorde keine Zurückhaltung auf. Schon bislang haben Historiker die Ansicht vertreten, es sei fast unmöglich gewesen, dass ein im Osten eingesetzter Wehrmachtssoldat keine Informationen über die Judenmorde hatte. Nun wird durch die abgehörten Gespräche bestätigt, »dass praktisch alle wussten oder zumindest ahnten, dass die Juden umgebracht wurden«. In den Protokollen kommen »sämtliche Details der Vernichtung« vor.

Aber anders als die Menschen von heute hat dieses Verbrechen die Aufmerksamkeit der uniformierten Zeitgenossen weniger erregt als der Kriegsalltag. Die Soldaten berichten auch von einem regelrechten »Exekutionstourismus«. Soldaten unterschiedlichster Ränge haben gelegentlich und freiwillig an Judenerschießungen teilgenommen und nutzten so die »Chance der unbestraften Unmenschlichkeit« (Günther Anders).

Ganz offen gesprochen wurde im Kriegsgefangenenlager auch über die Praxis, dass Jüdinnen zum Geschlechtsverkehr gezwungen und hernach erschossen wurden, damit sie die Soldaten nicht belasten konnten. Da Leser von heute Gewaltexzessen dieser Art mit großem Unverständnis begegnen, erklärt der Sozialpsychologe Harald Welzer: Die nationalsozialistische Ethik verkoppelte Töten und Moral; sie erlaubte es, »Dinge, die unter Gesichtspunkten christlich-abendländischer Moral absolut böse sind, als gerechtfertigt, ja, als notwendig in das eigene moralische Selbstbild zu integrieren«.

In zwei einleitenden Kapiteln erörtern Neitzel und Welzer unter der etwas schwierigen Begrifflichkeit »Referenzrahmen« die Denk- und Handlungsorientierungen deutscher Wehrmachtssoldaten. Dabei gehen sie im besten Sinne historisch vor, indem sie die Rolle militärischer Werte in der Geschichte des deutschen Nationalstaates beleuchten und damit Kontinuitäten aufzeigen. Hierauf aufbauend, gehen sie in einem Schlusskapitel noch einmal systematisch der Frage nach: »Wie nationalsozialistisch war der Krieg der Wehrmacht?« Man hätte sie auch so stellen können: Wie

prägend waren die militaristischen Traditionen und was war neu an diesem Krieg?

Die Autoren nähern sich einer Antwort, indem sie den Vietnamkrieg, den Irakkrieg und den Völkermord in Ruanda vergleichend heranziehen. Sie stellen fest, dass die Ermordung von Kriegsgefangenen und andere Grausamkeiten auch zu anderen Zeiten weit verbreitet waren, dass aber die systematische, rassistisch motivierte Vernichtung von Millionen von Kriegsgefangenen durch Hunger aus dem Rahmen des herkömmlichen »Normalkrieges« herausfällt und – neben den Judenmorden – als typisch nationalsozialistische Vernichtungspolitik zu charakterisieren ist. Es bleibt unverstänlich, dass in diesem Zusammenhang nicht auch die Ermordung der Politkommissare und von Millionen slawischer Zivilisten erwähnt wird.

Die Autoren haben ein gut lesbares Buch geschrieben. Ihre Darstellung lebt von den erstmals veröffentlichten Originalzitatzen aus den Abhörprotokollen. Diese werden – unter Zuhilfenahme der reichhaltigen geschichtswissenschaftlichen Spezialliteratur – in den historischen Kontext eingeordnet und analysiert. Einmal mehr bestätigt sich die Erkenntnis früherer Jahre: Je tiefer die historische – und nun auch die sozialpsychologische – Forschung in die Geschichte der Wehrmacht eindringt, desto düsterer wird das Bild.

Wolfram Wette

(Die Besprechung von Wolfram Wette wurde beim Erscheinen des Buches als gebundener Ausgabe im Mai 2011 verfasst und in der Wochenzeitung »Die Zeit« am 14.04.2011 veröffentlicht; jetzt ist die ungekürzte Ausgabe als Taschenbuch erschienen.)

■ *Connection e.V., Offenbach (Hrsg.): Kriegsdienstverweigerung in der Türkei. Redaktion: Rudi Friedrich und Franz Nadler. [Selbstverlag] Offenbach 2012, 40 S., broschiert, 5,00 Euro, ohne ISBN*

Die Türkei, für viele hierzulande ein beliebtes Ausflugsziel, gehört zu jenen Ländern, die bis heute beharrlich an der Wehrpflicht festhalten. Nach Artikel 72 der türkischen Verfassung von 1982 – die nach dem Militärputsch 1980 verabschiedet wurde – müssen alle männlichen Staatsbürger zwischen 19 und 40 Jahren einen sogenannten »Vaterlandsdienst« ableisten. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung wird unterdessen nicht anerkannt. Kriegsdienstverweigerer, die die Ableistung des Militärdienstes verweigern, werden vielmehr wegen Militärdienstentziehung, Befehlsverweigerung oder Desertion angeklagt und strafrechtlich verfolgt sowie nach Verbüßung ihrer Haftstrafe erneut einberufen.

Trotz ihrer Kriminalisierung gibt es seit 1990 eine kleine Gruppe von Kriegsdienstverweigerern, die öffentlich erklären, dass sie den Militärdienst – aus ganz unterschiedlichen Gründen – verweigern. Ihr politisches Engagement zeigt mittlerweile erste Erfolge, indem türkische Gerichte in ersten Entscheidungen aktuellen Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte folgen, mit denen die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung gefordert wird. Zugleich sieht sich die türkische Regierung zunehmend gezwungen, zur Frage der Kriegsdienstverweigerung in ihrem Land Stellung zu beziehen.

Für alle, die sich über das Thema »Kriegsdienstverweigerung in der Türkei« informieren möchten, hat »Connection e.V.« (vgl. www.Connection-eV.de) in Offenbach – Träger des Aachener Friedenspreises 1996, des Siegmund-Schultze-Förderpreises 2001 und des Förderpreises der Martin-Niemöller-Stiftung 2009 – die vorliegende Schrift herausgegeben, deren Lektüre sehr empfohlen werden kann. Die 40-seitige Broschüre im DIN-A-4-Format bietet eine Reihe von Hintergrundinformationen, einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen sowie Stellungnahmen und Berichte zum Thema. Dargestellt wird darüber hinaus auch die Situation von türkischen Kriegsdienstverweigerern, die sich im Ausland aufhalten und sich zwischen Ausbürgerung, Kriegsdienstverweigerung und der Zahlung eines »Kopfgeldes«, der so genannten »Freikaufsregelung«, entscheiden müssen. Schließlich werden auch mehrere Fallbeispiele von Kriegsdienstverweigerern in der Türkei dokumentiert, ebenso wie zwei wichtige Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Bleibt zu hoffen, dass die im Selbstverlag erschienene Schrift weite Verbreitung findet und von möglichst vielen Menschen zur Kenntnis genommen wird. Darauf hingewiesen sei, dass sich die einzelnen Textbeiträge beziehungsweise die wiedergegebenen Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte besonders gut auch zum Einsatz im Unterricht verschiedener Fächer eignen.

Hubert Kolling

■ *Henrik Heidenkamp: Der Entwicklungsprozess der Bundeswehr zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Wandel im Spannungsfeld globaler, nationaler und bündnispolitischer Bestimmungsfaktoren (Sicherheit in der multipolaren Welt, Band 1). Peter Lang. Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main 2010, 364 Seiten, 51,80 Euro, ISBN 978-3-631-60107-5*

Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation und der Wiedervereinigung haben sich die Aufgaben

der Bundeswehr, die sich im Rahmen der verfassungsrechtlichen Vorgaben aus dem Auftrag und den Zielen deutscher Sicherheits- und Verteidigungspolitik ableiten, grundlegend gewandelt. Aus der reinen Armee zur Landesverteidigung, die vierzig Jahre nicht eingesetzt werden musste, wurde – so Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Rede anlässlich der ersten Aushändigung des »Ehrenkreuzes der Bundeswehr für Tapferkeit« in Berlin am 6. Juni 2009 – eine »Armee im Einsatz«. Seit 15 Jahren, beginnend mit ihrer Beteiligung an einer internationalen Schutztruppe nach dem Ende des Bosnien-Krieges (1995), befindet sich die Bundeswehr in permanenter Auslandsmission.

Demzufolge lässt sich spätestens seit Beginn des 21. Jahrhunderts in der Bundeswehr ein tiefgreifender, fortlaufender Entwicklungsprozess beobachten, der ihre Rolle als Instrument der deutschen Sicherheitspolitik ebenso wie konzeptionelle Grundlagen, operative Prinzipien, Organisationsstruktur und Ausrüstungslage erfasst. Dieser Wandel fand (und findet weiterhin) in einem Spannungsverhältnis statt, das sich aus den Widersprüchen zwischen den nationalen Vorbehalten der deutschen Sicherheitspolitik einerseits und dem globalen Anforderungsprofil beziehungsweise der bündnispolitischen Einbindung der Bundeswehr andererseits sowie aus den gegenläufigen Entwicklungen und widerstreitenden Vorgaben im nationalen Kontext der deutschen Sicherheitspolitik ergibt. In der vorliegenden Studie, seiner im Herbsttrimester 2009 von der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg angenommenen Dissertation, hat Henrik Heidenkamp, der von 2002 bis 2006 Politische Wissenschaften und Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim studierte, die Einflussfaktoren auf den Entwicklungsprozess der Bundeswehr zu Beginn des 21. Jahrhunderts eingehend untersucht.

Wie Prof. Dr. Michael Staack, der Herausgeber der Schriftenreihe »Sicherheit in der multipolaren Welt« in seinem Vorwort schreibt, gilt das Interesse des Autors »nicht nur dem Transformationsprozess der Vergangenheit, sondern [auch] den schon vorhandenen oder neuen Herausforderungen durch die Kooperation in der Nato oder in der EU oder durch eine zunehmend komplexere, militärisch-ziviles Zusammenwirken erfordernde Einsatzrealität. Sein besonderes Augenmerk gilt der Diskrepanz zwischen internationalen Anforderungen und innenpolitischen Einstellungen, die eine offene sicherheitspolitische Debatte regelmäßig eher hemmt als fördert« (S. 6). Eine solche Debatte sei – über das große Streitthema Afghanistan hinaus – zwingend erforderlich, wenn die Bundeswehr als Armee eines demokratischen Staates in der Mitte der Gesellschaft verankert bleiben soll.

Um sich den globalen, nationalen und bündnispolitischen Bestimmungsfaktoren auf den Entwicklungsprozess der Bundeswehr zu nähern, verfolgt Henrik Heidenkamp die folgenden drei zentralen Arbeitsfragen:

1. Wie stellt sich das Anforderungsprofil des strategischen Umfelds zu Beginn des 21. Jahrhunderts für die Bundeswehr als »Armee im Einsatz« dar?
2. Welchen Kontext stellt die deutsche Sicherheitspolitik für den Entwicklungsprozess der Bundeswehr bereit?
3. Welchen Stellenwert nimmt die bündnispolitische Einbindung Deutschlands im Entwicklungsprozess der Bundeswehr ein?

Bei der Beantwortung dieser Fragen geht der Autor von der arbeitsleitenden Hypothese aus (S. 26), wonach sich der Entwicklungsprozess der Bundeswehr in einem Spannungsfeld der globalen, nationalen und bündnispolitischen Bestimmungsfaktoren vollzieht, das die notwendige Anpassung an die Herausforderungen, Risiken und Gefahren im Internationalen System zu Beginn des 21. Jahrhunderts erheblich einschränkt beziehungsweise einen Ausgleich der kurz-, mittel- und längerfristigen Anforderungen des strategischen Umfelds deutlich erschwert. Durch die nationalen Vorbehalte werde die Neuausrichtung und Modernisierung der Bundeswehr signifikant beeinträchtigt, so dass die Relevanz der Bundeswehr sowohl als Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik als auch als Bündnisarmee für die Alliierten und Partner der Bundesrepublik Deutschland zunehmend schwinde. Die multilaterale Ebene wirke zwar als Ausweichoption für den Entwicklungsprozess der Bundeswehr, sie stelle sich jedoch aufgrund verschiedener Widersprüche zwischen den nationalen und bündnispolitischen Bestimmungsfaktoren sowie zahlreicher bündnispolitischer Konfliktpotenziale auch als Stressfaktor für die Bundeswehr dar, der das Spannungsverhältnis zusätzlich verstärke.

Die qualitativ-empirisch angelegte Studie gliedert sich in die folgenden 5 Kapitel:

1. Einleitung
2. Globale Bestimmungsfaktoren: Das Anforderungsprofil des strategischen Umfelds für die Bundeswehr
3. Nationale Bestimmungsfaktoren: Die Entwicklung der Bundeswehr im Kontext der deutschen Sicherheitspolitik
4. Bündnispolitische Bestimmungsfaktoren: Die EU und die Nato als Impulsgeber für die Bundeswehr
5. Zusammenführung der Ergebnisse und Forderungen.

Nach dem einleitenden ersten Kapitel mit Hinweisen zum Forschungsstand, Relevanz und Zielsetzung der Studie sowie dem methodischen Vorgehen werden im zweiten Kapitel zunächst die globalen Bestimmungsfaktoren, die einen Wan-

del des strategischen Umfelds zu Beginn des 21. Jahrhunderts beschreiben, analysiert. Hierbei thematisiert der Autor die Auswirkungen des Übergangs zu einer multipolaren Weltordnung, beleuchtet die Aspekte der Kontinuität und Veränderung des globalen Kriegsgeschehens und diskutiert den Wandel der Operationsparameter in der so genannten Aufstandsbekämpfung.

Im anschließenden dritten Kapitel untersucht Heidenkamp die nationalen Bestimmungsfaktoren, die sich im Kontext der deutschen Sicherheitspolitik materialisieren. Zu diesem Zweck überprüft er, welche Konsequenzen die Rückbindung des Entwicklungsprozesses der Bundeswehr an die normativen Grundlagen der deutschen Sicherheitspolitik für die Bundeswehr hat, wie die Strategiefähigkeit der politischen Entscheidungsträger – mithin die politische Steuerung und Gestaltung des Entwicklungsprozesses der Bundeswehr – ausgeprägt ist und wie sich die Entwicklung und Verwendung der deutschen Verteidigungsausgaben als »conditio sine qua non« des Entwicklungsprozesses der Bundeswehr darstellen.

Im vierten Kapitel thematisiert der Autor schließlich die bündnispolitischen Bestimmungsfaktoren. Hierbei stellt er die Erweiterung des Einsatzspektrums von EU und Nato dar, untersucht, wie und in welchem Umfang multinationale »Fähigkeitsprogramme« der EU und Nato den Abbau von nationalen Fähigkeitslücken ermöglichen und welche Konsequenzen mit diesen für die Bundeswehr verbunden sind und wie der »Katalysatoreffekt« eines sich wandelnden Verhältnisses von EU und Nato auf den Entwicklungsprozess der Bundeswehr einwirkt.

Jedes der Kapitel schließt mit einem Zwischenergebnis, in dem Heidenkamp die Einzelergebnisse zusammenführt und entsprechend der jeweiligen Arbeitsfrage Folgerungen hinsichtlich der Wirkung der Bestimmungsfaktoren auf den Entwicklungsprozess der Bundeswehr formuliert. Diese Zwischenergebnisse führt der Autor schließlich im fünften Kapitel zusammen und beantwortet die Fragestellung der Studie, wobei er seine arbeitsleitende Hypothese entweder bestätigt, verwirft oder relativiert.

Für den Entwicklungsprozess der Bundeswehr benennt Henrik Heidenkamp zusammenfassend die folgenden drei zentralen Herausforderungen: Erstens müsse er sich in einem gesamtstrategischen Ansatz, der zivile und militärische Fähigkeiten miteinander verbindet, vollziehen, zweitens eine ausgewogene Streitkräfteplanung, die einer »verantwortbaren Risikobereitschaft« entspricht, gewährleisten und drittens die identifizierten Fähigkeitsdefizite, insbesondere in der irregulären Kriegsführung beziehungsweise »Aufstandsbekämpfung«, in Zusammenarbeit mit den Alliierten und Partnern Deutschlands abbauen.

Nach Ansicht des Autors setzen die Grundlinien der deutschen Sicherheitskultur – militärische Zurückhaltung und das Primat der zivilen Diplomatie – dem Einsatz der Bundeswehr enge Grenzen. Die Veränderungen in der deutschen Sicherheitspolitik seit dem Beginn der 1990er Jahre hätten zwar »zu einer Enttabuisierung des Militärischen« (S. 290) geführt, die friedensstaatliche Grundorientierung der deutschen Sicherheitskultur jedoch nicht beeinträchtigt. So sieht er in der teilweise sehr emotional geführten Debatte über den Charakter des Afghanistaneinsatzes – die Frage, ob es sich bei diesem um einen Stabilisierungs- beziehungsweise Wiederaufbau-Einsatz oder um einen Kriegseinsatz handelt – einen Beleg dafür, dass eine umfassende Ausweitung des Einsatzspektrums der Bundeswehr, die auch die irreguläre Kriegsführung beziehungsweise »Aufstandsbekämpfung« erfasst, »bisher nicht stattgefunden hat« (S. 292). Schließlich verhinderten die nationalen Vorbehalte der deutschen Sicherheitspolitik, nicht zuletzt aber die Unterfinanzierung und ineffiziente Verwendung der deutschen Verteidigungsausgaben, dass die Bundeswehr »einen angemessenen Beitrag zur Schließung der aufgezeigten Fähigkeitslücken in EU und Nato leistet«. Den Wandel zu einer »Bündnisarmee im Einsatz« könne die Bundeswehr »somit nur ansatzweise verfolgen« (S. 293). Für Heidenkamp besteht unterdessen kein Zweifel daran, dass ein entsprechender Druck auf die Bundeswehr in den kommenden Jahren »deutlich zunehmen« wird, und zwar in dem Maße, wie es zwischen der EU und der Nato zu einer stabilen strategischen Partnerschaft kommt.

»Im Ergebnis kann festgehalten werden«, so der Autor, »dass das Spannungsfeld zwischen den globalen, nationalen und bündnispolitischen Bestimmungsfaktoren die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr nachhaltig einschränkt und die Relevanz der Bundeswehr als Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik und als Bündnisarmee für die Alliierten und Partner der Bundesrepublik Deutschland reduziert« (S. 297). Wenn gleich die Bundeswehr im Rahmen ihres Entwicklungsprozesses bereits Veränderungen auf den Weg gebracht hätte, stehe sie »erst am Beginn einer langen Reorientierung« (S. 303). Der Entwicklungsprozess der Bundeswehr sei, auf positive oder negative Weise, »von entscheidender Bedeutung« (S. 304) hinsichtlich der zukünftigen Position und dem Einfluss Deutschlands in Europa, in der EU und der Nato sowie im Interaktionsprozess der Staatenwelt.

Die von Heidenkamp vorgelegte Studie bietet tiefe Einblicke in die Rolle der Bundeswehr als »Armee im Einsatz« und deren Entwicklungsprozesse zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Es wäre wünschenswert, wenn diese nicht nur »von der Politik«, sondern von weiten Teilen der Bevölkerung

zur Kenntnis genommen werden, um gegebenenfalls – möglichst frühzeitig – die weitere Marschrichtung zu revidieren.

Hubert Kolling

■ *Martin Ramsperger: Die Terrorismusbekämpfung im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) (Dresdner Schriften zu Recht und Politik der Vereinten Nationen, Band 8). Peter Lang, Internationaler Verlag der Wissenschaften. Frankfurt am Main 2009, 435 Seiten, 74,80 Euro, ISBN 978-3-631-59827-6*

Die Bekämpfung des »Terrorismus« hat seit den Anschlägen vom 11. September 2001 in den USA weltweit einen vollkommen neuen Stellenwert bekommen – nicht nur politisch, sondern auch rechtlich. Vor dem Hintergrund, dass der »neue Terrorismus« eine ausgeprägte internationale Dimension und neue Charakteristika besitzt, hat dies auch in der Europäischen Union zu der Frage geführt, wie durch die Gemeinschaft der europäischen Staaten der »Terrorismus« wirksamer zu bekämpfen sei. Die EU-Mitgliedsstaaten versuchen, die »Terrorismusbekämpfung« unter anderem im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu realisieren.

In der vorliegenden Studie, der eine im Sommersemester 2009 von der Juristischen Fakultät der Technischen Universität Dresden angenommene Dissertation zu Grunde liegt, untersucht Martin Ramsperger, welche Instrumentarien der EU im Rahmen der ESVP zur Verfügung stehen und welche Probleme bei ihrer Anwendung auftreten. Darüber hinaus richtet er seinen Blick auf die Frage, wie das zukünftige Gesicht der ESVP aussehen wird, insbesondere inwieweit der Lissabon-Vertrag das Potenzial für wirksame Reformen in sich trägt.

Ziel dieser Arbeit sei es, so einleitend der Autor (Jahrgang 1978), »zu untersuchen, welchen Beitrag die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zur Terrorismusbekämpfung leisten kann. Es sollen die Fortschritte in diesem Bereich aufgezeigt werden, ebenso wie die Defizite. Darüber hinaus versucht die Arbeit aufzuzeigen, wie die vorhandenen Defizite beseitigt werden könnten, um den Beitrag der ESVP zur Terrorismusbekämpfung zu erhöhen« (S. 38).

Die Arbeit gliedert sich in sechs Kapitel, von denen sich das erste mit den rechtlichen Grundlagen für die »Terrorismusbekämpfung« im Rahmen der ESVP befasst. Daran anschließend geht das zweite Kapitel der Frage, ob mit den der EU im Rahmen der ESVP zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumenten konkrete Maßnahmen in der Praxis zur »Terrorismusbekämpfung« ergriffen wurden. Das dritte Kapitel untersucht die prakti-

schen Erfordernisse, die angeblich für eine effektive »Terrorismusbekämpfung« unerlässlich sind. Berücksichtigt werden hierbei insbesondere das Vorhandensein von Ressourcen sowie die Zusammenarbeit innerhalb der EU beziehungsweise mit anderen internationalen Akteuren. Das vierte Kapitel beschäftigt sich mit dem Gesicht der zukünftigen »Terrorismusbekämpfung« im Rahmen der ESVP, wobei insbesondere auf den »Vertrag über eine Verfassung für Europa« und den »Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft« eingegangen wird. Auf der Grundlage der zuvor gewonnenen Erkenntnisse zeigt das fünfte Kapitel mögliche Fallgruppen (»Terroranschlag« in einem EU-Staat, »Terroranschlag« in einem Nicht-EU-Staat) für ein Handeln im Bereich der ESVP zur »Terrorismusbekämpfung« auf, insbesondere vorbeugende und vorbereitende Maßnahmen sowie Maßnahmen nach einem erfolgten »Terroranschlag«. Im sechsten Kapitel erfolgt schließlich eine Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse und – darauf aufbauend – eine Gesamtwürdigung der »Terrorismusbekämpfung« im Rahmen der ESVP.

Nach Ansicht von des Autors ist die ESVP trotz erzielter Fortschritte nicht vollständig entwickelt, indem die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nicht genügen, um eine effiziente Konfliktpräventions- und Krisenmanagementpolitik auszuüben. Seines Erachtens bedürfe es daher weiterer rechtlicher, politischer, administrativer und finanzieller Instrumente, die die bestehenden Fähigkeiten ergänzen. Hierbei seien die Defizite bei den zivilen Fähigkeiten gravierender als bei den militärischen Fähigkeiten. Hinsichtlich der »Terrorismusbekämpfung« bedeute dies, »dass aufgrund fehlender militärischer und ziviler Ressourcen derzeit keine effektive Operation zur Terrorismusbekämpfung durchgeführt werden kann« (S. 199).

Eine wichtige Bedingung für eine effektive »Terrorismusbekämpfung« im Rahmen der ESVP stellt für Ramsperger die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen und anderen Staaten dar. Für ihn steht dabei außer Frage, dass diese den »Terrorismus« aufgrund der internationalen Dimension »weltweit« bekämpfen müssen, weshalb auch die Zusammenarbeit der handelnden Akteure »von enormer Wichtigkeit« sei. Hierbei wiederum sei für die EU hauptsächlich »eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, der Nato und den USA bedeutsam« (S. 272).

Beim Ausbau der Ressourcen, so der Autor, hätten sich die Anstrengungen der EU seit 2001 primär auf die militärischen Ressourcen gerichtet und damit die Weiterentwicklung der zivilen Fähigkeiten in den Hintergrund gedrängt. Dennoch sei der Entwicklungsstand der militärischen Mittel »weiterhin als unfertig zu bezeichnen«. Zu Be-

denken gibt Ramsperger immerhin, dass die Konzentration auf die militärischen Fähigkeiten außer Acht lasse, dass keine der heutigen Bedrohungen, zu denen der »Terrorismus« gehöre, mit rein militärischen Mitteln bekämpft werden könne, weshalb der Ausbau der zivilen Fähigkeiten gleichermaßen von Bedeutung sei. Ein hoher Entwicklungsstand bei den »soft power-Kapazitäten« sei auch wichtig für die EU, »weil der Einsatz von militärischen Maßnahmen immer ultima ratio bleiben sollte« (S. 376).

In seiner mit einem soliden Anmerkungsapparat ausgestatteten Untersuchung, die als Band 8 der »Dresdner Schriften zu Recht und Politik der Vereinten Nationen« erscheint, hat Martin Ramsperger die »Terrorismusbekämpfung im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik« umfassend vom rechtswissenschaftlichen Standpunkt aus durchleuchtet. Eine Klärung beziehungsweise Auseinandersetzung mit den so zentralen Begrifflichkeiten »Terrorismus« und »Terrorismusbekämpfung« hat dabei aber ebenso wenig Platz wie die Betrachtung alternativer Strategien.

Hubert Kolling

■ *Albert Fuchs: »Für Recht und Frieden«? – Beiträge zum pazifistischen Widerspruch. Belm-OSnabrück 2011; 348 Seiten, 24,80 Euro (ISBN 978-3-935431-21-7)*

»Für Recht und Frieden« hätten sie sich eingesetzt, die Soldaten im ersten Golfkrieg 1991 – so bescheinigte es ihnen der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Deutschland werde sich nicht »aus Bequemlichkeit oder Furcht« hinter der Last seiner Geschichte verbergen, »um sich dem [ihm] zufallenden Anteil an der gegenwärtigen Verantwortung zu entziehen« (Richard von Weizsäcker 1991; zitiert nach dem Vorwort, S. 7). Da sind sie alle versammelt, die Vorurteile, die den Einsatz von Soldaten als ehrenhaft und alternativlos erscheinen lassen und deshalb glorifizieren, und die seelische Haltung derjenigen kennzeichnen, die eben das aus tiefster Überzeugung ablehnen: sie werden nicht selten als Nichtsteuer, Drückeberger und verantwortungslose Gesellen gebrandmarkt.¹⁾ Jedem, der nicht militärisch eingreift, wird – nicht nur hier! – unterstellt, er wolle

1) Vgl. dazu aus neuerer Zeit die Rede von Joachim Gauck vor der Bundeswehr-Universität in Hamburg am 12.06.2012 in der er u.a. sagt: »Andere sind sehr gut darin, ihre Rechte wahrzunehmen oder gegebenenfalls auch vehement einzufordern. Und vergessen dabei allzu gern, dass eine funktionierende Demokratie auch Einsatz erfordert, Aufmerksamkeit, Mut, und manchmal auch das Äußerste, was ein Mensch geben kann: das Leben, das eigene Leben« – von dem Mut, sich dieser Logik und der von ihren Vertretern und Nutznießern inszenierten Maschinerie zu widersetzen, weiß der ehemalige Kirchenmann nichts zu sagen. (Vgl. dazu die in **Forum Pazifismus** 34/35/36, S. 73 ff. dokumentierte Rede des Bundespräsidenten vom 12.06.2012 sowie die offenen Briefe von Albert Fuchs und Matthias Engelke dazu, S. 71 ff.)

oder könne überhaupt nicht eingreifen und den Dingen einfach ihren Lauf lassen.

Mit eben diesen Vorurteilen setzt sich Albert Fuchs in dem vorliegenden Buch auseinander. Und zwar mit Blick auf einen relativ überschaubaren Zeitraum des »zeitgeschichtlich ausgedehnten Heute« (S. 13) zwischen dem Verfassungsurteil aus dem Juli 1994, das Operationen out of area (mit area gemeint ist bekanntlich der Nato-Einsatzbereich) billigte über die Nato-Luftangriffe gegen das serbisch dominierte Rest-Jugoslawien im Frühjahr 1999 bis hin zu den heutigen Einsätzen z.B. in Afghanistan. Wie konnte es passieren, dass die in Ost und West hochgehaltene Parole »Nie wieder Krieg von deutschem Boden aus!« so plötzlich ihre Überzeugungskraft eingebüßt hat? Wie konnte es geschehen, dass die anfänglich nur als »Verteidigungsarmee« deklarierte Truppe in so wenigen Jahren zu einer »Armee im Einsatz« umfunktionierte, die – siehe Klappentext – »seit gut zehn Jahren nahezu ununterbrochen in völkerrechtlich und politisch-moralisch hoch umstrittene Angriffskriege verstrickt ist«?

Das Einführungskapitel des vorliegenden Sammelbandes setzt sich kritisch mit dieser Entwicklung, die Deutschland als Militärmacht zum »Wiedergänger« macht, auseinander, insbesondere mit den dazugehörigen Rechtfertigungsmustern. Albert Fuchs, der in dieser Einführung noch vorwiegend politisch argumentiert, wird dann sehr schnell und sehr gründlich sehr wissenschaftlich. So beschäftigt sich das erste Kapitel mit friedenswissenschaftlichen Grundfragen (Was ist strukturelle Gewalt? Was ist Pazifismus? Was versteht man unter einem »gerechten Krieg? etc.) und wer an Kriegen verdient und mitgewirkt hat – all das untersucht der Autor sehr genau in fünf größeren Kapiteln, die aber sehr lesefreundlich in Unterabschnitte eingeteilt sind, die jedes für sich gut lesbar sind.

Was allerdings nicht heißen soll, dass das Buch im Ganzen leicht zu lesen ist. Der pazifistische Widerspruch zu Weizäckers obiger These aus dem Vorwort macht es sich wirklich nicht einfach, denn Albert Fuchs geht sehr gründlich, ja man kann sagen »akribisch« mit seinem Thema um! Im Kapitel 1 sind es »friedenswissenschaftliche Grundfragen«, mit denen der Autor sich auseinandersetzt: Da geht es um den Gewaltbegriff, wie er zu beschreiben, zu erfassen und zu erforschen ist; und was unter seinem von Gandhi geprägten Gegenbegriff »satjagraha« zu verstehen und wie mit ihm umzugehen ist. Und das Ergebnis zum letztgenannten Thema, dass nämlich die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem satjagraha-Ansatz selbst eine reflexive Form von satjagraha sei, das ist – für wahr – wieder keine leichte Kost!

Im Kapitel 2 stellt Fuchs die sehr konkrete Leitfrage: »Wie hältst du's mit der Bundeswehr?« Die

Antwort, die der Autor für sich selber im letzten Unterkapitel in einem Gedicht formuliert, ist eindeutig. Der Leser, an den die Frage ja offenbar adressiert ist, muss sich konkret fragen, ob er es erstens weiß und zweitens billigt, dass die deutsche Sicherheitspolitik und damit an prominenter Stelle die Bundeswehr auch für die »Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt« (hier: S. 179; Zitat aus den Verteidigungspolitischen Richtlinien aus dem Jahre 1992) zuständig ist. Viele werden es, wie im Übrigen auch der Rezensent, gar nicht gewusst haben und an einen bloßen Verteidigungsauftrag gegen mögliche militärischen Angriffe geglaubt haben

Im folgenden dritten Kapitel setzt sich der Autor – selbst ein erklärter Radikalpazifist – mit den Pazifismusdebatten der letzten zwei Jahrzehnte auseinander, und zwar mit dem katholischen Theologen Norbert Greinacher und dem evangelischen Pfarrer Werner Dierlamm. Ersterer möchte selbst »kein absoluter Pazifist, sondern ein atomarer Pazifist« (S. 189) sein, in dessen Auffassung Krieg »als der allerletzte Ausweg« (ebd.) noch erlaubt erscheint; letzterer räumt ein, »dass wir uns in der »noch nicht erlösten Welt« dem Prinzip der absoluten Gewaltlosigkeit nicht verschreiben können« (S. 193). Demgegenüber beharrt Albert Fuchs darauf, dass es ihm eben »nicht primär um Gesinnung und die reine Lehre, sondern gerade darum (gehe), als Pazifist glaubwürdig politisch denken und handeln zu können« (S. 194). Diese Argumente auf der Grundlage der eigenen Überzeugungen zu Ende zu denken, ist bestimmt für jeden Leser eine lohnende Aufgabe, für die der Autor reichlich Material zur Verfügung stellt.

So geht es folgerichtiger im nächsten Kapitel 4 um »gute Gewalt« bzw. um das, was schon seit Augustinus »gerechter (oder gerechtfertigter) Krieg« (*bellum iustum*) genannt wird. Nach der Beendigung des sog. Kalten Krieges entwickelte ja die Nato eine neue Strategie, in der gegen »Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie Terror und Sabotage« (S. 233) verhindert werden sollte. Und auch hier ist es nicht etwa ein Politiker, der den vom Autor vorgebrachten Einwänden Paroli zu bieten versucht, sondern ein Theologe, nämlich H.-G. Stobbe, der die Ansicht verwirft, »dass staatlich angeordnetes Töten im Krieg eo ipso moralisch verurteilt werden« müsse – ein, wie der Rezensent findet, starker Befund! Stark und einleuchtend erscheint mir auch die Feststellung des Autors gegenüber Hans Küngs Bemühungen um ein »Weltethos«, dass ein solches »nur in dem Maße friedensförderlich sein (kann), wie man bei der Konfliktbearbeitung strikt dialogisch verfährt« (S. 288).

Die hier vorliegende Auseinandersetzung mit den ethischen Grundlagen eines Pazifismus ohne

Wenn und Aber findet ihren Schluss und freilich auch einen ihrer Höhepunkte im 5. Kapitel, dem der Autor den Titel »Zwischen Analyse und Bekenntnis« gegeben hat und damit die »grundsätzliche Ambivalenz des Religiösen im Hinblick auf Krieg und Frieden« (S. 292) zur Sprache bringt. Am allerdeutlichsten zu spüren ist diese Ambivalenz im ersten Unterkapitel, in dem Fuchs dem Kölner Kardinal Meisner seinen Kirchaustritt erklärt. Es handelt sich dabei einerseits um ein sehr persönliches Dokument, in dem der Autor von seiner individuellen Situation und den darin gemachten Erfahrungen ausgeht; andererseits bringt er gerade in diesem Beitrag die Frage auf den Punkt, die das ganze Buch durchzieht.

Denn die Kernfrage des Buches scheint mir weniger eine an die Politik als eine an die Ethik zu sein, vor allem natürlich an die christliche Ethik, wie sie von den (Groß-)Kirchen vertreten wird. Haben sich die Politiker, die der Autor schon im Titel, im ersten Motto und in den ersten Zeilen seines Vorworts zitiert, doch offenbar schon längst von der Illusion (ist es so?!) eines wirklich gewaltfreien gesellschaftlichen Lebens verabschiedet. Ob sich Albert Fuchs dann aber mit diesem oder jenem katholischen oder evangelischen Theologen, mit Augustinus, Hans Küng oder Kardinal Meisner, mit der Denkschrift der EKD oder einem Thesenpapier des Zentralkomitees der deutschen Katholiken auseinandersetzt – immer muss er feststellen, dass er da nicht wirklich neue Erfahrungen macht, sondern nur auf die oben schon zitierte »grundsätzliche Ambivalenz des Religiösen im Hinblick auf Krieg und Frieden« (S. 292) stößt.

Aber hier macht der Autor mit aller Schärfe und Akribie darauf aufmerksam, dass es aus seiner Sicht in der Nachfolge Jesu mit »ein bisschen Frieden« nicht getan ist. Und immer verweisen ihn dann nicht nur seine politischen Kontrahenten, sondern auch seine theologischen Ansprechpartner auf das, was allgemein gerne »Realpolitik« genannt wird. Gemeint ist die Politik, bei der man, auch nach der Auffassung der meisten Christen, die Bergpredigt nicht gebrauchen kann. Eine solche Politik, ja jedwede Politik, menschliches Zusammenleben überhaupt sei ohne den Gebrauch von Gewalt nicht möglich, sagen sie und präsentieren damit einen Konsens »stellvertretend für die ganze Gesellschaft« (S. 344).

Und wir, wissen wir es nach der Lektüre des Buches besser? Das Buch, es ist schon darauf verwiesen worden, stellt keine geringen Anforderungen. Die erste ist sicher die, sich selbst eine Meinung zu bilden, das Buch stellt dafür eine Menge Material zur Verfügung. Die zweite ist wohl darin zu sehen, gegen das Gefühl der Ohnmacht ankämpfen zu müssen, wenn man so hautnah mit so vielen grundlegenden friedenspolitischen Problemfeldern konfrontiert wird. Eine dritte und womöglich die schwierigste Aufgabe ist aber wohl

die, ob all der vergeblichen Anstrengungen nicht in Resignation zu verfallen. Jeder, der sich als ein Teil der Friedensbewegung versteht oder sich ihr schon einmal gewidmet hat, kennt sich mit dieser Aufgabe aus. Und wohlfeile Auswege aus diesem Dilemma werden nicht geboten.

Und wem ist das Buch dann zur Lektüre zu empfehlen? Eigentlich jedem, der sich dagegen wehrt, dass zur Durchsetzung der Interessen von Staaten – seien sie nun existenzieller oder wirtschaftlicher Art – der Einsatz von staatlich organisierter Gewalt als erlaubt gelten soll. Wer sich für eine solche Auseinandersetzung stärken will, findet hier eine eindrucksvolle Sammlung von empirisch-wissenschaftlichen und ethischen Argumenten und Hinweisen. Und es ist ja kein Geheimnis, dass sich das Problem Kriegsdienstverweigerung nicht wirklich schon erledigt hat. Auch als Steuerzahler leisten die meisten von uns (eigentlich alle, denn auch wer ein Brötchen kauft, ist dabei!) ihre finanzielle Beihilfe dazu, dass militärische Einsätze möglich sind. Und in dem vorliegenden Buch wird darüber hinaus fast schmerzlich darauf aufmerksam gemacht, dass auch jeder Kirchensteuerzahler daran beteiligt ist, die Botschaft Jesu hinsichtlich des Tötungsverbots zu relativieren. Wen ein solcher Umgang mit christlichen Überzeugungen als Problem ergreift, wem ein Satz wie der von Margot Käßmann »Nichts ist gut in Afghanistan« unter den Nägeln brennt und an dieser Wunde arbeiten will, der findet in dem vorliegenden Band eine fundierte Grundlage dafür.

Robert F. Antoch

■ *Almut und Wolf Röse: Helmut Simon. Recht bündigt Gewalt. Eine autorisierte Biografie. Berlin 2011; 404 Seiten; 29,90 Euro*

Eigentlich ist es erstaunlich und schwer zu verstehen, dass erst jetzt – anlässlich seines 90. Geburtstages am 1. Januar 2012 – eine Biografie über Helmut Simon erschienen ist. Schließlich ist der ehemalige Bundesverfassungsrichter einer der herausragenden Juristen dieser Republik, der über Jahrzehnte auch gesellschaftlich, menschenrechts- und friedenspolitisch in vielfältiger Weise und prägend engagiert war – als Kirchentagspräsident, als Mitinitiator der Gustav-Heinemann-Initiative, als Präsident der Zentralstelle KDv, um nur wenige Beispiele zu nennen. Gerechtfertigt und lohnend wäre es also schon lange gewesen, sein Denken und Handeln in einer Biografie darzustellen. Dass es so lange dauerte, bis eine solche Lebensbeschreibung nun endlich vorliegt, hat sicherlich mit der wenig ausgeprägten Eitelkeit Helmut Simons zu tun. Typisch seine Reaktion, als Wolf Röse ihm sagte, er würde gerne seine Biografie schreiben: »Ich glaube, das gibt nicht soviel her.«

Dabei hätte Helmut Simon auch sehr gut eine Autobiografie schreiben können. „Im Stillen“ hat er das bereits getan: Gleich im zweiten Satz des Geleitworts des früheren Bischofs Huber beklagt dieser, dass Simon seine wiederholten Ankündigungen, ihm seine Lebenserinnerungen zu lesen zu geben, leider nicht wahr gemacht hätte; seine Begründung: »... es sei noch nicht soweit, er wolle den Text noch einmal überarbeiten.« Es gibt sie also, diese Lebenserinnerungen. Ich selbst durfte einmal vor einigen Jahren einige Dutzend spannende und gehaltvolle Seiten lesen, die mir Helmut Simon zu meiner Vorbereitung einer Veranstaltung »Zeitzeugen der Friedensbewegung im Gespräch« mit ihm in Karlsruhe zur Verfügung gestellt hatte. Auch mein Bemühen, die ganzen »Lebenserinnerungen« zu erhalten, blieben ebenso erfolglos wie mein Vorschlag, er möge diese doch als Autobiografie veröffentlichen.

Almut und Wolf Röse konnten diese Lebenserinnerungen nun für ihre Biografie nutzen und haben auch reichlich daraus zitiert. Auch insofern trägt das Buch den Untertitel »Eine autorisierte Biografie« zu recht. Dabei wäre eine solche Bezeichnung zunächst eher ein Grund für Skepsis, hört sich das doch so an, als hätten hier »Lohnschreiber« eine »glatte« Darstellung im Sinne eines Auftraggebers verfasst. So war es hier aber nicht; Helmut Simon hat den Autoren nichts bezahlt, ihnen dafür aber neben seinen »Lebenserinnerungen« zahlreiche weitere Materialien und sich selbst für ausführliche Gespräche und Interviews zur Verfügung gestellt.

Ein weiterer Grund für Skepsis könnte sein, dass das Autorenpaar mit dieser Biografie ihr »literarisches Debüt« gibt und beide ansonsten als Selbständige tätig sind, sie als Architektin und Fotografin, er als Werbetexter, Grafiker und Kunstmaler. Keine guten Voraussetzungen also dafür, das Leben eines Menschen darzustellen, der beruflich als Jurist und fast 18 Jahre lang, von 1970 bis zu seiner Pensionierung 1987, als Bundesverfassungsrichter tätig war. Oder gerade doch? Wenn man Juristerei nicht als abgehobene Wissenschaft ansieht, sondern als Handwerk, Konflikte und Interessengegensätze friedlich und fair zu lösen und auszugleichen, dann muss es kein Nachteil sein, wenn die Autoren juristisch unvorbelastet mit dem Interesse am Menschen, den sie beschreiben und der eben auch – und nicht nur – Jurist ist, ans Werk gehen.

Und dieser Mensch hätte genauso gut Theologe werden können, hatte das auch ernsthaft erwogen. Dieses Interesse an der Theologie, wohl noch weniger eine »echte Wissenschaft« als die Jurisprudenz, weist nämlich auf etwas Grundsätzliches hin: Darauf, dass der Mensch sich verorten muss, einen Standpunkt finden muss, von dem aus er die Welt betrachtet und sich zu ihr in Verbindung setzt und sie verändert.

Der 1922 in einem kleinen Weiler im pietistisch geprägten Oberbergischen geborene und dort auch aufgewachsene Helmut Simon war Bauernsohn. Da dürfte die Verortung und das Finden des eigenen Standpunktes eigentlich nicht schwer sein. Aber das Erwachsenwerden in der Nazi-Diktatur, das Soldat-werden-müssen, die Teilnahme am Verbrechen Krieg – und damit das Erleben des völligen moralischen Bankrotts von Gesellschaft, Staat, Justiz und Kirche durchkreuzen vorgezeichnete Lebenslinien.

Helmut Simon studiert in Bonn Jura und »nebenher« evangelische Theologie, dabei als einer der ersten Auslandsstudenten im Wintersemester 1946/47 in Basel. Nach Studienabschluss und Promotion macht er ab 1953 in der Justiz Karriere mit Stationen am Landgericht Düsseldorf, als Mitarbeiter am Bundesgerichtshof, als Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf, als Richter am Bundesgerichtshof und schließlich als Bundesverfassungsrichter. Kirchenpolitisch gehört er in den 1950er Jahren zur »linken« kirchlichen Bruderschaft, die sich in der Tradition der unter den Nazis oppositionellen Bekennenden Kirche sieht, parteipolitisch zur Gesamtdeutschen Volkspartei um Gustav Heinemann. Zentral sind in den »bleiernen Adenauerjahren« dabei die Themen Krieg und Frieden, Wiederaufrüstung und Atomkrieg, Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung. Hel-

Forum Pazifismus

Ja, ich möchte das Forum Pazifismus-Abo.
Die Bezugsgebühr für ein volles Kalenderjahr (4 Hefte) beträgt beim Normalabo 20 € zzgl. 2 € für Porto und Verpackung; bei Bestellung innerhalb des laufenden Kalenderjahres entsprechend weniger. Die Bezugsgebühren jeweils bis zum Ende des Kalenderjahres sind zu Beginn des Bezuges fällig, danach zu Beginn des Kalenderjahres. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein weiteres Kalenderjahr, wenn nicht jeweils bis zum 30.11. schriftlich eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.

Förderabo I (30 €) Förderabo II (40 €)
 Förderabo III* (50 €) Normalabo (20 €)

Ich möchte das ermäßigte Abo für DFG-VK-Mitglieder (18 €)
Meine Mitgliedsnummer lautet: _____

Ich möchte das ermäßigte Abo für BSV-Mitglieder (18 €)
Zu den genannten Abopreisen kommen jeweils 2 € für Porto und Verpackung hinzu.
 *Das Förderabo III beinhaltet zusätzlich den automatischen Erhalt einer CD-ROM mit dem Jahresinhalt im PDF-Format zum Jahresende.

(Organisation) _____
 Vorname _____
 Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum/Unterschrift _____

Ich bezahle bequem per Bankeinzug Konto _____
 Bank _____ BLZ _____

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen ohne Begründung bei Forum Pazifismus, PF 900843, 21048 Hamburg schriftlich widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung. Dies bestätige ich mit meiner Unterschrift.

 Datum Unterschrift

ABOKARTE

mit Simon bezieht dabei immer klare und die aus pazifistischer Sicht richtige Position.

Später wird er Mitglied in der SPD (ohne jemals Parteisoldat zu sein) und ist an vielen Stellen in der evangelischen Kirche engagiert. Zweimal ist er Präsident des Kirchentags, so z.B. 1981 zu Beginn der Auseinandersetzung um den Nato-Raketenbeschluss. Helmut Simon moderiert bei diesem Hamburger Kirchentag eine Veranstaltung zum Thema »Den Frieden sichern«, bei der der damalige Verteidigungsminister Hans Apel mit auf dem Podium ist – begleitet von lautstarkem Protest. Wie Helmut Simon damit umging und was das über seine Persönlichkeit und seinen Politikstil sagt, schildert die Biografie so: »Die Situation drohte außer Kontrolle zu geraten. Um die Veranstalter und den Verteidigungsminister zu schützen, marschierte eine Gruppe Polizisten in Zivil mit Schutzschilden bewehrt auf die Bühne. Doch in diesem Moment schritt Helmut Simon ein, der von der vorgesehenen Polizeipräsenz nicht in Kenntnis gesetzt worden war. Er verbat sich gerade als Inhaber des Hausrechts den Einsatz und forderte die verblüfften Polizisten auf, die Bühne zu räumen, was sie dann auch zögerlich befolgten, als ihm der rettende Einfall kam: Er bat das Plenum, den weiteren Verlauf der Veranstaltung mit dem jeweiligen Nachbarn zu diskutieren. Der Vorschlag wurde angenommen, der Sturm ebte ab

und tausende Gespräche setzten ein – bis nach geraumer Zeit sogar darüber abgestimmt werden konnte, ob Hans Apel seine Rede fortsetzen könne, was von einer breiten Mehrheit angenommen wurde.« (S. 269)

Sein politisches Grundverständnis formulierte Helmut Simon in einer Rede zum 50. Jahrestag des Kriegsendes so: »1. Es gehört zu den staatsbürgerlichen Christenpflichten, die rechts- und sozialstaatliche Demokratie des Grundgesetzes als Angebot und Aufgabe wahrzunehmen und unsere politische Verantwortung wie einen Beruf zu begreifen. Die Strukturen dieser Verfassungsordnung verkörpern die erlittene und praktizierte Erfahrungswisheit der besten unserer Vorfahren und lassen eine Nähe zum christlichen Glauben erkennen. 2. Die Annahme unseres Staates hat notwendigerweise den Charakter kritischer Solidarität mit einer verbesserungsbedürftigen und einer verbesserungsfähigen Ordnung; sie ist frei von der Tendenz, die Verfassung zu idealisieren, sie durch einen Katalog unerfüllbarer Wünsche zu überfordern oder zum Religionsersatz für eine säkularisierte Gesellschaft hochzustilisieren und Kritiker des Bestehenden wie Ketzer zu behandeln. 3. Kritische Solidarität schließt die Bereitschaft ein, an einer doppelten Aufgabe mitzuwirken, nämlich einmal daran, die stets vorhandene Kluft zwischen Verfassungsangebot und Verfassungswirklichkeit einigermaßen zu überbrücken, und zum anderen an der Aufgabe, die ererbten Strukturen der rechts- und sozialstaatlichen Demokratie behutsam so fortzuentwickeln, dass sie auch unter den veränderten Bedingungen des technischen Massenzeitalters funktionstüchtig bleiben.« (S. 129)

Aus der Zitierung weiterer essenzieller Texte, Ansprachen und Urteile von Helmut Simon wird in der Verbindung mit seinen Lebenserinnerungen und zahlreichen biographischen Darstellungen das Bild eines durch und durch humanistischen, pazifistischen und demokratischen Menschen lebendig. Auch insofern ist die Biografie gelungen und empfehlenswert. Kleinere handwerkliche Mängel erscheinen dabei gut verschmerzbar und mindern den Wert des Buches insgesamt nicht. Vielmehr darf man dankbar sein, dass es nun erstmals überhaupt eine Biografie über Helmut Simon gibt. Bemängelt wird in einer der wenigen erschienen Rezensionen, nämlich in der des Rechtswissenschaftlers Martin Otto (in der FAZ vom 06.09.2012), der »gewollt lockere Ton des Buches« als »ärgerlich«. Ich stelle mir vor, ein Jurist hätte die Biografie geschrieben. Wahrscheinlich hätte man als Leser mehr rechtswissenschaftliche Tiefe erfahren. Aber: Juristerei ist Handwerkzeug, das im besten Fall – und so bei Helmut Simon – zur Verwirklichung von freiheits- und menschenrechtlichen Werten und Zielen angewandt wird. Ganz im Sinne von »Recht bändigt Gewalt«.

Stefan Philipp

Bitte mit
0,45 €
frankieren

POSTKARTE

An
Forum Pazifismus
Am Angelweiher 6
77974 Meißenheim

ABOKARTE